

Universität Kassel  
Fachbereich Sozialwesen

## **Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus** Ein ostdeutsches Konzept für Westdeutschland?



Diplomarbeit im Diplom II/Universitätsabschluss

Eingereicht von: Christopher Vogel  
Westring 68  
34127 Kassel

Erstgutachterin: Prof. Dr. Heide Andres-Müller  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Dieter Ohlmeier

Kassel, April 2006

Ich danke meinen KollegInnen und KorrekturleserInnen Malte Lantzsch und Petra Ziegler für die Diskussionen und Hilfestellungen beim Verfassen dieser Arbeit. Ohne ihre Entlastung hätte ich nicht so konzentriert schreiben können.

Vielen Dank an meine InterviewpartnerInnen Sabine Diederich, Lorenz Korgel und Friedemann Bringt für die bereitwillige Unterstützung und spannenden Anregungen. Vor allem Friedemann Bringt schien alles stehen und liegen gelassen zu haben, um mir seine halbe Festplatte zu schicken und umfassende e-mails zu schreiben, obwohl wir uns praktisch nicht kennen.

Dank geht auch an Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung, der stets bereitwillig meine Fragen beantwortete, ebenso wie die MitarbeiterInnen des MBR in Berlin, sowie des MBT Brandenburg, die mir umfangreiches Material zur Verfügung stellten.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Rechtsextremismus in Deutschland - Definition und empirische Ergebnisse.....	11
2.1 Definition.....	11
2.2 Empirische Ergebnisse .....	17
2.2.1 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik.....	17
2.2.2 Empirische Ergebnisse der Jugendforschung.....	23
2.3 Erklärungsansätze.....	26
2.3.1 Sozialisations-theoretische Ansätze .....	27
2.3.2 Gesellschaftliche Einflüsse .....	30
2.3.3 Desintegration, Standort und Globalisierung .....	36
2.3.4 Rechtsextremismus als Erbe der DDR? .....	43
2.4 Fazit .....	50
3. Neue Strategien der rechtsextremen Szene .....	54
3.1 Aktuelle Entwicklungen in Westdeutschland .....	65
4. Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.....	70
4.1 Konzepte und theoretische Grundlagen Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus .....	74
4.1.1 Exkurs Zivilgesellschaft .....	75
4.1.2 Das Konzept Mobiler Beratung.....	77
4.2 Erfolge und Grenzen Mobiler Beratung.....	82
5. Mobile Beratung in Westdeutschland.....	89
5.1 Gemeinsamkeiten .....	91
5.2 Unterschiede.....	95
6. Schlussbetrachtung.....	102
7. Literaturverzeichnis.....	112
8. Anhang .....	I
8.1 Interview mit Sabine Diederich.....	I
8.2 Interview mit Friedemann Bringt.....	VII
8.3 Interview mit Lorenz Korgel.....	XXI

# 1. Einleitung

Um das Problem des Rechtsextremismus ist es still geworden in Deutschland.

Als Bundeskanzler Schröder im Jahr 2000 nach dem Anschlag von Düsseldorf, wo durch einen bis heute unaufgeklärten Sprengstoffanschlag neun Menschen, darunter jüdische AussiedlerInnen verletzt wurden und nach der (wie sich später heraus stellen sollte) vermeintlichen Ermordung eines Kindes im ostdeutschen Sebnitz, zum Aufstand der Anständigen aufrief, schien ein Ruck durch die Gesellschaft zu gehen.

Es folgten große Demonstrationen, zahlreiche Medienberichte und Buchveröffentlichungen<sup>1</sup>, öffentliches Interesse und allgemeine Empörung waren groß. Staatlicherseits wurden Programme gegen Rechtsextremismus neu aufgelegt bzw. mit erweiterter Förderung versehen. Kaum fünf Jahre später sind viele Projekte mangels weiterer Förderzusagen in ihrer Existenz bedroht und von einem gesellschaftlichen Aufstand ist schon lange nicht mehr die Rede. Das Thema Rechtsextremismus ist wieder hauptsächlich in den Nischen von Forschung und Sozialarbeit, d.h. „Berufsbetroffenen“, wie es Bernd Wagner nennt, verschwunden.<sup>2</sup>

Zur Jahreswende 2005/06 ist es kurzzeitig wieder auf die Agenda der Öffentlichkeit gekommen. Fast zeitgleich erschienen zwei Studien, die unterschiedlicher kaum sein konnten. Die eine Studie, durchgeführt vom Archiv der Jugendkulturen unter Federführung von Klaus Farin, gab (wenn auch eingeschränkt) Entwarnung, was die Attraktivität rechtsextremer Lebensstile unter Jugendlichen betrifft.

Demnach seien andere Jugendkulturen wie etwa Hip Hop oder Skater auf der Beliebtheitsskala von Jugendlichen in Ost und West ganz oben zu finden. „Die Rechtsextremen gelten heute nicht mehr als die Avantgarde von morgen, sondern als die letzten Deppen von gestern, die es immer

---

<sup>1</sup> Zur Entwicklung der Anzahl von Medienberichten und sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen in den 90er Jahren siehe Boehnke u.a. 2002, S. 8 f.

<sup>2</sup> Wagner 2000, S. 160

noch nicht geschafft haben, auf den Zug der Zeit zu springen.“<sup>3</sup> Rechts sein wäre „out“, so die AutorInnen.<sup>4</sup>

Widerspruch erfuh diese These z.B. von MitarbeiterInnen der Mobilen Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Magdeburg, die konstatierten: „Wir erleben, dass in der Mehrzahl der Orte eine rechte Jugendkultur und unterschiedliche Subkulturen, in denen Rechte eine wichtige Rolle spielen, eine ziemlich große Hegemonie haben.“<sup>5</sup> Zusätzlich zählte man allein in den ersten 12 Tagen des Jahres 2006 acht Überfälle mit zum Teil erheblichen Körperverletzung durch Neonazis allein in Sachsen-Anhalt.<sup>6</sup>

Auf der anderen Seite stellte ein Team um den Soziologen Wilhelm Heitmeyer eine wachsende Verunsicherung der bundesdeutschen Bevölkerung fest und verzeichnet steigende Ressentiments gegen Muslime sowie erhöhte Attraktivität rechtspopulistischer Propaganda vor allem bei Erwachsenen.<sup>7</sup> Auch die Bundesregierung gab zu Jahresanfang bekannt, dass die Zahl rechtsextremer Straftaten im Vergleich zum Jahr 2004 in 2005 um 23 Prozent gestiegen sei.<sup>8</sup>

Die beiden Studien machen ein erstes Dilemma in der öffentlichen Wahrnehmung zum Thema deutlich: Handelt es sich bei rechtsextremen Einstellungen um ein Jugendproblem oder eines, das die ganze Gesellschaft betrifft? Ausgehend von dieser Frage möchte die vorliegende Arbeit nicht nur nach der Verbreitung rechtsextremistischer und demokratiefeindlicher Einstellungen in der deutschen Bevölkerung fragen, sondern auch die Ursachen sowohl bei Jugendlichen als auch Erwachsenen näher beleuchten.

An dieser Stelle sei zunächst bemerkt, dass Rechtsextremismus zwar häufig als Problem von Jugendlichen gesehen wird, aber selbst nach rudimentärer Literaturrecherche ist diese These nicht haltbar. Zwar wird die überwältigende Mehrheit rechtsextremistischer Gewalttaten von

---

<sup>3</sup> Frankfurter Rundschau vom 07.01.06

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de) vom 16.12.05

<sup>6</sup> Frankfurter Rundschau vom 13.01.06

<sup>7</sup> [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de) vom 16.12.05

<sup>8</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 14.02.06

Jugendlichen begangen<sup>9</sup>, aber das Problem auf Jugendliche zu reduzieren, widerspricht z.B. auch den Analysen von Erfolgen rechtsextremer Parteien bei diversen Landtagswahlen der letzten gut 15 Jahre. Mehr zu diesem Komplex im folgenden Kapitel.

Die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und realer Problemlage verdeutlicht vielleicht eine Anekdote, die der Autor selbst erleben musste: Im Jahr 2005 erhielt ich zusammen mit einem Kollegen den Auftrag, die Jugendgruppe einer gemeinnützigen Organisation über die Themen Rechtsextremismus und Rassismus aufzuklären. Anlass waren zwar keine gefestigten Einstellungen oder sonstige erkennbare rechtsextremistische Anzeichen etwa einer Mitgliedschaft in rechten Gruppen bzw. Cliques. Aber einige Jugendliche fielen durch ausländerfeindliche Äußerungen auf, weswegen der Jugendgruppenleiter einen Workshop zu diesem Thema als sinnvoll erachtete. Das Seminar fand in den Räumlichkeiten dieser Organisation statt. Als ich in der Mittagspause den Seminarraum verließ, begegnete mir ein (erwachsener, circa 35-jähriger) Skinhead in Bomberjacke im Flur. Der erste Eindruck, dass es sich um einen Rechtsextremisten handeln könnte, bestätigte sich, als dieser mir den Rücken zuwandte. Auf seiner Jacke befand sich ein nicht zu übersehender Aufnäher einer eindeutig rechtsextremistischen Szeneband aus Kassel.

Ich sprach den Jugendgruppenleiter auf diese Person an. Dieser informierte den Vorstand, wo er zwar bestätigt bekam, dass die betreffende Person durchaus rechts sei, dies aber mit Hinweis auf die Meinungsfreiheit nicht als Problem der Organisation gesehen wurde. Kurz darauf kam heraus, dass der Betreffende bei einer von der Polizei in letzter Minute verhinderten rechtsextremistischen Sonnenwendfeier am Aufbau beteiligt war. Es sei durchaus löblich, dass die Jugendlichen eine Schulung zum Thema bekommen hätten (und die ihr neu erworbenes Wissen gerne in einem Gespräch mit dem erwähnten Skinhead erproben könnten). Wobei angemerkt sei, dass es sich bei den Jugendlichen zum Teil um Kinder zwischen 8 und 12 Jahren handelte), aber gegen rechte Einstellungen bei Erwachsenen sah niemand im Vorstand Handlungsbedarf.

Deutlich wird hier nicht nur die Verortung des Themas im Jugendbereich, trotz Anzeichen, dass sich das Problem in diesem Fall bei einem

---

<sup>9</sup> Demnach sind z.B. 1996 nur 6,3% der Gewalttäter über 30 Jahre alt gewesen. Die Mehrzahl genauer gesagt 66,3% waren sogar unter 21 Jahre. Vgl.: Bugiel 2002, S. 218

Erwachsenen als viel gravierender darstellte. Darüber hinaus zeigt sich auch ein typisches Reaktionsmuster, bei dem Rechtsextremismus immer wieder mit Verharmlosung und Abwehr begegnet wird.

Die vorliegende Arbeit möchte deshalb auch Wege aufzeigen, wie mit rechtsextremistischen Entwicklungen in Organisationen und Gemeinden umgegangen werden kann.

Als einen der vielversprechendsten Ansätze der letzten Jahre sehe ich die z.T. seit 1999 tätigen Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die in allen ostdeutschen Bundesländern (noch) tätig sind.

Als Reaktion auf eine anhaltende Welle rechtsextremistischer Straftaten, weit verbreiteter Demokratiefeindlichkeit in großen Teilen der Bevölkerung und der Ausbreitung rechtsextremistischer Jugendkulturen wurde 1999 das erste Mobile Beratungsteam (MBT) gegen Rechtsextremismus in Brandenburg gegründet. Zielgruppe waren von Beginn an nicht nur Jugendliche, sondern auch MultiplikatorInnen, Gemeinden, Vereine und sonstige Organisationen. Diese sollten zum Umgang mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen in ihrem Umfeld beraten werden. Die Beratung erfolgte auf Nachfrage, d.h. man reagiert auf Bedarf der Zielgruppen und unterstützt diese, selbst aktiv zu werden.

Das brandenburgische Konzept fand in den darauf folgenden Jahren in ganz Ostdeutschland Aufmerksamkeit, so dass sich auch in allen anderen ostdeutschen Bundesländern ähnliche Beratungsteams gründeten.

Mittlerweile arbeiten MBTs in Thüringen, Brandenburg, Berlin und Sachsen flächendeckend, in Sachsen-Anhalt (wo die Landesförderung 2003 gestrichen wurde) und Mecklenburg-Vorpommern sind regionale Teams tätig. Trotz erfolgreicher Arbeit hat das Konzept der Mobilen Beratung bisher kaum Niederschlag in Westdeutschland gefunden. In meiner Diplomarbeit möchte ich untersuchen, inwiefern das Konzept der Mobilen Beratung auf Westdeutschland übertragbar ist.

Ausgehend von der These, dass Rechtsextremismus weder ein ausschließliches Jugendproblem, noch ein rein ostdeutsches ist, sollen Voraussetzungen und Möglichkeiten eines Mobilen Beratungsteams in Westdeutschland untersucht und diskutiert werden. Dafür gilt es, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsextremismus in West- und Ostdeutschland herauszuarbeiten. Dies betrifft die Verbreitung demokratiefeindlicher und rechtsextremer Einstellungen in den jeweiligen

Landesteilen, sowie die Analyse von Ursachen für ebensolche. Hauptfragen dabei sind:

- Was sind Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Ost und West bezüglich der Ursachen von autoritären und nationalistischen Einstellungen?

Hier werde ich untersuchen, inwiefern die These, nach der sich im Osten das rechtsextreme Potential aus 'Einheitsverlierern' und im Westen aus Wohlstandschauvinismus speist, heutzutage haltbar ist.

- Inwiefern hat sich die Situation in Ost und West seit 1990 verändert?

In den 80er Jahren propagierte die 'Neue Rechte' die Erlangung von kultureller Hegemonie nach Gramsci mittels neurechter Thinktanks und eigenen Publikationen.<sup>10</sup>

Ab Mitte der 90er Jahre begannen sogenannte freie Kameradschaften in Ostdeutschland ein auf den Überlegungen der 'Neuen Rechten' basierendes Konzept von 'national befreiter Zonen' zu propagieren. Ob und inwieweit dies auch in Westdeutschland erfolgt, wird ebenfalls Gegenstand der vorliegenden Arbeit sei.

Auf die Darstellung staatlicher (Repressions-) Politik werde ich weitgehend verzichten. Zwar halte ich die konsequente und zeitnahe Ahndung rechtsextremistischer Straftaten durch Polizeibehörden und Justiz für unerlässlich, aber die Fokussierung etwa auf Verbote wie im Jahr 2001 bezüglich der NPD, mit den Worten Burkhard Schröders „für ein wenig taugliches und ineffizientes Mittel gegen die Ursachen des Problems.“<sup>11</sup> Armin Pfahl-Traughber meint zwar, dass Vereins- und Parteienverbote Neonazis verunsichern und ihrer Aktionsfähigkeit berauben würden.<sup>12</sup> Als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz geht er damit ein überraschendes, argumentatives Bündnis mit traditionell links stehenden Antifaschismusorganisationen wie dem VVN ein.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Ich werde mich nicht näher mit der Theorie Gramscis und dessen Rezeption in der rechten Szene beschäftigen, das würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Dazu gibt es zahlreiche Arbeiten bzw. Artikel; z.B. Geller 2001, Pfahl-Traughber 2000, S.40 ff. oder Jaschke 2001, S. 41 ff.

<sup>11</sup> Schröder 2000, S. 43

<sup>12</sup> Pfahl-Traughber 2000, S. 8

<sup>13</sup> Vgl. z.B. Schneider 2001, S. 98. VVN ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und wird von den Verfassungsschutzbehörden überwacht.



Aber auch Hans-Gerd Jaschke sieht staatliche Repression als ambivalentes Mittel zur Zurückdrängung rechtsextremistischer Entwicklungen:

„Fachleute bezweifeln (..) schon seit langem, ob staatliche Repression gegen rechts wirklich zu einer Zerschlagung der Szene beitragen kann. Denkbar wäre vielmehr, dass Repression Lernprozesse freisetzt und zu organisatorischen und strategischen Umorientierungen führt. Unstrittig sind freilich die symbolischen Gewinne der Repressionspolitik: Der Staat zeigt Härte, Entschlossenheit und Durchsetzungskraft. (...) Auf diese Weise entsteht zwar ein Legitimationsgewinn der Politik, aber nicht unbedingt eine effektive Strategie gegenüber Parteien wie der NPD.“<sup>14</sup>

Es hat sich gezeigt, dass man die Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht allein staatlichen Behörden überlassen kann. Vielmehr halte ich es für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Voraussetzung ist hierbei eine demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft auf allen Ebenen. Dazu bemerken Wahl u.a.:

„Die Realisierung von Demokratie hängt einerseits ab von strukturellen Bedingungen wie der Verfassung von Gesellschaft und Staat, andererseits von Bürgern, die die Chancen und Ressourcen haben, sich demokratisch zu verhalten.“<sup>15</sup>

Demokratie ist also mehr als die Delegation von Entscheidungen an Parteien und Parlamente, nämlich gelebte politische Praxis. Und eine solche Praxis scheint mir sowohl die wirkungsvollste Prävention als auch wirkungsvollste Bekämpfungsstrategie von rechtsextremen Einstellungen und Entwicklungen zu sein.

Und genau hier setzt das Konzept Mobiler Beratungsteams an. Diese lösen nicht etwa die Probleme in Kommunen oder Organisationen, sondern versuchen, mit Beteiligten Möglichkeiten demokratischer Alltagskultur zu planen und umzusetzen. So werden Probleme nicht *für* die, sondern *mit* den ProtagonistInnen gelöst. Das bedeutete keineswegs, dass andere Konzepte durch die Bank weg wirkungslos oder kontraproduktiv wären (wobei es das durchaus gibt, wie sich noch zeigen wird), allerdings besticht der MBT-Ansatz meines Erachtens dadurch, dass möglichst viele gesellschaftliche

---

<sup>14</sup> Jaschke 2003, S. 12

<sup>15</sup> Wahl u.a. 2005, S. 39

Gruppen einbezogen werden sollen. Erwachsene wie Jugendliche, Behörden wie Unternehmen, Vereine und Einzelpersonen können Zielgruppe sein.<sup>16</sup> Der Vorteil dieser Herangehensweise liegt darin, dass nicht ein vorgefertigtes Konzept einem Problem sozusagen übergestülpt wird, sondern die jeweilige Situation zunächst analysiert wird, um dann gemeinsam mit den Beteiligten Strategien zu entwerfen.<sup>17</sup> Außerdem wird nicht etwa einfach eine Handlungsempfehlung gegeben, sondern ein Prozess angestoßen, der in der Folge auch durch das jeweilige MBT begleitet wird. Dadurch lassen sich sicher keine sofortigen Erfolge einstellen. Allerdings ist mir auch keine sonstige pädagogische oder politische Methode bekannt, die rechtsextremistische Einstellungen bzw. Entwicklungen umgehend 'beseitigen' oder abschwächen würde. Das kann bei zum Teil tief sitzenden Einstellungen auch gar nicht das Ziel sein. Vielmehr geht es um die Initiierung und Begleitung von demokratischen Prozessen. So schreiben Borstel und Sischka:

„Externe Unterstützung ist für uns kein kurzfristiger oder rein ergebnisorientierter Einschnitt, sondern ein gemeinsamer Prozess, bei dem die relevanten Schlüsselsituationen für die kommunale Demokratieentwicklung definiert und an ihnen nachhaltige Veränderungsperspektiven aufgezeigt werden.“<sup>18</sup>

Borstel und Sischka nennen diese prozessorientierte Arbeit für demokratische Alltagskultur auf kommunaler Ebene Community Coaching. Dieser Ansatz ist in Deutschland relativ neu, in den USA ist ein ähnliches Konzept seit den 60er Jahren existent.<sup>19</sup>

Konkret gliedert sich die vorliegende Arbeit folgendermaßen: In Kapitel 2 werde ich definieren, was Rechtsextremismus ist und wie verbreitet solche Einstellungen in der Bevölkerung sind. In Kapitel 2 werden darüber hinaus die unterschiedlichen Erklärungsansätze für Rechtsextremismus diskutiert werden. In Kapitel 3 werde ich aktuelle Erscheinungsformen in Ost- und Westdeutschland darstellen. Ausgehend von dieser Analyse soll dann in Kapitel 4 die Arbeit und theoretischen Konzepte Mobiler Beratung in Ostdeutschland vorgestellt werden, als ein Ansatz, der diese

---

<sup>16</sup> Vgl. Bringt/Korgel 2004, S. 9

<sup>17</sup> Ebd., S. 11

<sup>18</sup> Borstel/Sischka 2003, S. 7

<sup>19</sup> Das sog. Community Organizing sehe ich durchaus als Vorläufer des Community Coaching. Vgl. Burghardt 1982

wissenschaftlichen Erkenntnisse aufnimmt und in die Praxis transferiert.. Das vorrangige Ziel dieser Arbeit ist dann in Kapitel 5 dargestellt, nämlich eine Diskussion, ob und wie sich das Konzept Mobiler Beratung und ihrer Anteile von Community Coaching auf westdeutsche Verhältnisse anwenden lässt. Ausgehend von den Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der Analyse von Rechtsextremismus in Ost und West werde ich untersuchen, inwiefern das bisher nur in Ostdeutschland umgesetzte Konzept Mobiler Beratung auf Westdeutschland übertragbar ist.

Auf welche Voraussetzungen würde also ein westdeutsches MBT im Unterschied zu einem ostdeutschen treffen? Eine vorläufige These hierbei ist meinerseits, dass zivilgesellschaftliche Strukturen in Westdeutschland ausgeprägter sind als im Osten. Zusätzlich scheint die Einstellung zum demokratischen System im Westen positiver auszufallen, obwohl 'Politikverdrossenheit' in beiden Landesteilen anzutreffen ist.

Dementsprechend kann man Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus nicht eins zu eins übertragen. Trotzdem, so eine weitere vorläufige Annahme, sind die Grundzüge einer solchen Arbeit auch in Westdeutschland denkbar.

Literatur zur Etablierung Mobiler Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Westdeutschland ist meines Wissens nicht vorhanden. Deshalb habe ich Interviews mit ExpertInnen in Ost- und Westdeutschland zu dieser Fragestellung geführt. Die vorliegende Arbeit betritt in dieser Hinsicht also Neuland.

## 2. Rechtsextremismus in Deutschland - Definition und empirische Ergebnisse

In der öffentlichen Debatte sowie in der Wissenschaft kursieren sehr unterschiedliche Begriffe von dem, was im Folgenden als Rechtsextremismus gefasst wird. So wird von Neo-Faschismus, Neo-Nazismus, Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus etc. gesprochen. Ursachen für diese Begriffsverwirrung bzw. -vermischung können sowohl tagespolitische Auseinandersetzungen als auch unpräzise Analysen sein. In jedem Fall sind die genannten Begriffe „(...) entweder zu eng oder zu weit gefasst (...)“<sup>20</sup>

Ich gebrauche den Begriff Rechtsextremismus, weil er über die o.g. Begriffe hinausgeht und keine unnötige Eingrenzung vornimmt.

Wie in anderen Bereichen des Forschungsgegenstandes Rechtsextremismus auch, existiert keine umfassende Theorie darüber, was Rechtsextremismus ist, wie verbreitet solche Einstellungen in der Bevölkerung oder was die Ursachen sind. Dementsprechend ergeben unterschiedliche Definitionen unterschiedliche empirische Ergebnisse.

Deshalb soll der Begriff im Folgenden definiert werden, um deutlich zu machen, worum es in dieser Arbeit geht und auch, worum es nicht gehen soll.

### 2.1 Definition

Trotz aller unterschiedlichen Herangehensweisen besteht in der Forschung immerhin ein Konsens darüber, dass Rechtsextremismus durch ein Bündel unterschiedlicher Kriterien definiert wird. Ebenso besteht Einigkeit, bestimmte Objekte wie Parteien (z.B. NPD, DVU) oder Vereinigungen (z.B. sogenannte Freie Kameradschaften), mit dem Attribut 'rechtsextrem' zu etikettieren.

---

<sup>20</sup> Jaschke 2000, S. 11

Zunächst weckt der Begriff Rechtsextremismus Assoziationen hinsichtlich der Verortung im politischen System. Vor allem die unterschiedlichen Verfassungsschutzbehörden und mit ihnen die offizielle Politik verwenden den Begriff als Kenntlichmachung einer bestimmten Strömung am äußersten Rand des demokratischen Verfassungsstaates. Analog dazu bezeichnet Linksextremismus Strömungen des demokratischen Spektrums auf der entgegengesetzten politischen Seite.

„Extremismus als Sammelbezeichnung für antidemokratische Bestrebungen bezieht sich im Sinne dieses Verständnisses als Abgrenzungsbegriff verständlicherweise auf ganz unterschiedliche politische Phänomene, die sich ideologisch stark unterscheiden (...).“<sup>21</sup>

So wird der demokratische Rahmen quasi als Mitte gefasst, an dessen Rändern rechts- (und links-) extremistische Bestrebungen zur Abschaffung eben dieses Rahmens existieren.<sup>22</sup> Dabei sind Rechts- und Linksextremismus außerhalb des demokratischen Konsenses anzusiedeln, während Radikalismus sich noch klar innerhalb des demokratischen Spektrums befindet und die `Systemfrage` nicht grundsätzlich stellt. Dieser `Extremismusansatz` wird in der Wissenschaft fast einhellig abgelehnt.<sup>23</sup>

Die Verortung bestimmter Positionen als extremer Rand der Gesellschaft, ohne die Verschränkungen etwa zwischen der sogenannten Mitte der (politischen) Gesellschaft oder nationalkonservativer Kreise mit denen von rechtsextremistischen Parteien bzw. Einstellungen erscheint nicht plausibel. So bemerkt z.B. Klönne richtig:

„Die Beschäftigung der offiziellen Politik mit dem Problem des Rechtsextremismus kann sich des unangenehmen Nachdenkens darüber enthalten, ob der `Rand` der Gesellschaft, (...) vielleicht denn doch von der gesellschaftlichen Mitte nicht so weit entfernt ist, wie man annehmen möchte.“<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Ebd., S. 12

<sup>22</sup> Zu den Protagonisten der Extremismus-Theorie zählen vor allem Armin Pfahl-Traughber und Backes/Jesse. Vgl. Backes/Jesse 1993 und Pfahl-Traughber 2000

<sup>23</sup> Vgl. z.B. Klönne 2000, Butterwegge 1996 und 2002, Fuchs/Lamnek/Wiederer 2003, Scherr 2002 und Neugebauer 2000

<sup>24</sup> Klönne 2000, S. 22. Zur Kritik am Extremismusansatz siehe auch Butterwegge 1996, S. 64-78

Mehr zum Diskurs über die Zusammenhänge zwischen Positionen der 'Mitte' und rechtsextremen Argumentationen werde ich im Abschnitt 2.2.4 ausführen.

An dieser Stelle sei zunächst bemerkt, dass es solche Verschränkungen gibt, weswegen die Delegation von Rechtsextremismus an den äußersten Rand als Definition zu kurz greift. Brauchbarer erscheint mir die etwas neutralere Definition von Hans-Gerd Jaschke, der zentrale Ideologieelemente des Rechtsextremismus benennt, ohne deren Verortung im politischen Spektrum zu lokalisieren:

„Unter 'Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“<sup>25</sup>

Damit soll das Phänomen keineswegs umfassend erklärt werden. Vielmehr handelt es sich um einen ideologischen Kern, den die unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen aufweisen. Zusätzlich unterstreicht Jaschke, dass Rechtsextremismus auch immer eine Ablehnung von Individualismus und somit eine modernitätsfeindliche Komponente enthält. Ziel ist eine ethnisch homogene und völkische, mit Begriffen aus der Biologie operierende Vorstellung von Gemeinschaft, der sich alle unterzuordnen haben. Diese gilt es gegen Bedrohungen von innen (wie z.B. 'Multikulturalismus') und außen (z.B. Zuwanderung) zu verteidigen. Zugrunde liegt die Vorstellung einer generellen Höherwertigkeit des eigenen Volkes bzw. der eigenen Nation gegenüber anderen.<sup>26</sup>

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk bezeichnete dementsprechend „Verfolgungs- und Größenwahn“ als die zentralen Kernelemente rechtsextremen Denkens.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Jaschke 2001, S. 30

<sup>26</sup> Vgl. ebd. und S.55

<sup>27</sup> Zitiert nach Stöss 2000, S.105

Andere, vor allem empirisch tätige ForscherInnen benennen weitere Ideologieelemente, anhand derer sie zu quantitativen Aussagen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung kommen. So definierte die ForscherInnengruppe um Theodor W. Adorno in ihren Studien zum autoritären Charakter eine rechtsextreme Persönlichkeit anhand von neun Dimensionen:

Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Anti-Intrazepktion (Abwehr des Subjektiven), Aberglaube und Stereotype, Machtdenken, Destruktion und Zynismus, Projektivität (Disposition, an gefährliche Vorgänge zu glauben), Sexualität (übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen).<sup>28</sup>

Das Sinus-Institut, das seit Anfang der 80er Jahre repräsentative Umfragen zu rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung durchführt, begnügt sich mit fünf Kategorien, um Rechtsextremismus zu messen:

Erstens gehöre dazu ein reaktionäres Menschenbild mit folgenden Eigenschaften: Aggressive Grundeinstellung gegenüber Minderheiten, Betonung von Zucht und Ordnung, Überbetonung von Männlichkeit und das Verlangen nach einem starken Führer. Zweitens das Gefühl ständiger Bedrohung, drittens ein starkes Streben nach Harmonie und Konfliktfreiheit, wozu starke Vorbehalte gegen Künstler und Intellektuelle gehören (die demnach die Harmonie stören). Viertens das Streben nach einer starken Staats- bzw. Volksgemeinschaft, die sich fünftens auch im sog. Siegfried-Komplex äußere, wonach man stolz darauf zu sein habe, Deutscher zu sein (was aber u.a. von linken Journalisten, wenn nicht gar der 'jüdisch-gesteuerten' Presse verhindert würde).<sup>29</sup>

Dementsprechend wird die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen anhand der Zustimmung zu Fragen, die diese Komplexe repräsentieren, gemessen.

Der in diesem Kontext wohl einflussreichste sozialwissenschaftliche Forscher der letzten 15 Jahre war und ist Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld. Dieser definierte in den 80er Jahren

---

<sup>28</sup> Adorno u.a., zitiert nach Winkler 2000, S.44 f. Mehr zu dieser Theorie in Kapitel 2.3.1

<sup>29</sup> Vgl. Winkler 2000, S. 45

Rechtsextremismus als Zusammengehen einer „Ideologie der Ungleichheit“ und „Gewaltakzeptanz.“<sup>30</sup>

Eine Definition, die trotz aller Wirkungsmächtigkeit meines Erachtens zu kurz greift. Hier werden z.B. alle nicht-gewaltförmigen Erscheinungsformen (‘Neue Rechte’, rechtsextreme Parteien etc.) des Rechtsextremismus außen vor gelassen, sowie Einzelpersonen mit rechtsextremer Einstellung, die Gewalt nicht akzeptieren.

Allerdings untersuchte Heitmeyer zur damaligen Zeit ausschließlich Einstellungen von Jugendlichen und hatte somit einen anderen Anwendungsbereich für den Begriff.

Die verallgemeinernden Definitionen wurden aber auch kritisiert. So merkt z.B. Burkhard Schröder an, dass die Forschung zu sehr in traditionellen Bahnen verlaufe und aktuelle Entwicklungen gerade in Ostdeutschland mit veralteten Mitteln westdeutscher Forschung erfasst würden. Seine Kritik bezieht sich vor allem auf den Extremismus-Begriff, denn dieser verschleierte, dass „es insbesondere bei Jugendlichen einen milieubedingten kulturellen Konsens gibt.“ Diesen Konsens nennt er Hegemonie und selbst „die Leute, die in diesen Kreisen verkehren, empfinden sich nicht unbedingt als Neonazis, sondern sagen: Wir sind gesunde Nationalisten.“<sup>31</sup>

Inzwischen beziehen sich die Untersuchungen des ForscherInnenteams um Wilhelm Heitmeyer auf die gesamte Gesellschaft und im Rahmen eines zehnjährigen Forschungsprojekts ist nicht mehr von Rechtsextremismus die Rede, sondern von ‘gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit’. Dazu gehören folgende Items: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Etabliertenvorrechte, klassischer Sexismus und Heterophobie.<sup>32</sup>

Somit richtet Heitmeyer sein Augenmerk vor allem auf verschiedene Ideologien der Ungleichheit und deren Ausformungen. Gewaltakzeptanz fehlt nunmehr, was dafür spricht, dass diese als Element für

---

<sup>30</sup> Heitmeyer 1987, zitiert nach Winkler 2000, S. 48

<sup>31</sup> Schröder 2000, zitiert nach Schroeder 2003, S. 19. Auch Jaschke kritisiert die heitmeyer’sche Definition als zu eng. Siehe Jaschke 2001, S. 56

<sup>32</sup> Vgl. Heitmeyer 2002, S. 23. ‘Heterophobie’ bezeichnet die Angst vor Verschiedenartigkeit.



menschenfeindliche (und damit auch rechtsextreme) Einstellungen nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Alle genannten Elemente gehören sicherlich zu rechtsextremen Einstellungsmustern. Nun stellt sich die Frage, inwiefern und wann von Rechtsextremismus gesprochen werden kann. Allein die Feststellung, dass diverse Ideologieelemente zusammen kommen müssen, um von Rechtsextremismus zu sprechen, lässt diesen zu einem unpräzisen Sammelbegriff werden.

Andererseits soll es nicht Aufgabe der Arbeit sein, genau das zu unternehmen, woran die Wissenschaft bisher gescheitert ist: Die Herausarbeitung eines präzisen, allumfassenden und allgemeinen anerkannten Vorstellung von Rechtsextremismus. Trotzdem schließe ich mich der an Jaschke angelehnten Definition von Kemper/Köhler vom Zentrum Demokratische Kultur an, die schreiben:

„Rechtsextrem ist, wer eine Einstellung, eine Verhaltensweise oder Aktion zeigt und verfolgt, organisiert oder nicht, bei der von einer Ungleichheit der Menschen ausgegangen, das Völkische betont und die Gemeinschaft vor das Individuum gestellt wird. Dabei wird Gewalt akzeptiert oder selbst angewandt“<sup>33</sup>

In jedem Fall muss man „von den Überschneidungsbereichen ideologischer Elemente zur Konstruktion des Rechtsextremismusbegriffes ausgehen, so dass das Zusammentreffen bestimmter Ideologieelemente den Rechtsextremismusbegriff markiert.“<sup>34</sup>

Ob und inwiefern die genannten Elemente in der Realität zusammen treffen, kann nicht theoretisch, sondern nur empirisch geklärt werden. Deshalb im Folgenden ein Überblick über die wichtigsten empirischen Untersuchungen zur Verbreitung rechtsextremer Ideologie in der deutschen Gesellschaft.

---

<sup>33</sup> Kemper/Köhler 2004, S. 6. Meines Erachtens muss man allerdings z.B. körperliche oder psychische Gewalt keineswegs akzeptieren, um rechtsextrem in diesem Sinne zu sein. Als Kriterium würde ich die Akzeptanz struktureller Gewalt (also etwa gesetzliche Diskriminierungen von MigrantInnen) als Mindestvoraussetzung sehen. `Ausländer raus´ beinhaltet nicht unbedingt körperliche oder psychische Gewalt, zeugt aber meines Erachtens von rechtsextremer Einstellung.

<sup>34</sup> Winkler 2000, S. 48

## 2.2 Empirische Ergebnisse

Je nach Definition, ab wann man von rechtsextremen Einstellungen sprechen kann, kommt die empirische Forschung zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Die Spanne reicht von unter einem bis über 25% der Bevölkerung, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen.<sup>35</sup>

Im Folgenden möchte ich einige Studien der letzten gut 20 Jahre vorstellen, um zu Aussagen darüber zu kommen, welche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (mit gesonderter Berücksichtigung von Umfragen, die unter Jugendlichen durchgeführt wurden) bestehen. Erst dann kann man meines Erachtens Aussagen über die Ursachen von Rechtsextremismus treffen.

### 2.2.1 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik

Je nach Untersuchung gibt es unterschiedliche Einschätzungen über die Verbreitung rechtsextremer Weltbilder in Ost und West. 1981 kam das Sinus-Institut in einer repräsentativen Befragung in Westdeutschland zu dem Ergebnis, dass „13 Prozent der Wahlbevölkerung über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild verfügten.“<sup>36</sup>

Ein Anteil, der laut Sinus über die Jahre relativ stabil geblieben ist. In einer neueren Befragung der Wahlforscher Niedermayer/Stöss von 1998, ermitteln diese im nun vereinigten Deutschland exakt die selbe Zahl von 13% (aufgeteilt in 12% im Westen und 17% in Ostdeutschland).<sup>37</sup>

Zu einem weitaus niedrigeren Ergebnis kommt der Wahlforscher Jürgen Falter, der zwei Untersuchungen 1994 und 1998 durchführte: Demnach sei zwischen 1994 und 1998 „der Anteil der Rechtsextremen im Westen von acht auf sechs Prozent zurückgegangen, im Osten ist er von vier auf fünf

---

<sup>35</sup> Vgl. z.B. Winkler 2000, S. 64 f. und Falter 2000, S. 424

<sup>36</sup> Sinus 1981, zitiert nach Pfahl-Traughber 2000, S. 88 f.

<sup>37</sup> Pfahl-Traughber 2000, S. 92

angestiegen, so daß 1998 in etwa Gleichstand zwischen den beiden Landesteilen zu konstatieren ist.“<sup>38</sup>

Dabei habe er aber schon eher `weiche´ Kriterien angelegt (sieben positive Antworten bei zehn Fragen), lege man strengere an (zehn positive Antworten bei zehn Fragen), dann liege „der Anteil der Personen mit rechtsextremen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland 1994 und 1998 bei weniger als einem Prozent.“<sup>39</sup>

Eine Einschätzung, die nicht nur auf den ersten Blick absurd erscheint. Schaut man sich die Ergebnisse genauer an, so kommt Falter zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass exakt 0% der Westdeutschen zwischen 18 und 24 Jahren, 0% der Westdeutschen die einen Hochschulabschluss haben und ebenso 0% in Ost und West die der Oberschicht angehören, auch nur eine Affinität zu rechtsextremen Denken haben.<sup>40</sup> Ein Befund, der gelinde gesagt Zweifel an den angelegten Kriterien weckt.

Bemerkenswert auch, weil einzelne Items große Zustimmung erhalten: So sind mehr als die Hälfte der Deutschen „stolz, Deutscher zu sein.“ Mehr als ein Drittel sieht die BRD „gefährlich überfremdet“ und im Schnitt 10% halten „Hitler für einen großen Staatsmann.“<sup>41</sup> Unterschiede zwischen Ost und West sind hier nur gering, außer bei Fragen, die die ostdeutsche Vergangenheit indirekt berühren („Vorrang des Gemeinwohls“ und „Diktatur (ist) manchmal besser“). Hier ist die Zustimmung von Ostdeutschen z.T. doppelt so hoch.<sup>42</sup>

Generell zeigt sich das Problem, ab welchem Wert rechtsextremistische Einstellungen als sicher gelten. Die Sinus-Studie z.B. verwendete 23 Items, bildete eine vierstufige Skala (von `völlig richtig´ bis `völlig falsch´) und wer in dieser Skala über einem rechnerischen Mittelwert von 2,5 liegt, wird als rechtsextremistisch bezeichnet.<sup>43</sup> Auch Niedermayer und Stöss gingen so vor.<sup>44</sup> Vergleicht man diese Vorgehensweise mit der von Falter (der 80% Zustimmung als Kriterium anlegte, bei durchaus ähnlichen Fragen), werden

---

<sup>38</sup> Falter 2000, S. 424

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Vgl. Schroeder 2003, S. 171

<sup>41</sup> Falter 2000, S. 408

<sup>42</sup> Vgl. ebd.

<sup>43</sup> Vgl. Schroeder 2003, S. 229

<sup>44</sup> Ebd., S. 230

hier also 'weichere' Kriterien zur Bestimmung rechtsextremistischer Einstellungen angelegt.

Um dieses Problem der Festsetzung eines Grenzwertes quasi zu umschiffen, wählten andere ForscherInnen einen weniger deterministischen Ansatz:

Eine Forsa-Umfrage im Jahr 2000 ermittelte „bei 17% der Ostdeutschen und 11% der Westdeutschen eine 'hohe Nähe zu rechtsradikalem Gedankengut' und bei 37% der Ostdeutschen und 31% der Westdeutschen eine 'mittlere Nähe zu rechtsradikalem Gedankengut'.“<sup>45</sup>

Interessant hierbei ist vor allem, dass die abgefragten Items inzwischen z.T. Standards deutscher Regierungspolitik sind, in der Studie aber als Beleg für *rechtsradikales* Gedankengut gelten.<sup>46</sup>

Anstatt also zu behaupten, welcher Prozentsatz rechtsextrem sei, versucht man nachzuweisen, wieviel Prozent eine gewisse Nähe dazu haben.

Natürlich bleibt das Dilemma, zu quantitativen Aussagen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zu gelangen. Angesichts der dargestellten Probleme, welchen Maßstab man für die Feststellung anlegt, ab wann jemand ein rechtsextremes Weltbild hat, halte ich dieses Vorgehen aber für sinnvoller.

Es scheint, als ob in der wissenschaftlichen Forschung ein regelrechter Wettbewerb existiert, wer zu spektakulären bzw. beruhigenden Zahlen kommt. Dabei sind die Unterschiede in den Fragestellungen teilweise beträchtlich, ebenso wie die Bemessungsgrenze (also ob sogenannte weiche oder harte Kriterien angelegt werden, was aber jeweils schon unterschiedlich definiert wird).

Deshalb halte ich es für sinnvoller, das rechtsextreme Potenzial in der Bevölkerung zu messen, also entweder die Nähe zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild oder die Nähe zu Elementen rechtsextremer Ideologie. In neueren Untersuchungen wird häufig nach diesem Schema vorgegangen. Niedermeyer u.a. trafen 2002 z.B. nur Aussagen darüber, wie

---

<sup>45</sup> Zitiert nach ebd., S. 231

<sup>46</sup> Etwa: „Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.“  
Zitiert nach: Schroeder 2003, S. 231

viele der Befragten z.B. als chauvinistisch oder nationalistisch eingestuft werden können.<sup>47</sup>

Auch Heitmeyer trifft in seiner Studie über `Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit` keine Aussage mehr darüber, was rechtsextremistisch sei, geschweige denn, wie viele Prozent der Bevölkerung so eingeordnet werden müssten. Stattdessen, wird ein neuer Begriff eingeführt und die Umfragen dementsprechend gestaltet, um zu ermitteln, wie das Verhältnis der Mehrheit gegenüber Minderheiten gestaltet ist. Als Begründung für die Verwendung eines neuen Begriffs, der sich nicht mehr explizit auf Rechtsextremismus bzw. Fremdenfeindlichkeit bezieht führen Wahl u.a. aus:

„Prototypische Fremde in der heutigen Gesellschaft sind Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft als der Großteil der länger ansässigen Bevölkerung. Da jedoch auch andere Minderheiten wie Homosexuelle oder Behinderte als `fremd` betrachtet und Opfer rechtsextremer bzw. xenophober Anfeindungen und Gewalt werden können und außerdem fremdenfeindlich eingestellte Jugendliche nicht nur gegenüber Ausländern, sondern auch gegenüber unvertrauten deutschen Landsleuten aggressiver sind (...), könnte umfassender von `Menschenfeindlichkeit` gesprochen werden.“<sup>48</sup>

So kommt Heitmeyer zu erschreckend hohen Werten, wenn z.B. mehr als die Hälfte der Befragten dem Statement zustimmen, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben.<sup>49</sup> Nicht ganz so hoch, aber immer noch erheblich ist die Anzahl der Menschen, die rassistischen und sexistischen Aussagen ganz oder teilweise zustimmen.<sup>50</sup> Damit liegen diese Werte auf unverändert hohem Niveau im Vergleich zu ähnlichen Studien, die in den 90er Jahren durchgeführt wurden.<sup>51</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. ebd., S. 233

<sup>48</sup> Wahl u.a. 2005, S. 29

<sup>49</sup> Vgl. Heitmeyer 2002, S. 25 und 2003, S. 21

<sup>50</sup> Ebd. Wobei ich die Unterscheidung zwischen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht unbedingt als sinnvoll erachte. Viele Menschen, die als `Fremde` angesehen werden, sind deutsche Staatsbürger und werden aufgrund phänotypischer Merkmale als `Ausländer` bezeichnet. Demnach ist die Unterscheidung zwischen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eher künstlich.

<sup>51</sup> Vgl. Kohlstruck 2001, S. 16 oder Ahlheim/Heger 1999, S. 20 und S. 26

Nach Durchsicht der verschiedensten Studien lässt sich über die Verbreitung fremdenfeindlicher, nationalistischer und sexistischer<sup>52</sup> Einstellungen folgende Verallgemeinerungen konstatieren: Ostdeutsche sind tendenziell fremdenfeindlicher als Westdeutsche, auch in Bezug auf Rechtsextremismus lässt sich dieses Ungleichgewicht beobachten.<sup>53</sup>

Ein erheblicher Unterschied zwischen den Geschlechtern wurde nirgends festgestellt. Allerdings scheinen Frauen tendenziell sogar fremdenfeindlicher zu sein<sup>54</sup>, während die Werte für Männer bei Antisemitismus höher ausfallen.<sup>55</sup>

Als letzten Komplex möchte ich noch auf die Frage der Verbundenheit mit dem demokratischen System eingehen. Wenn man davon ausgeht, dass offener Rechtsextremismus, mit noch aus dem Nationalsozialismus stammenden Argumentationsmustern, öffentlich weitgehend geächtet ist, so wirft das zum einen die Frage auf, ob selbst bei anonymisierten Umfragen die Befragten offen und ehrlich antworten.

Des Weiteren leiten die dargestellten Untersuchungen die Einstellung der BürgerInnen zur Demokratie nur indirekt ab. Wenn also nach extremistischen Einstellungen gefragt wird, sagt das noch nichts darüber aus, ob Menschen z.B. extrem nationalistische Einstellungen haben, die Demokratie aber nichtsdestotrotz für das Beste aller politischen Systeme halten.

Die Frage nach der politischen Kultur, also den „Auffassungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger eines Landes,<sup>56</sup> ergibt Hinweise auf die Akzeptanz (nicht-) demokratischer Werte, die für die Bearbeitung rechtsextremistischer Bestrebungen von zentraler Bedeutung sind. So ist eine wichtige Fragestellung Heitmeyers, ob das „*Ausmaß* feindseliger Mentalitäten in der Bevölkerung, (...) mit einer qualitativen *Entleerung* des demokratischen Systems verbunden (ist).“<sup>57</sup>

---

<sup>52</sup> Alles Items, die als Bestandteil rechtsextremer Weltsicht bezeichnet werden

<sup>53</sup> Vgl. z.B. Ahlheim/Heger, S. 29; Bergmann 2001, S. 44 ff.

<sup>54</sup> Vgl. Heitmeyer 2003, S. 25

<sup>55</sup> Ebd., sowie Bergmann 2001, S. 53

<sup>56</sup> Pfahl-Traughber 2000a, S. 4

<sup>57</sup> Heitmeyer 2003, S. 35. Hervorhebungen im Original

Wie ist es also um die Zustimmung der Deutschen zu demokratischen Werten bzw. Ausformungen und Repräsentanten des politischen Systems bestellt?

Im Jahr 1998 ergab eine Umfrage, dass im Westen 57% und im Osten 72% mit der Demokratie unzufrieden sind.<sup>58</sup> Nicht ganz so hohe Werte ermittelte das Forsa-Institut im Jahr 2000: Auf die Frage „Sind sie mit dem politischen System in Deutschland zufrieden?“ antworteten mit „Nein“ im Westen 32% und im Osten 58%.<sup>59</sup>

Nach einer anderen Umfrage von 1998 ist der positive Bezug nur unter einer Minderheit anzutreffen: „Lediglich jeder zehnte Befragte in den neuen Ländern beurteilte die in der Bundesrepublik bestehende Form der Demokratie konsistent positiv, gegenüber 33 Prozent im Westen.“<sup>60</sup> Insgesamt kommt der Autor zu einem bedenklichen Ergebnis: „Ein demokratischer Grundkonsens ist in Deutschland zehn Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch nicht entstanden.“<sup>61</sup>

Natürlich heißt das nicht, dass damit der potentielle Anteil von RechtsextremistInnen in der Bundesrepublik erfasst wäre, schließlich gehört es zu einer Demokratie dazu, dass man mit der Alltagspolitik oder Defiziten im System unzufrieden ist. Trotzdem ist das Ausmaß der Unzufriedenen erheblich und auch PolitikerInnen genießen nicht unbedingt Vertrauen und sind dabei in Ost und West genauso unbeliebt.

So halten die wenigsten Befragten PolitikerInnen für vertrauenswürdig und ehrlich, sondern vielmehr für abgehoben und korrupt.<sup>62</sup>

Melanie Walter kommt ebenfalls zu einem eher negativen Ergebnis, was das Ansehen von PolitikerInnen unter den Deutschen betrifft: „Für die Gesamtbewertung der Politikerklasse hinsichtlich Legitimität, Responsivität und Funktion zeigen sich im Ost-West-Vergleich kaum Unterschiede.“<sup>63</sup>

Allerdings fühlen sich 80% der Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“.<sup>64</sup> Da liegt es durchaus nahe, dem Establishment zu misstrauen bzw. rechtsextreme Parteien zu wählen. Angesichts der Wahlerfolge solcher

---

<sup>58</sup> Stöss 1999, S. 32; zitiert nach Funke 2002, S. 226

<sup>59</sup> Zitiert nach Pfahl-Traugber 2000a, S. 4

<sup>60</sup> Gabriel 2000, S. 29

<sup>61</sup> Ebd., S. 68

<sup>62</sup> Vgl. Walter 2000, S. 291

<sup>63</sup> ebd., S. 308

<sup>64</sup> Funke 2002, S. 217

Parteien aber von reinen Protestwählern zu sprechen, greift meines Erachtens zu kurz. Dagegen sprechen die hohen Zustimmungsraten bei autoritären, fremdenfeindlichen und rechtsextremen Statements. Das heißt, wenn bei Wahlen Erfolge von DVU bzw. NPD zu verzeichnen sind, dann stimmen deren WählerInnen nicht nur gegen die `etablierten´ Parteien, sondern auch für die Inhalte der Rechtsextremisten. Und wenn man bedenkt, dass das Potential rechtsextremistischer Einstellungen von Sinus bis Forsa bei mindestens 13% liegt (siehe oben), dann bleiben die rechtsextremen Parteien noch unterhalb dieses Potentials.

### 2.2.2 Empirische Ergebnisse der Jugendforschung

Die Literatur bezüglich Rechtsextremismus und Jugend ist fast schon ausufernd zu nennen. Das liegt sicherlich daran, dass im öffentlichen Diskurs Rechtsextremismus als Problem angesehen wird, dass vor allem Jugendliche betrifft. Wie oben dargestellt ist dies nicht zutreffend. Wenn ich an dieser Stelle auf solche Untersuchungen eingehe, dann liegt das daran, dass die weit überwiegende Zahl (nämlich 95%) der Tatverdächtigen rechtsextremer Gewalttaten (männliche) Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren sind.<sup>65</sup> Dies erklärt, wie es zu den in den 90er Jahren massiven Förderung von Jugendarbeit gegen solche Entwicklungen kam. Denn es gab (und gibt) nur wenige Projektansätze, die sich nicht auf Jugendliche beziehen. Da das Vorhaben der vorliegenden Arbeit in der Diskussion eines Ansatzes liegt, der sowohl Jugendliche als auch Erwachsene erreicht, möchte ich diesen Teil nur kurz ausführen.

Schon in den Untersuchungen, die die gesamte Bevölkerung (also Jugendliche und Erwachsene) betreffen, zeigt sich, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist. Die Zustimmungsraten zu nationalistischen, fremdenfeindlichen oder nazistischen Items zeigten Mitte der 90er Jahre ein uneinheitliches Bild: In Westdeutschland waren rechtsextreme Einstellungen mit dem Alter ansteigend. In Ostdeutschland lagen die Werte bei Jugendlichen und BürgerInnen über 60 in etwa gleich hoch.<sup>66</sup>

---

<sup>65</sup> Vgl. Schroeder 2003, S. 201

<sup>66</sup> So z.B. bei Falter 2000, S. 420



Auch Ahlheim Heger verzeichnen einen Anstieg fremdenfeindlicher Einstellungen mit zunehmendem Alter. Dort liegt der Wert bei Jugendlichen (West: 14% und Ost: 29%) nicht mal halb so hoch wie bei Befragten über 56 (West: 42% und Ost 53%).<sup>67</sup>

Für ostdeutsche Jugendliche ermittelte Peter Förster in einer Langzeitstudie ähnliche Werte, wobei hier auffällig ist, dass die Werte in der DDR-Zeit erheblich niedriger waren (14%) als nach der Wende.<sup>68</sup> Dies mag mit fehlender Offenheit zu DDR-Zeiten zusammenhängen. Aber selbst nach einer 1990 in Gesamtberlin durchgeführten Umfrage hätten nur 32% der Ostberliner (gegenüber 39% der Westberliner) Jugendlichen Ausländer zu sich nach Hause eingeladen.<sup>69</sup>

Eine andere umfassende Untersuchung wurde 1992 und 1997 vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführt. Demnach stuften sich 1997 20% der Jugendlichen in Westdeutschland selbst als rechts bzw. eher rechts ein, im Osten waren dies 17%.<sup>70</sup> Nach Sturzbecher stimmen ca. 20% der ostdeutschen Jugendlichen rechtsextremen Argumenten voll und teilweise zu, womit die Selbsteinschätzung als realistisch zu bezeichnen ist.<sup>71</sup>

Insgesamt kommt die DJI-Studie aber zu dem Ergebnis, dass ostdeutsche Jugendliche, trotz anderer Werte bei der Selbsteinschätzung, eine höhere Affinität zu fremdenfeindlichen, nationalistischen und autoritären Argumenten zeigen.<sup>72</sup> Dementsprechend interpretieren Kleinert/de Rijke ihre Zahlen so, dass 11% in Westdeutschland und 24% in Ostdeutschland eine „rechtsextreme Haltung“ haben.<sup>73</sup>

Allerdings legen die z.T. erheblich unterschiedlichen Zustimmungsqoten bei einzelnen Items nahe, dass Jugendliche selbst bei hoher Zustimmung zu nationalistischen oder fremdenfeindlichen Fragen nicht unbedingt über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen.

---

<sup>67</sup> Ahlheim/Heger 1999, S. 35

<sup>68</sup> Vgl. Förster 2002, S. 276

<sup>69</sup> Vgl. Berliner Zeitung vom 09.08.90, zitiert nach Schroeder 2003, S. 72

<sup>70</sup> Gille u.a. 2000, S. 244

<sup>71</sup> Sturzbecher/Landua/Heyne 2001, S. 106

<sup>72</sup> Vgl.: Kleinert/de Rijke 2000, S. 173 ff. Auch andere Studien legen das nahe. Vgl. z.B. Bugiel 2002, S. 120, Fuchs 2003 u.a., S. 26, Schroeder 2003, S. 161 und 167 f.

<sup>73</sup> Ebd., S. 189

Generell stellt die überwiegende Mehrzahl der vorliegenden Studien einen Anstieg von fremdenfeindlichen, autoritären und nationalistischen Einstellungen mindestens seit Mitte der 90er Jahre fest.<sup>74</sup>

Trotz dieses alarmierenden Befundes, sei aber noch mal darauf hingewiesen, dass die Werte vor allem bei fremdenfeindlichen Einstellungen unter Jugendlichen nicht die Werte erreichen, die sie bei den Erwachsenen bekommen.

Die Zustimmung zum demokratischen System und seinen Institutionen ist auch bei Jugendlichen in Ost und West prekär. Zwar ist die generelle Akzeptanz der Demokratie hoch, aber die eigenen Einflussmöglichkeiten und das Vertrauen in das politische System und dessen RepräsentantInnen ist gering. So stellen Gille u.a. einen Vertrauensmangel in die

Reaktionsbereitschaft des politischen Systems bei drei Viertel bis vier Fünftel der Jugendlichen fest. Ost-/Westunterschiede gibt es hier nicht.<sup>75</sup>

Das Interesse für Politik sinkt,<sup>76</sup> weil „Politik (...) für die Jugendlichen oftmals den Charakter von Theateraufführungen zu besitzen (scheint).“<sup>77</sup>

Das kann aber keineswegs als generelles politisches Desinteresse ausgelegt werden. Nicht zuletzt die Untersuchungen des DJI belegen, dass

Jugendliche durchaus gewillt sind, sich politisch zu engagieren.<sup>78</sup> Laut

Förster sind zwei Drittel der befragten Jugendlichen bereit, „sich an Protestaktionen zu beteiligen.“<sup>79</sup>

Generell gelten für Jugendstudien die gleichen Vorbehalte, wie gegenüber allgemeinen empirischen Untersuchungen: Die Fragestellung wird meist dadurch bestimmt, welche Grundannahmen bzw. Erklärungsansätze man

für die Entstehung rechtsextremistischer Einstellungen hat. Diverse

AutorInnen werfen sich gegenseitig vor, „politisch oder ideologisch

vorgeprägt zu sein.“<sup>80</sup> Aber selbst AutorInnen, die behaupten, dies nicht zu

sein, scheinen davon nicht ganz frei. So findet man etwa bei der Studie von

Schroeder unter der Überschrift „Jugend besser als ihr Ruf“, Ausführungen,

die fragen lassen, was eigentlich ein schlechter Ruf ist:

---

<sup>74</sup> Vgl. z.B. Oepke 2005, S.229 f.; Kleinert/de Rijke 2000, S.174 f. und Schroeder, S. 173

<sup>75</sup> Gille/Krüger/de Rijke 2000, S. 241

<sup>76</sup> Vgl. Sturzbecher 2001, S. 119

<sup>77</sup> Held/Horn/Marvakis 1996, S. 271

<sup>78</sup> Gaiser/de Rijke 2000, S. 316 f.

<sup>79</sup> Förster 2002, S. 307

<sup>80</sup> Schroeder 2003, S. 251

„Nur etwa jeder Zweite scheint immunisiert gegenüber einem rechtsextremen Weltbild, etwas mehr als jeder Dritte äußert sich nicht ausdrücklich in einem zivilen Sinne, und vor allem stößt die parlamentarische Demokratie auf eine relativ große Ablehnung und Gleichgültigkeit.“<sup>81</sup>

Ein erstes Indiz für die Ursachen rechtsextremer Einstellungen ist mit der Unzufriedenheit mit dem demokratischen System gegeben. Darüber hinaus gibt es weitere Ursachen. Wenden wir uns also den Erklärungsansätzen und der Interpretation der empirischen Ergebnisse bei alt und jung zu.

### 2.3 Erklärungsansätze

Rechtsextremismus scheint angesichts der behandelten empirischen Studien ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft zu sein. In den 60er Jahren sprachen die Soziologen Scheuch und Klingemann von einer „normalen Pathologie westlicher Industriegesellschaften.“<sup>82</sup> An Erklärungsansätzen für diese ‚normale Pathologie‘ mangelt es nicht. Um es mit Burkhard Schröder polemisch zu formulieren:

„In den letzten Jahren ist so gut wie alles für den ‚Rechtsextremismus‘ verantwortlich gemacht worden, was man sich mit lebhafter Fantasie ausdenken kann: die Erziehung ohnehin, die autoritäre oder auch antiautoritäre, je nach Couleur des Diskutanten, die angeblich fehlenden Väter, der ‚Frust‘, die Wiedervereinigung an sich, fehlende Lehrstellen und Billardtische in Jugendzentren, zerrüttete Elternhäuser (...).“<sup>83</sup>

Das hat sicher damit zu tun, dass Theorien über die Entstehung von Rechtsextremismus in verschiedenen Forschungsrichtungen angesiedelt sind (z.B. Politik- und Erziehungswissenschaften, Soziologie etc.) und dort lange Zeit auch nur ein Schattendasein fristeten. Versuche verschiedener AutorInnen, diese interdisziplinäre Leerstelle zu schließen, stießen bisher

---

<sup>81</sup> Ebd., S. 336

<sup>82</sup> Scheuch/Klingemann 1967, zitiert nach Pfahl-Traugher 2000, S. 101

<sup>83</sup> Schröder 2000, S. 122 f.

nur auf wenig Resonanz. So konstatiert Jaschke: „Eine Theorie, (...) die sowohl erklärend wie prognostizierend sein könnte, ist nicht in Sicht.“<sup>84</sup>

Einigkeit besteht immerhin darüber, dass Rechtsextremismus aus einem Bündel von Ursachen erklärt werden muss und nicht monokausal. Und so kursieren die verschiedensten Erklärungsansätze, von denen ich im Folgenden die aus meiner Sicht wichtigsten darstellen werde.

Ich beschränke mich auf einige Ansätze, weil hier nicht ein vollständiger Überblick über den Forschungsstand gegeben, sondern vielmehr aufgrund theoretischer Ausführungen eine Handhabe für die Praxis erarbeitet werden soll.<sup>85</sup> Denn eine Analyse der Ursachen für rechtsextreme Einstellungen und Alltagspraxen muss Grundlage pädagogischer bzw. politischer Arbeit sein.

### 2.3.1 Sozialisationstheoretische Ansätze

Zunächst seien hier die Studien zum autoritären Charakter von Adorno genannt. Demnach gibt es eine tief verankerte, stabile autoritäre Persönlichkeitsstruktur infolge defizitärer frühkindlicher bzw. familiärer Sozialisation. Adorno u.a. schrieben 1972:

„Wesentlich für die Starrheit des totalitären Charakters ist dessen Autoritätsgebundenheit - die blinde, verbissene, insgeheim aufmuckende Anerkennung all dessen, was ist, was Macht hat. Nachdruck wird gelegt auf jeweils geltende konventionelle Werte, wie äußerlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiß, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit und konformistisches, unkritisches Verhalten. Durchweg denken und empfinden solche Menschen hierarchisch. Sie unterwerfen sich der idealisierten moralischen Autorität der Gruppe, zu der sie sich selbst rechnen - der 'in-group', (...) - und stehen allemal auf dem Sprung, den, der nicht dazu gehört, oder von dem man glaubt, er stehe unter einem, unter

---

<sup>84</sup> Jaschke 2001, S.85

<sup>85</sup> Vollständigerere Überblicke geben z.B. Jaschke 2001, Pfahl-Traugber 2000 und Schubarth/Stöss 2000

allerhand Vorwänden zu verdammen. Die populäre Rede von der `Radfahre natur´ trifft die Verhaltensweise recht genau.<sup>86</sup>

Als wichtigste Sozialisationsinstanz gilt demnach die Familie, wo Kinder schon früh autoritär geprägt werden. Nach einer qualitativen Studie von Christel Hopf werden erzieherische bzw. gesellschaftliche Normen von Jugendlichen besonders wenig verinnerlicht, wenn deren Erziehung von (körperlichen) Strafen und dem `Einbläuen´ von Normen geprägt war,<sup>87</sup>

Auch Hans Jürgen Wirth sieht diesen Zusammenhang bezogen auf Jugendliche, die wegen Gewalttaten verurteilt worden waren: „So wie gewalttätige rechtsradikale Jugendliche in ihrer Kindheit von ihren Eltern selbst nicht angenommen, sondern zurückgewiesen wurden, weisen sie heute diejenigen zurück, die sich bedingt durch eine andere Haut- und Haarfarbe von ihnen unterscheiden.“<sup>88</sup>

Ein Ergebnis, das von Untersuchungen über rechtsextremistische Straftäter gestützt wird, wo es heißt, sie zeigten „durchaus Ähnlichkeit zum Idealtypus der `autoritären Persönlichkeit´.“<sup>89</sup>

Damit ist nebenbei auch die These, die Claus Leggewie 1993 einbrachte, nämlich dass der antiautoritäre Erziehungsstil der 68-Generation verantwortlich für den jugendlichen Rechtsextremismus wäre, widerlegt.

Doch soll hier gar nicht suggeriert werden, dass der autoritäre Charakter nur ein Jugendphänomen wäre. Jürgen Winkler plädiert für einen erweiterten Sozialisationsbegriff. Er weist darauf hin, dass die politische Sozialisationsforschung zeigt, „daß die Sozialisation keineswegs auf das Kinder- und Jugendalter begrenzt ist, sondern einen lebenslangen Prozeß darstellt.“<sup>90</sup> Und mit zunehmendem Alter scheint sich Autoritarismus zu verfestigen. So kommen Heyder/Schmidt in einer Untersuchung über Autoritarismus in Ost und West zum eindeutigen Ergebnis: „Sowohl

---

<sup>86</sup> Adorno u.a. 1972, zitiert nach Jaschke 2001, S. 59

<sup>87</sup> Zitiert nach Funke 2002, S. 63

<sup>88</sup> Wirth 1996, zitiert nach ebd., S. 67

<sup>89</sup> Willems 1993, zitiert nach Pfahl-Traugher 2000, S. 99

<sup>90</sup> Winkler 1996, S. 29

autoritäre als auch ethnozentristische Einstellungen sind überwiegend Phänomene der älteren Generation.<sup>91</sup>

Natürlich ist der sozialisationstheoretische Ansatz in der Forschung umstritten, bildet aber eine starke Richtung und viele AutorInnen berücksichtigen ihn bzw. nutzen ihn als wichtigstes Erklärungsmodell.<sup>92</sup>

Auch ich halte den Focus auf familiäre Hintergründe bzw. die Ursachen für autoritäre Einstellungen für eine wichtige Stütze, um zu einer Erkenntnis über rechte Einstellungen zu gelangen.

Doch ist die Theorie des autoritären Charakters bzw. familiärer Sozialisation meines Erachtens nicht ausreichend, um rechtsextremistische Einstellungen zu erklären. Abgesehen davon, dass es neben der Familie noch andere Sozialisationsinstanzen gibt (z.B. Schule, Betrieb, Cliques, Vereine usw.), spielen weitere Faktoren eine Rolle, ob sich rechtsextreme Einstellungsmuster herausbilden.

So wichtig familiäre Sozialisation auch ist, kann doch nicht vom gesellschaftlichen Umfeld abstrahiert werden. Die aktuelle politische Kultur prägt die Vorstellung, wer zur 'in-group' gehört und was im politischen Diskurs überhaupt wahrgenommen bzw. als gültig erachtet wird, was also Konsens ist und was außerhalb dieses Konsenses steht.

„Je verbreiteter autoritäre, ethnisch-nationalistische und kollektivistische Wertvorstellungen und je kohärenter diese Einstellungen in einer Gesellschaft sind, desto wahrscheinlicher ist die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen und desto günstiger sind die Entwicklungschancen rechtsextremer Bewegungen.“<sup>93</sup>

Deshalb nun ein Blick auf das gesellschaftliche Umfeld, ohne den jeglicher Sozialisationsansatz unvollständig wäre.

---

<sup>91</sup> Heyder/Schmidt 2002, S. 137

<sup>92</sup> Z.B. Oepke 2005, Boehnke u.a. 2002, Winkler 2000, Funke 2002 und Jaschke 2001

<sup>93</sup> Winkler 2000, S. 59

### 2.3.2 Gesellschaftliche Einflüsse

In einem 1958 erschienen Aufsatz vertrat der amerikanische Soziologe Martin Lipset die These, dass sich „in jeder größeren sozialen Schicht sowohl demokratische als auch extremistische politische Tendenzen ... äußern.“<sup>94</sup>

Lipset folgert, der Faschismus sei kein rechtsextremes Projekt gewesen, sondern sei von bürgerlichen Schichten bzw. der Mittelklasse getragen gewesen. Dementsprechend sprach er von einem „Extremismus der Mitte“. Lipsets Thesen erhielten in Deutschland Anfang der 90er Jahre eine gewisse Aufmerksamkeit. Nach den Pogromen u.a. in Hoyerswerda und Rostock 1992/93 reagierte die offizielle Politik statt mit entschiedener Strafverfolgung und inhaltlicher Zurückweisung rassistischer Positionen mit der Änderung des Grundgesetzes in Bezug auf das Recht auf Asyl. Damit sollte ein fatales Signal gesetzt werden: ‚Wir weisen zwar die Mittel eines gewalttätigen Mobs zurück, aber in der Sache hat er recht: Es gibt zu viele Asylanten in Deutschland. Und hier werden wir mit aller Härte vorgehen.‘ Laut einer Untersuchung von Ruud Koopmans, der das Wechselverhältnis von gesellschaftlichem Protest und staatlicher Politik anhand des Asylthemas in den 90er Jahren untersuchte, haben politische Eliten entscheidenden Einfluss darauf, wie ein politisches Thema in der Bevölkerung wahrgenommen wird.

„So waren soziale Bewegungen und Interessengruppen, vor allem auf seiten der Befürworter von Asylrechtseinschränkungen, kaum in die öffentliche Debatte involviert. Statt dessen wurde die Debatte durch politische Eliten, allen voran die Bundes- und Länderregierungen sowie die Bundesparteien, dominiert. Die Behauptung, daß mit den Forderungen zur Einschränkung des Asylrechts auf einen starken Druck aus der Bevölkerung und den Kommunen reagiert wurde, läßt sich empirisch nicht bestätigen. (...) Für die Welle der Gewalt gegen Asylbewerber und Ausländer war wahrscheinlich beides notwendig: eine bereits mobilisierungsfähige rechte Jugendsubkultur, die noch auf der Suche nach einem medienwirksamen Thema war, das mit einer gewissen Sympathie in der Politik und der Bevölkerung rechnen

---

<sup>94</sup> Lipset 1958, zitiert nach Schroeder 2003, S. 108

konnte, und eine polarisierte politische Debatte zwischen kompromißunfähigen Kontrahenten, die der radikalen Rechten ein solches Thema verschaffte.“<sup>95</sup>

Koopmans arbeitet in seiner Untersuchung heraus, dass die etablierte Politik der extremen Rechten behilflich war, ein Thema `populär` zu machen, und deren Argumentationen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein auf Zustimmung stießen. Das heißt nicht, dass staatliche Politik Ursache für die Pogrome und Brandanschläge waren, sondern gleichsam als Verstärker dienten. Es kam zu einer „Interaktionsdynamik von fremdenfeindlichen Einstellungsmustern, sozialen Umbruchserfahrungen und der etablierten Politik.“<sup>96</sup>

Doch nicht nur die Debatte um das Asylrecht in den 90er Jahren hat verheerende Signale ausgesendet. Überhaupt legt der Umgang mit Minderheiten und z.B. das immer noch zum Großteil auf `blutsmäßige Abstammung` basierende Staatsbürgerschaftsrecht oder die gegenwärtige Asylpolitik in Deutschland rassistische Argumentationen nahe und rechtsextreme Gruppen können auf Sympathien in der sog. gesellschaftlichen Mitte bauen. Dies ist ein entscheidendes strategisches Argument in der Welt des (un-) organisierten Rechtsextremismus. Denn ob eine Handlungsoption wahrgenommen wird, hängt entscheidend mit der Zustimmung der als relevant angesehenen Bezugsgruppe zusammen. Da diese sich normalerweise aus der gesellschaftlichen `Mitte` speist, wird hier nach Anknüpfungspunkten gesucht und diese werden auch gefunden, etwa bei fremdenfeindlichen Argumentationen, die von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt werden. Dementsprechend besteht die Reaktion offizieller Politik häufig nicht in der Zurückweisung rassistischer Denkfiguren, sondern lediglich in der rhetorischen Ausgrenzung rechtsextremer Akteure:

„Die rigide Ausgrenzung von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus beschränkt sich im Wesentlichen auf ganz klar als rechtsextrem (im Sinne von einer Nähe zum

---

<sup>95</sup> Koopmans 1996, S.189 ff.

<sup>96</sup> Funke 2002, S.60



Nationalsozialismus/Hitlerfaschismus) identifizierten Positionen und deren Träger, während ihnen zugrunde liegende Ressentiments, Haltungen und Deutungsmuster weithin toleriert, verharmlost oder gar für politische Zwecke funktionalisiert werden.<sup>97</sup>

Beispiele für die Funktionalisierung rechtsextremer Argumentationen zu eigenen Zwecken gibt es in unschöner Regelmäßigkeit. Erinnerung sei an die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft<sup>98</sup> im Frühjahr 1999, die Debatte um eine deutsche Leitkultur, die zur Zeit durchgeführten Staatsbürgerschaftstests in Baden-Württemberg oder die Nationalstolz-Debatte im Jahr 2000 und bei der auch aus der SPD Stimmen laut wurden, einen Spruch, der in den 80er Jahren ausschließlich in rechtsextremen Kreisen gebraucht wurde, als gesellschaftlichen Konsens einzuführen. So äußerte der SPD-Abgeordnete Wilhelm Schmidt am 16.03. 2001 im Bundestag: „Auch wir sind stolz darauf, Deutsche zu sein und fordern alle Deutschen auf, stolz zu sein.“<sup>99</sup> Gudrun Hentges sieht quer durch die Parteien eine bedenkliche Entwicklung:

„Politiker etablierter Parteien sagten in den vergangenen Jahren sog. Parallelgesellschaften den Kampf an, unterbreiteten den Vorschlag, daß man künftig den Bezug von Sozialhilfe an vorhandene Deutschkenntnisse knüpfen solle, beklagten sich darüber, daß man sich in bestimmten Quartieren nicht mehr in Deutschland fühle (Schönbohm), jammerten über den durch `Massenzuwanderung` erlittenen Heimatverlust (Lummer) und behaupteten, die Belastungsgrenze der Republik sei durch Zuwanderer überschritten (Schily).“<sup>100</sup>

Dass die etablierten Parteien damit den Rechtsextremen inhaltlich sehr nahe kamen, nahmen sie nach Richard Stöss „billigend in Kauf“.<sup>101</sup>

---

<sup>97</sup> Butterwegge/Häusler 2002, S.218

<sup>98</sup> die Edmund Stoiber im Focus vom 4.1.1999 als „gefährlicher als die RAF“ bezeichnete. Zitiert nach Butterwegge/Häusler, S. 259

<sup>99</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/159 vom 16.03.2001. Zitiert nach: Widmann 2005, S. 35

<sup>100</sup> Hentges 2001, S. 65

<sup>101</sup> Stöss 2000, S. 124

In einer Zeit, in der traditionelle Parteibindungen an Bedeutung verloren haben, wird auch am rechten Rand gefischt, um Wählerschaften mit menschenfeindlichen Einstellungen anzusprechen, „auf die man bei knappen Wahlentscheidungen angewiesen ist.“<sup>102</sup>

Eine vielleicht wahltaktisch verständliche, aber in Bezug auf das gesellschaftliche Klima verheerende Strategie.

Gerade in Bezug auf Debatten um `Ausländer` und Zuwanderung scheinen die in der öffentlichen Debatte dominierenden Abwehrmechanismen ein fatales Signal auszusenden. So versteht sich Deutschland noch immer nicht als Einwanderungsland, noch immer gibt es kaum Integrationskonzepte und in der öffentlichen Debatte wird nahe gelegt, dass die z.T. seit 40 Jahren hier lebenden ArbeitsmigrantInnen und deren Nachkommen noch immer `die Anderen` sind. Eine international angelegte Studie konnte dementsprechend nachweisen, „dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sich besonders in den Ländern verschärft haben, in denen bei Regierungen und öffentlicher Meinung bestimmte Reaktionsmuster dominierten.“<sup>103</sup>

Auch die europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellt Deutschland in Bezug auf den Umgang mit Menschen, die keinen deutschen Pass haben, ein schlechtes Zeugnis aus. In einem Bericht aus dem Jahr 2001 werden u.a. der Umgang mit Asylbewerbern, die Verwendung des Begriffs `Ausländer`, stigmatisierende Vorurteile gegen Sinti und Roma und die mangelnde Bereitschaft, sich als Einwanderungsland zu sehen sowie die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen, kritisiert. Der Bericht weiter:

„Auf der anderen Seite sind die Ursachen (für antisemitische und rassistische Gewalt, Anm. C.V.) in der breiten Gesellschaft und dem bestehenden politischen Klima zu finden. Hierzu gehören offener und latenter Rassismus und Antisemitismus, der allgemein in einigen Teilen der deutschen Gesellschaft auftritt, Gleichgültigkeit gegenüber solchen Phänomenen, Vorstellungen von Ausländern und ihrem Platz in der deutschen Gesellschaft sowie diskriminierende Politik und Praktiken, die den Rassismus und den Antisemitismus noch verstärken. (...) ECRI hebt

---

<sup>102</sup> Heitmeyer 2000, zitiert nach Butterwegge/Häusler 2002, S. 234

<sup>103</sup> Kühnl 2001, S. 31

hier hervor, dass es im Kampf gegen rassistische Gewalt und Belästigungen wichtig ist, dass alle politischen Parteien und Vertreter der Versuchung widerstehen, Minderheiten, Zuwanderer, Flüchtlinge und Asylbewerber negativ zu belegen, um Wählerstimmen zu gewinnen.<sup>104</sup>

Hinzuzufügen wäre noch, dass staatliche Behörden z.T. noch immer der Vorstellung anhängen, dass die größte Gefahr der Demokratie in Deutschland neben Islamisten bzw. Zuwanderung vom linksextremistischen Spektrum ausginge. Dabei kommen von hier die wohl entschiedensten Gegner des Rechtsextremismus. Das hält aber einige Verfassungsschutzbehörden nicht davon ab, die Gefahr des Rechtsextremismus zu leugnen bzw. Linksextremismus als „eigentlichen Verfassungsfeind“ darzustellen.<sup>105</sup>

Auch die Rolle der Medien spielt nicht nur laut ECRI eine erhebliche Rolle in Bezug auf Bilder von `Fremden`, sowie auf den Umgang mit rechtsextremistischer Gewalt. ECRI zeigt sich z.B. „besorgt über die Berichte, dass einige Medien in Deutschland negative Klischeevorstellungen und Vorurteile gegenüber Personen ausländischer Herkunft und ethnische Minderheitengruppen noch fördern und so zu einem Klima beitragen, das diesen Personen feindlich gegenüber steht (...)“<sup>106</sup>

Wenn im Fernsehen Menschen nicht-deutscher Herkunft häufig nur als Problemfälle auftauchen bzw. als nicht integrierter Bestandteil der Gesellschaft, dann verfestigen sich sowieso schon existente Bilder. Durch solche Berichte wird weiterhin eine rechtsextreme Sicht verstärkt, nach der RechtsextremistInnen als einzige in der Lage seien, das auszusprechen und etwas zu unternehmen, was von Politik, Medien und breiten Bevölkerungsschichten zwar problematisiert, aber nicht konsequent umgesetzt würde. Dass gesellschaftliche Probleme nicht auf Zuwanderung zurückzuführen sind, macht allein schon der geringe AusländerInnenanteil in Ostdeutschland deutlich. Im Gegenteil, die Verbreitung fremdenfeindlicher Vorurteile ist gerade dort am Höchsten, wo es besonders wenige `Ausländer` gibt.<sup>107</sup>

---

<sup>104</sup> ECRI-Bericht 2001, S. 1016

<sup>105</sup> Siehe Spoo 2001, S. 27 f.

<sup>106</sup> Ebd., S. 1014

<sup>107</sup> Vgl. Ahlheim/Heger 1999, S. 31

Auch bei der Berichterstattung über rechtsextremistische Gewalt wird kritisiert, dass Medien über „Erfolge“ gruppenbezogener Gewalt<sup>108</sup> berichten, die allein auf junge Männer fixiert ist.<sup>109</sup>

Überhaupt scheinen `Skinheads` allein für das Problem Rechtsextremismus in Deutschland zu stehen. Nur selten wird auf den gesellschaftlichen Background oder seriös auftretende RechtsextremistInnen hingewiesen. So kritisiert der Fernsehjournalist Thomas Leif mangelnde analytische Tiefe der Berichterstattung und vor allem fehlende inhaltliche Kompetenz zum Thema:

„Er beklagt die Professionalisierung der rechten Drahtzieher, die ihr Verhältnis zu den Journalisten als Cash-and-Carry-Beziehung kommerzialisiert hätten, die Fixierung der Journalisten auf eben diese Akteure und einen Rhythmus der medialen Zuwendung, die auf Einzelereignisse setze und Kontinuität vermissen lasse.“<sup>110</sup>

Nun soll hier keine pauschale Medienschelte betrieben werden. Sicherlich ist die Berichterstattung über Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren differenzierter geworden. Aber noch immer mangelt es an einer umfassenden Analyse und kompetenter Recherche, so dass sich z.B. an Wahlabenden noch immer Ratlosigkeit breit macht, wenn plötzlich erfolgreiche Rechtsextremisten ein Forum bekommen oder dies hilflos vereitelt wird, wie dies z.B. nach den letzten Landtagswahlen in Sachsen der Fall war. Es scheint, als ob Medien wie Politik das Problem als im wahrsten Sinne des Wortes Randphänomen wahrnehmen und geifernde Hetzer erwarten und nicht etwa einen eloquenten und sozial integrierten Fahrschulbesitzer, wie es der sächsische MdL Leichsenring von der NPD ist.

An dieser Stelle sei festgehalten, dass Politik und Medien rechtsextremistische Entwicklungen verstärken oder auch abmildern können. Solange Medien und Politik Rechtsextremismus - aus welchen Gründen auch immer - als Randphänomen der Gesellschaft darstellen, scheinen sie das Problem zu verstärken. So lange keine Beziehung zwischen den Diskursen der sogenannten Mitte und denen des Rechtsextremismus

---

<sup>108</sup> Heitmeyer 2003, S. 144

<sup>109</sup> Vgl. Ahlheim 2003, S. 25

<sup>110</sup> Jaschke 2001, S.147

gesehen bzw. diese Verbindung strikt geleugnet wird<sup>111</sup>, läuft jede Abgrenzung zum rechten Rand ins Leere. Und so lange sich rechtsextremistische Gruppen und Einzelpersonen, ob zurecht oder nicht, sei hier dahingestellt, als Vollstrecker eines diffusen Volkswillens empfinden können, hilft kein noch so wohlmeinender Appell für Toleranz bzw. Zivilcourage.

Nun stellt sich aber die Frage, warum in der Politik so häufig die `rechte Karte´ gezogen wird und warum diese so erfolgreich zu sein scheint. Schließlich hat das Problem im Vergleich zu früheren Zeiten erheblich zugenommen. Und damit wären wir beim Desintegrationsansatz von Wilhelm Heitmeyer angekommen.

### 2.3.3 Desintegration, Standort und Globalisierung

Der einflussreichste Erklärungsansatz für rechtsextremistische Einstellungen in den 90er Jahren war sicherlich die sog. Desintegrationstheorie Wilhelm Heitmeyers.

Anhand zweier Jugendstudien von 1987 und 1992 sprachen Heitmeyer und sein Team von der Uni Bielefeld von einem soziologischen Rechtsextremismus, der Folge „gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse“ sei, die durch die „Grundmechanismen der hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft“ bedingt seien.<sup>112</sup>

Angelehnt an Ulrich Becks „Risikogesellschaft“<sup>113</sup> postulierte Heitmeyer, die Individualisierungsprozesse moderner Gesellschaften führten zur Erosion traditioneller Sozialmilieus und dem Schwinden verbindlicher Normen (Anomie), die vor allem bei Jugendlichen mit Verunsicherung, Vereinzelung und Ohnmachtsgefühlen einher gingen.

Jugendliche würden Geborgenheit, Schutz, Stärke und Gewissheiten im Rahmen einer Identitätsbildung suchen. Fänden sie diese nicht, so könnten sich rechtsextreme Orientierungen herausbilden. „Es komme zur Abwertung und Ausgrenzung anderer, um Anschluß oder Aufstieg zu

---

<sup>111</sup> So erwog Innenminister Schily nach Bekanntwerden des ECRI-Berichtes die Streichung deutscher Gelder für den Europarat. Vgl. Butterwegge/Häusler 2002, S. 239.

<sup>112</sup> Heitmeyer 1987, zitiert nach Pfahl-Traugber 2000, S. 102

<sup>113</sup> Beck 1986

erreichen.“<sup>114</sup> Rechtsextremistische Jugendliche seien demnach Modernisierungsoffer bzw. -verlierer.

Schon Heitmeyers frühere Untersuchungen widersprachen seiner Theorie. So schrieb er bereits 1987:

„(Es) sollte größere Aufmerksamkeit der Konstellation gelten, in der scheinbar soziale Integration und Überlegenheits- bzw. Selbstüberschätzungsempfinden bei gleichzeitiger Vereinzelung zusammenfallen, denn es gibt zahlreiche Hinweise, dass Jugendliche, die in sozial akzeptierten und von ihnen selbst als zufrieden stellend empfundenen Handlungsbedingungen und Interaktionskontexten leben, eine Nähe zu den als problematisch angesehenen Orientierungsmustern aufweisen.“<sup>115</sup>

Auch andere Studien sehen keinen oder kaum einen Zusammenhang zwischen Desintegration und rechtsextremistischen Orientierungen.<sup>116</sup>

Im Gegenteil, häufig sind es gerade sozial integrierte Jugendliche, die zunächst keinerlei Benachteiligung erfahren, die stärker rechtsextrem orientiert sind, als `benachteiligte` Jugendliche.

So weisen z.B. Held/Horn/Marvakis nach einer Studie unter jugendlichen ArbeitnehmerInnen drauf hin, „daß nicht ein Integrations*defizit* ausgrenzende Orientierungen fördert, sondern daß vielmehr ein starkes Bedürfnis nach Integration, also *ein positiver Integrationswille*, ein wichtiges Begründungsmuster für ausgrenzende Orientierungen darstellen kann.“<sup>117</sup>

Anders ausgedrückt haben Jugendliche mit erhöhter Neigung zu rechtsextremem Denken die Anforderungen einer kapitalistischen Gesellschaft so verinnerlicht, dass sie sich mit ihren Werten wie Leistungsorientierung und Konkurrenz stark identifizieren. So gesehen ist Rechtsextremismus keineswegs eine oppositionelle Haltung, sondern eher eine Zuspitzung vorherrschender konventioneller Sichtweisen. Dies widerspricht nicht unbedingt dem Desintegrationstheorem Heitmeyers, denn dieser stellte die Frage, wie „Desintegrationserfahrungen bzw. -antizipationen“ verarbeitet werden.<sup>118</sup>

---

<sup>114</sup> Winkler 1996, S. 41

<sup>115</sup> Heitmeyer 1987 zitiert nach Hafenecker/Jansen 2001, S. 21

<sup>116</sup> Z.B. Förster 2002, Gille/Krüger 2000, Held/Horn/Marvakis 1996

<sup>117</sup> Held/Horn/Marvakis 1996, S. 74. Hervorhebungen im Original

<sup>118</sup> Heitmeyer 1994, S. 47

Aber seine Theorie hat entscheidende Schwachstellen. Sie erklärt beispielsweise nicht, warum nicht die Mehrheit der Bevölkerung rechtsextrem ist, schließlich betrifft die Individualisierung nicht nur eine Minderheit männlicher Jugendlicher. Die Frage also, wann und warum jemand sich rechtsextremen Einstellungsmustern hinwendet und andere, die den selben Einflüssen unterliegen, dies nicht tun, kann das Desintegrationstheorem nicht beantworten.

Auch Wahl u.a. erheben Einspruch gegen Heitmeyers

Desintegrationstheorie:

„So wird ihr vorgeworfen, sie nehme die positiven Effekte der Individualisierung zu wenig ernst, da die Rolle der Kleinfamilie und ihrer starken Bindungen einerseits idealisiert und andererseits die positiven Veränderungen durch die Modernisierung wie der Wandel der Erziehungsziele und -formen übersehen würden.

Heitmeyer setzt der negativ bewerteten Individualisierung eine starke normative und soziale Integration entgegen. Diese positive Sicht von Integration ist jedoch fragwürdig, da rechtsextreme Orientierungen häufig auch in hoch integrierten Gruppen auftreten, die sich durch einen starken Bezug auf gemeinsame Werte und Normen, durch hohe Konformität und soziale Kontrolle auszeichnen.“<sup>119</sup>

Das heißt nun aber nicht, dass Heitmeyers Ansatz in Gänze zu verwerfen wäre. Wenn man untersucht, wer rechtsextremistische Argumentationen wie unterstützt, lässt dies durchaus Schlussfolgerungen auf den Umgang mit den Anforderungen postmoderner Industriegesellschaften zu.

Dietmar Sturzbecher z.B. charakterisiert rechtsextreme Jugendliche als Ergebnis seiner Studie so:

„Es existiert (..) eine Gruppe von Jugendlichen, für die Lebensgenuß und Geldverdienen besonders wichtig sind und die zugleich ein Leben ohne Anstrengungen führen möchten. Sie verfügen - nach eigenen Angaben - über ein überdurchschnittliches Selbstvertrauen, das man wohl mit

---

<sup>119</sup> Wahl u.a. 2005, S. 21

Selbstüberschätzung bezeichnen sollte, und einen hohen Zukunftsoptimismus.“<sup>120</sup>

Dazu passend werden AusländerInnen nicht in erster Linie als Konkurrenz gesehen. So schreiben Held/Horn/Marvakis: „Besonders wichtig (für ostdeutsche Jugendliche, Anm. C.V.) ist aber das Gefühl, zu den Verlierern der `Wende´ zu gehören. Ausländer werden angeblich bevorzugt, z.B. gegenüber deutschen Obdachlosen, Arbeitslosen (...).“<sup>121</sup>

Dabei erscheint es unerheblich, ob man im konkreten Einzelfall tatsächlich zu den Verlierern der Wende gehört. Das Gefühl, Deutsche zweiter Klasse zu sein, reicht aus, um die `nationale Karte´ zu spielen und die Solidarität als *Deutsche* einzufordern. „Gegen den Westen wehrt sich der Osten, `der Süden´ zu sein.“<sup>122</sup>

Für westdeutsche, jugendliche Arbeitnehmer konstatieren Held/Horn/Marvakis, dass diese vielfältige Kontakte zu ausländischen Menschen hätten, was aber keine direkten Folgen in Bezug auf das Verhältnis zu ihnen haben muss: „Sie sehen ihre soziale Positionierung innerhalb des Betriebs nicht durch Ausländer gefährdet; bestehende Unterschiede werden hier als gesichert und akzeptiert betrachtet.“<sup>123</sup> Die unterschiedlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden als selbstverständlich und dem eigenen Vorteil dienend akzeptiert. Wenn wir also in einer Konkurrenzgesellschaft leben, in der sich der Stärkere durchsetzt, dann bedeutet deutsch sein einen nicht zu unterschätzenden `Vorteil´ im alltäglichen Konkurrenzkampf. Dieses Denken scheint trotz unterschiedlicher Ausformungen, der Hintergrund sowohl in Ost wie West zu sein. Darin dürften sich Jugendliche in keinster Weise von Erwachsenen unterscheiden.

Nun stellt sich die Frage, was Rechtsextremismus, der sich ja von etablierter Politik unterscheiden möchte, nun so attraktiv macht, wenn gleichzeitig die „Vertretung sog. deutscher Interessen gegen Ausländer nach innen und außen offenkundige Praxis und Programmatik der etablierten Parteien ist. Die zu beantwortende Frage lautet also: Warum genügt es rechten

---

<sup>120</sup> Sturzbecher 2001, S. 81

<sup>121</sup> Held/Horn/Marvakis 1996, S. 131

<sup>122</sup> Kohlstruck 2001, S. 33

<sup>123</sup> Held/Horn/Marvakis 1996, S. 131



Jugendlichen nicht, dass ausländische Arbeitnehmer/innen durch das Arbeitsförderungsgesetz (SGB III) benachteiligt werden, Flüchtlingen mehrheitlich das Asylrecht verweigert und sie ggf. in Nacht-und-Nebel-Aktionen abgeschoben werden usw.<sup>124</sup>

Die durchaus simple Antwort lautet: Weil sie es nicht wissen. Nicht nur Scherr kommt aufgrund seiner pädagogischen Arbeit zu dem Ergebnis, dass das politische Wissen von Jugendlichen nicht besonders detailliert ist.<sup>125</sup> Auch aus meiner alltäglichen Arbeit kann ich diese Beobachtung bestätigen. Demnach herrscht große Verwunderung darüber, wie schwierig es ist, in Deutschland Asyl zu erhalten, dass Flüchtlinge keinen Anspruch auf Sozialhilfe bzw. Hartz IV haben. Regelmäßig wird die Zahl der in Deutschland lebenden AusländerInnen auf 20-50% geschätzt, überhaupt gibt es die Vorstellung, dass `die halbe Welt´ nach Deutschland immigriert bzw. immigrieren will. Aufklärung über diese Missstände bzw. Fehlinformationen bleibt meist wirkungslos, weil die Unterschiede häufig ja auf Zustimmung stoßen.

Statt von „Modernisierungsverlierern“<sup>126</sup>, sollte man eher von relativer Benachteiligung sprechen. Denn wie dargestellt kann von faktischer Benachteiligung und einem Zusammenhang mit fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremen Einstellungen nicht die Rede sein. Dies kann weder im globalen Maßstab (schließlich leben wir in einem der reichsten Länder der Welt) noch aufgrund empirischer Befunde behauptet werden. Vielmehr scheint das subjektive Empfinden, ungerecht behandelt zu werden bzw. nicht das zu bekommen, was einem angeblich zusteht, ausschlaggebend zu sein. Wahl und andere benutzen deswegen den Begriff der relativen Benachteiligung:

„Relative Benachteiligung bezeichnet das Gefühl, im Vergleich zu anderen Gruppen benachteiligt zu sein. Dieses Gefühl steht mit einer objektiven Benachteiligung nur in losem Zusammenhang, da es auch bei objektiv nicht benachteiligten Personen auftreten kann, wenn sie eine Vergleichsgruppe

---

<sup>124</sup> Scherr 2002, S. 170

<sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 171

<sup>126</sup> So etwa Funke 2002, S. 224

wählen, die sich in einer besseren sozioökonomischen Situation befindet als sie selbst.

Wird etwa die benachteiligte Lage der Bevölkerung der neuen Bundesländer bedacht, dann ist es nur ein kleiner Schritt zu der These, dass ein Wechsel der Vergleichsgruppe hin zu den noch stärker benachteiligten Gruppen wie Migranten helfen kann, zu einer positiven Identität zu finden. Die Zugehörigkeit zur Nation Deutschland kann sich hier als Anker anbieten, da sie nicht erworben werden muss, sondern zugeschrieben sind. Die Aufwertung der eigenen Nation wird durch die Abwertung anderer Gruppen plausibel.<sup>127</sup>

Gerade in Zeiten, in denen Länder als „nationale Wettbewerbsstaaten“<sup>128</sup> miteinander konkurrieren, sozialstaatliche Errungenschaften der Vergangenheit aufgeweicht bzw. abgeschafft werden und Politik als reines Vollstreckungsorgan einer globalisierten Wirtschaft erscheint, wird eine Renaissance nationaler Ideologie plausibel.

„In einer Situation in der das `ganze Volk´ angehalten wird, `den Gürtel enger zu schnallen´, liegt es auf den Stammtischen, daß `Fremde´, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. `Deutsch sein´ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.“<sup>129</sup>

Auch wenn Neoliberalismus und organisierte Rechte wenig miteinander zu tun haben wollen: Der Diskurs des Standortwettbewerbes verstärkt autoritäre Denkmuster. Deutsche Abstammung gerinnt in dieser Perspektive zu einem nicht unerheblichen `Standortvorteil´ und legt das `Radfahrerprinzip´ als Handlungsmaxime nahe.

---

<sup>127</sup> Wahl u.a. 2005, S. 28

<sup>128</sup> Hirsch 1995

<sup>129</sup> Radtke 1996, zitiert nach Butterwegge 2001, S.55. Auch Held/Horn/Marvakis sprechen von einem „defensiven Nationalismus“ unter jugendlichen ArbeitnehmerInnen, „der die Deutschen als benachteiligt bzw. als ausgenutzt ansieht und eine Bevorzugung nach dem nationalen Kriterium einfordert.“ Held/Horn/Marvakis 1996, S. 73

Moderne rechtsextreme Ideologie scheint erkannt zu haben, um es mit Arno Klönne zu formulieren, „daß innergesellschaftlich und weltweit nicht die `Zivilgesellschaft´ sich anbahnt, sondern die Konkurrenz um den `Platz an der Sonne´ sich verschärft und notfalls gewaltförmig ausgetragen wird (...).“<sup>130</sup>

Im Gegensatz zu staatlicher Politik müssen rechtsextremistische Parteien aber keine Politik gestalten, die zwar die Globalisierung aktiv betreibt, die Bevölkerung aber vor den negativen Folgen zu beschützen verspricht. Vielmehr können sie zwar ideologisch den `Standortvorteil deutsch sein´ propagieren und sich gleichzeitig als konsequenteste Interessenvertretung nationalstaatlich verfasster Bürgerschaft präsentieren.

Selbst Gewerkschaften, die einstmals für bedingungslose internationale Solidarität standen, begegnen ihrem Mitgliederschwund nicht mehr mit den Vorteilen kollektiver Organisation bzw. eigenen Engagements zur Abwehr von Lohnkürzungen (geschweige denn spürbaren Lohnanhebungen). Stattdessen wird mit materiellen Vorteilen einer Mitgliedschaft wie etwa Studentenausweisen für Azubis und individuellen Rechtsschutz geworben, um neue Mitglieder zu gewinnen. Studien, die belegen, dass jugendliche und gering gebildete Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittlich häufig rechtsextrem eingestellt sind, werden zwar wahrgenommen, aber bleiben ohne Konsequenzen..<sup>131</sup>

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass in der Literatur immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Statements einen engen Zusammenhang mit dem Bildungsniveau der Befragten aufweist.<sup>132</sup>

Das heißt weder, dass Höhergebildete frei von solchen Einstellungen wären, noch dass RechtsextremistInnen oder Menschen, die für deren Argumente offen sind, dumm sind. Heyder weist darauf hin, dass sich nicht die Bildung,

---

<sup>130</sup> Klönne 2000, S. 23

<sup>131</sup> Einige Werbungsaktionen durfte ich selbst auf gewerkschaftlichen Bildungsurlauben erleben und auch als Teamender der ver.di-Jugend Niedersachsen wurde ich in Arbeitskreisen angewiesen, die materiellen Vorteile einer Mitgliedschaft wie z.B. Rechtsschutz, tarifliche Entlohnung, Werbungsprämien etc. in den Vordergrund zu stellen. Zu der überdurchschnittlichen rechtsextremen Einstellung von Gewerkschaftsmitgliedern siehe: Held/Horn/Marvakis 1996, S. 271 f. und Fichter/Stöss/Zeuener 2005

<sup>132</sup> Vgl. etwa Ahlheim/Heger 1999, S. 90, Kleinert 2000, S. 387 f., Schroeder 2003, Heyder 2003, S. 79 und Wahl 2005, S. 41

sondern „empathische und kognitive Fähigkeiten zur Reduzierung des Ausmaßes Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“<sup>133</sup> auswirken. Die Chancen, solche Fähigkeiten zu entwickeln bestehen eher an höheren Bildungsstätten, wobei Heyder betont, dass Leistungsorientierung den stärksten Einfluss, auf rechtsextreme oder „menschenfeindliche“ Orientierungen unabhängig vom Bildungsniveau ausübt.<sup>134</sup>

An dieser Stelle ergeben sich schon erste Überlegungen, welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis vor allem für die (präventive) Pädagogik folgen müssten. Diese Frage sei zunächst zurückgestellt. Ich möchte in diesem Überblick von Erklärungen wie gesagt nicht alle Ansätze darstellen.<sup>135</sup> Es zeigt sich, dass die meisten Theorien unverbunden bleiben. Versuche der interdisziplinären Verknüpfung sind spärlich, nichtsdestotrotz aber dringend notwendig. Zur Beantwortung der allgemeinen Fragestellung meiner Arbeit, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten bezüglich Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland bestehen, möchte ich noch auf die Frage eingehen, ob es DDR-spezifische Gründe für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland gibt.

#### 2.3.4 Rechtsextremismus als Erbe der DDR?

Als zu Beginn der 90er Jahre in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und anderen Orten der ehemaligen DDR Flüchtlingsunterkünfte unter dem Beifall bzw. unter aktiver Mitwirkung der breiten Bevölkerung angegriffen wurden, stellte sich natürlich die Frage, inwiefern DDR-spezifische Ursachen für diese Vorfälle Ausschlag gebend waren. Diese Frage ist bis heute nicht zufriedenstellend beantwortet.

Kurz nach der `Wende` 1989 postulierte Hans-Joachim Maaz, Chefarzt einer psychotherapeutischen Klinik in Halle, dass die Gewalttätigkeit

---

<sup>133</sup> Heyder 2003, S. 92

<sup>134</sup> Vgl. ebd., S. 92 f.

<sup>135</sup> Geschlechtsspezifische Ansätze wie z.B. von Bitzan (1997) und Birsl (1996) seien hier erwähnt. Hinweise auf genetische Veranlagungen (z.B. Schroeder 2003, S. 241 und S. 490) halte ich für an den Haaren herbei gezogen. Sie spielen in der Literatur auch keine Rolle.

ostdeutscher Skinheads auf einen „Gefühlsstau“ aus DDR-Zeiten zurückzuführen sei.

„Das Aufflackern der radikalen Gewalt in unserem Land ist der symptomatische Ausdruck einer gesellschaftlichen Pathologie. Diese Gewalt verhält sich zur Gesellschaft wie Aknepusteln zum Körper: Nicht die Hauterscheinungen sind das wirkliche Problem, sondern sie weisen von außen auf etwas hin, das im Innern gestört ist.“<sup>136</sup>

Das „innere Problem“ bestünde demnach in der zu DDR-Zeiten nicht bewältigten NS-Vergangenheit und hierarchisch-autoritären Strukturen, die „deformierte Charaktere“ hervorgebracht hätten.<sup>137</sup>

Es besteht zwar kein Zweifel darüber, dass in der DDR die NS-Zeit keineswegs mit ‚Stumpf und Stiel ausgerottet‘ worden war, aber Maaz scheint die Ursachen aus DDR-Zeiten zu stark zu generalisieren. So schreibt Christel Hopf:

„Es gab in der DDR Familien, in denen sich die Eltern ihren Kindern in liebevoller, nicht-autoritärer Weise zuwandten, und es gab in den Kinderkrippen, Kindergärten oder Horten auch Erzieherinnen und Erzieher, die sich den ihnen anvertrauten Kindern jenseits von Ideologie, pädagogischem Programm und Leistungsdruck zuwandten und sie in ihrer individuellen Erziehung unterstützten.“<sup>138</sup>

Auch andere Autoren sahen und sehen die Ursachen in der DDR-spezifischen ‚Kollektiverziehung‘, so etwa der Kriminologe (und heutige niedersächsische Minister) Christian Pfeiffer, der „Vater der Nachtopftheorie“.<sup>139</sup> Demnach hätten Kleinkinder in den Kinderkrippen mit zwölf Monaten trocken zu sein und ihr Geschäft gleichzeitig machen müssen. Insgesamt habe die staatlich gesteuerte Erziehung in der DDR verheerende Folgen für Kinder und Jugendliche gehabt: „(...) eine starke Verunsicherung des Individuums, hohe Anpassungsbereitschaft an Gruppen sowie ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit.“<sup>140</sup>

---

<sup>136</sup> Maaz 1993, zitiert nach Butterwegge 1996, S. 45

<sup>137</sup> Butterwegge 1996, S. 45

<sup>138</sup> Hopf 1999, S. 93

<sup>139</sup> Pätzold 2001, S. 39

<sup>140</sup> Maaz zitiert nach Butterwegge 2000, S. 307

Förster, der empirisch nachgeforscht hat, inwiefern eine starke kollektivistische Tätigkeit zu DDR-Zeiten Auswirkungen auf fremdenfeindliche Einstellungen hat, weist dies entschieden zurück: „Für die Richtigkeit solcher Unterstellungen gibt es aus Sicht dieser Studie keinerlei Anhaltspunkte, wir betrachten sie als reine Spekulation.“<sup>141</sup>

Aber natürlich kann man die Sozialisation in der DDR bezüglich fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen nicht außen vor lassen. Dafür sprechen z.B. die hohen fremdenfeindlichen Werte unter DDR-Schülern im Herbst `89, als sich schon ein Drittel der Befragten, „von den vielen Ausländern“ gestört fühlten.<sup>142</sup>

Es scheint, als seien Gruppen- bzw. Konformitätsdruck zu DDR-Zeiten hoch gewesen, trotz alltäglicher Abgrenzung zur offiziellen Ideologie. Darauf weisen Beschreibungen des sozialen Lebens in der DDR hin, wo auf die Wichtigkeit sozialer Netze in der Alltagsgestaltung hingewiesen wird, die auch konformistisch normierend wirkten.

„Das Maß der Mitte wurde zur Norm gemacht. Die personale Nähe in den Beziehungsnetzen brachte also auch eine gewisse Intoleranz mit sich, eine Intoleranz gegenüber Abweichungen nach oben - Streber, Karrieristen, Funktionäre, Intellektuelle - als auch nach unten gegenüber Asozialen, Bummelanten, Aussteigern, Alternativen, Oppositionellen.“<sup>143</sup>

In dieser Aufstellung könnte man durchaus auch `Ausländer` aufführen. Kaum vorhandene Aufenthaltsmöglichkeiten neben Vertragsarbeit und Studium und die Kasernierung von Menschen aus den sozialistischen `Bruderstaaten`, hielt ausländische Menschen im Alltag überwiegend auf Distanz.<sup>144</sup> Der staatlich postulierten internationalen Völkerfreundschaft stand eine Ausländerpolitik entgegen, die sich, so Bugiel, verbunden mit erheblichen Diskriminierungen, „(...) allein nach einem volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül richtete. Ausländische Arbeitnehmer wurden auf ihre Funktion als Arbeitskraft reduziert.“<sup>145</sup>

---

<sup>141</sup> Förster 2002, S. 285. Auch Boehnke/Stellmacher u.a. konstatieren, dass „ein autoritärer Erziehungsstil in der ehemaligen DDR bisher nicht belegt werden (konnte).“ Stellmacher u.a. 2002, S. 94

<sup>142</sup> Schubarth 1991, zitiert nach Schroeder 2003, S. 64

<sup>143</sup> Pollack 1992, zitiert nach Kohlstruck 2001, S. 16 f.

<sup>144</sup> Ein sehr differenziertes Bild über die Lebensbedingungen von „FremdarbeiterInnen“ in der DDR zeichnet Landolf Scherzer (2004), der als Journalist schon zu DDR-Zeiten Deutsche und Nichtdeutsche in der DDR befragte.

<sup>145</sup> Bugiel 2002, S. 119

Ein Satz, der für die alte BRD der 60er und 70er Jahre ebenfalls volle Gültigkeit hat, als GastarbeiterInnen zunächst in eigenen Heimen ( zum Teil ehemalige ZwangsarbeiterInnenlager) untergebracht waren und ihr Aufenthalt nur auf Druck der Wirtschaft verlängert wurde.

Auch der Diskurs des Multikulturalismus in Westdeutschland zielte meist auf die Bereicherung `unserer´ Gesellschaft und unterwarf den Aufenthalt von `AusländerInnen´ einem `Kosten-Nutzen-Kalkül´.<sup>146</sup>

Eine Mischung aus staatlicher Politik und alltäglicher sozialer und ethnischer Homogenität in der DDR haben sicherlich eine Vorstellung befördert, die auch heute noch anhand bestimmter Kriterien definiert, `wer hierher gehört und wer nicht´. Dazu kam ein offiziell postulierter Antifaschismus, eine andere Form von Verdrängung im Vergleich zu Westdeutschland. Nach Bugiel, die Studien, die noch in der DDR durchgeführt wurden ausgewertet hat, wurden „Mentalitätsbestände aus der NS-Zeit“ in Familienerzählungen tradiert.<sup>147</sup>

Es sei angemerkt, dass diverse Umfragen von 1989 und 1990 zu dem Ergebnis kamen, dass DDR-BürgerInnen was die Werte für Internationalismus, Antisemitismus und Nationalismus angeht, erheblich besser abschnitten (und bezogen auf Antisemitismus noch heute `besser´ abschneiden<sup>148</sup>), als diejenigen, die unter der `freiheitlich-demokratischen Grundordnung´ sozialisiert wurden.<sup>149</sup>

Natürlich stellt sich die Frage, inwiefern es sozusagen Parallelwelten in der DDR gab, d.h. inwiefern sozial/politisch gewünschtem Verhalten offiziell entsprochen wurde und man sich nur im engsten sozialen Umfeld offen äußerte. Dies empirisch nachzuprüfen erscheint unmöglich, trotzdem ist nicht plausibel, weswegen die DDR-Geschichte der Verdrängung des NS einen höheren Stellenwert als Ursache heutigen Rechtsextremismus einnehmen soll, als die (wenn auch anders gelagerte) Verdrängung in der BRD.

---

<sup>146</sup> Vgl. z.B. Terkessidis 1998 und Vogel 2002

<sup>147</sup> Bugiel 2002, S. 81

<sup>148</sup> Vgl. z.B. Ahlheim/Heger 1999, S. 53 und Decker/Brähler 2005, S. 13

<sup>149</sup> Vgl. Pätzold 2001, S. 40

Dementsprechend stimmen die meisten AutorInnen darin überein, dass der Ablauf der `Wende´ 1989 weit wichtiger war, als die DDR-Geschichte.<sup>150</sup> Die Euphorie des Herbstes 1989 ebte demnach schnell ab, als klar wurde, dass die `blühenden Landschaften´ noch einige Zeit auf sich warten lassen würden. Die Überraschung, dass statt dessen 69% der bisherigen Arbeitsplätze innerhalb von zwei Jahren verloren gingen, kann man heute wohl nur noch erahnen. „Man hat sich damals begrüßt: Nicht mit Guten Tag, sondern mit: Haste noch Arbeit?“<sup>151</sup> Statt wie erhofft `ein Volk´ zu sein, empfanden und empfinden sich Ostdeutsche oft als „Deutsche zweiter Klasse“.<sup>152</sup> So kann man sicherlich von einer nationalistischen Kränkung sprechen. Wenn schon vorher das Kollektiv einen überproportionalen Wert hatte, so muss es mehr als verheerend sein, wenn sich das neue Kollektiv als Zweiklassengesellschaft entpuppt. Dazu kam der Vertrauensverlust in eine Regierung, die zumindest fahrlässig Versprechungen abgab, welche sich schon bald als reines Wunschdenken herausstellen sollten.

Ein weiterer Faktor war auch eine westdeutsche Überheblichkeit, die jegliche ostdeutsche Erfahrung für wertlos erklärte<sup>153</sup>, `Ossi-Witze´ populär machte, `Buschzulage´ für BeamtInnen zahlte und reale Benachteiligungen (wie z.B. ein dauerhaftes Ost-West Lohngefälle) statt die von vielen erhoffte `völkische Solidarität´ praktizierte.

Statt aber nun die rigide Treuhandpolitik für den Verlust von Arbeitsplätzen bzw. ökonomische Verunsicherung verantwortlich zu machen, wendete man sich gegen die wenigen AusländerInnen, mit denen man sowieso nichts zu tun hatte bzw. die schon immer am Rand der Gesellschaft lebten. Bernd Wagner beschreibt die Stimmung in den neuen Bundesländern so:

„Es breitet sich das Gefühl aus, dass die westdeutschen Eliten gar kein Interesse an den Ostdeutschen haben, was als ein Verstoß gegen die Volksgemeinschaft gewertet wird, die ja gerade vor dem Fall der Mauer stets

---

<sup>150</sup> Siehe z.B. Fuchs 2002, S. 288 und 312, Funke 2002, Pätzold 2001, Butterwegge 1996, S. 47 ff., Hirsch/Heim 1991

<sup>151</sup> Wagner zitiert nach Funke 2002, S. 205

<sup>152</sup> So stimmten 70% der Befragten Mecklenburg-Vorpommerns laut einer Emnid-Umfrage im Jahr 2000 diesem Statement zu. Nur 27% meinten, sie seien gleichberechtigt. Zitiert nach Pätzold 2001, S. 41

<sup>153</sup> Vgl. Hirsch/Horn 1991, S. 48



propagiert wurde. Ausländer sind 'Störenfriede', die die 'Volksgemeinschaft' zerstören, weil 'die Ausländer' von Seiten der liberalistischen westdeutschen Eliten höher geschätzt werden als die Ostdeutschen.<sup>154</sup>

Dieses Gedankengebäude hat sicherlich eine „spezifisch ostdeutsche Färbung“, wie es Wagner nennt, er weist aber zurecht darauf hin, dass es als „Überfremdungsgedanke“ in ganz Deutschland verbreitet ist und sich z.B. in der 'Kinder statt Inder'-Kampagne der nordrhein-westfälischen CDU ausdrückt.<sup>155</sup> Auf reale Erfahrungen kann dieses Gedankengebäude nicht zurückgreifen, denn in der DDR betrug der Ausländeranteil nur 1% und auch heute liegt er nur bei etwa 2-2,5%.

Auch die Argumentation, dass sich die neuen BundesbürgerInnen mit einem „Einwanderungsproblem“<sup>156</sup> konfrontiert und „einem wachsenden Anteil integrationsunwilliger und gewaltbereiter (vor allem jugendlicher) Migranten und Spätaussiedler“<sup>157</sup> gegenüber sahen bzw. sehen, spricht eher für ein rassistisches und pauschalisierendes Verständnis einzelner ForscherInnen als für reale Probleme in (Ost-) Deutschland.

Natürlich passte die Ansiedlung von AsylbewerberInnen in ostdeutschen Städten in das dort herrschende Bild, dass 'die westdeutschen Eliten' sich nicht um 'uns' kümmern und ihre 'Probleme jetzt bei uns abladen'. Aber reale Verschlechterungen hatten rein gar nichts mit Flüchtlingen oder ehemaligen VertragsarbeiterInnen zu tun. Das klassische Sündenbock-Syndrom scheint hier ein Paradebeispiel zu finden.

Und natürlich gibt es auch hier Widersprüchlichkeiten. Einerseits ist es sicher richtig, dass Ostdeutsche Westdeutsche als „Okkupanten“ empfunden haben „die aber aufgrund ihrer sozialen Dominanz unangreifbar sind“.<sup>158</sup> Andererseits behauptet Bugiel, es gäbe „ein neues ostdeutsches Selbstbewußtsein“, das eine Trotzreaktion auf den Vereinigungsprozess sei.<sup>159</sup>

---

<sup>154</sup> Wagner 2000, S. 158

<sup>155</sup> Ebd.

<sup>156</sup> Bugiel 2002, S. 82

<sup>157</sup> Schroeder 2003, S. 494

<sup>158</sup> Benz 2001, S. 12

<sup>159</sup> Bugiel 2002, S. 173

Insgesamt scheint mir die Berücksichtigung sowohl DDR-spezifischer Faktoren als auch die Erfahrungen von Ostdeutschen mit und nach der 'Wende' als konstitutive Elemente für Rechtsextremismus in Ostdeutschland zu sein. Dafür plädiert z.B. auch Schubarth, der schreibt, „daß der zunehmende Rechtsextremismus weder allein Erblast des realen Sozialismus noch ausschließlich auf die Wende zurückgeführt werden kann, sondern daß die neue Qualität des Rechtsextremismus eine (rechts-) autoritäre Verarbeitung des gesellschaftlichen Umbruchs darstellt, die durch Elemente in der politischen Kultur begünstigt beziehungsweise in Kauf genommen wurde.“<sup>160</sup>

Ich persönlich denke, dass gerade was heutige rechtsextreme Jugendliche in den neuen Bundesländern betrifft, Erklärungen, die die Ursachen allein in der DDR suchen, zu kurz greifen. Natürlich werden auch heute noch Mentalitätsbestände aus der DDR in Familien und informellen Diskursen tradiert. Diese schichten sich aber mit der Wendeerfahrung und heutigen Mentalitäten (wie etwa das Gefühl, 'Deutsche zweiter Klasse' zu sein) zum erheblichem rechtsextremen Potential in Ostdeutschland auf.

Ein spezifisches ostdeutsches Phänomen sei noch angefügt: Kurt Pätzold und auch einige ExpertInnen, mit denen ich im Laufe der Recherche für diese Arbeit gesprochen habe, konstatieren einen 'brain-drain' aus den neuen Bundesländern:

„Die Abwanderung des beweglichsten, geistig aktivsten (...) Teils junger Leute aus diesen Städten und Regionen 'nach dem Westen' bewirkte eine zusätzliche Verschlechterung der Situation. Diese Abwanderung setzte bei einem Teil der Jugendlichen bereits unmittelbar nach dem Ende der Schulzeit und der vergeblichen Suche nach einem Arbeitsplatz an ihren Heimatorten oder in der -region ein.“<sup>161</sup>

Wenn man bedenkt, dass wie oben erwähnt, Rechtsextremismus auch etwas mit Bildung zu tun hat, dann bewirkt dieser 'brain-drain' eine Verschlechterung der Situation. Wenn gutgebildete, weltoffene und nicht

---

<sup>160</sup> Schubarth 1993, zitiert nach Butterwegge 1996, S. 49. Dieser Einschätzung schließen sich weitere AutorInnen an, z.B. Bugiel 2002, Förster 2002 und Oepke 2005 an.

<sup>161</sup> Pätzold 2001, S.43. Inzwischen lässt sich die Abwanderung aus dem ländlichen Raum auch in Westdeutschland beobachten. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 08.02.06

zuletzt empathiefähige Menschen in Ostdeutschland aufgrund der Arbeitsmarktsituation tendenziell eher abwandern (müssen bzw. wollen), dann fehlen genau solche Menschen als Korrektiv bezüglich von Toleranz und Weltoffenheit. Ein gesellschaftlicher Konsens (wenn man davon sprechen kann), der autoritäre und fremdenfeindliche Werte vertritt, stellt sich so um einiges leichter her und wird mangels Korrektiv kaum hinterfragt.

## 2.4 Fazit

Trotz aller Uneinigkeit der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen bezüglich der Definition, Verbreitung und Ursachen von Rechtsextremismus möchte ich einige Essentials der bisherigen Ausführungen festhalten.

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff für verschiedene Ideologieelemente. Dazu zählen: Autoritarismus, Nationalismus, Rassismus, Ablehnung demokratischer Strukturen, eine Ideologie der (ethnischen) Ungleichheit von Menschen nach außen und Konformitätsvorstellungen nach Innen.

Die genannten Ideologieelemente reichen bis weit in die politische Mitte hinein, weswegen ich eine sog. Extremismustheorie z.B. nach Backes/Jesse als nicht (erklärungs-) relevant ansehe. Die Überschneidungen zwischen dem extremen rechten `Rand` und der angenommenen gesellschaftlichen `Mitte` sind zu fließend und die Übereinstimmungen in einzelnen Argumentationsmustern zu groß, als dass eine solche Theorie wissenschaftlich haltbar sein kann. Allein die Lektüre einer neurechten Zeitschrift wie der `Jungen Freiheit`, in der PolitikerInnen der Volksparteien schreiben und regelmäßig interviewt werden, verdeutlicht dieses Überschneidungen.<sup>162</sup>

Aber auch gesellschaftliche Debatten wie um Nationalstolz, Greencards oder zuletzt über Einbürgerungstests machen deutlich, dass die Themen der extremen Rechten auch im politischen Mainstream konsensfähig sind.

---

<sup>162</sup> Vgl. Kellershohn 1994

Je nach Gewichtung und Definition fallen empirische Ergebnisse bezüglich rechtsextremistischer Einstellungen in Deutschland höchst unterschiedlich aus. Es ist aber davon auszugehen, dass relevante Teile der Gesellschaft fremdenfeindliche, ethnozentristische und autoritäre Einstellungsmuster teilen.

Wenn bis zu 50% der Menschen in Deutschland solchen Einstellungen ganz oder teilweise zustimmen, dann besteht hier große Gefahr für das Zusammenleben und die Demokratie in Deutschland. Das heißt nicht, dass bis zu 50% der Bevölkerung rechtsextremistisch wäre, allerdings besteht hier sozusagen eine `offene Flanke`, die bei Bedarf aktiviert werden könnte. Auch 13% der Deutschen, die nach verschiedenen Studien als rechtsextremistisch eingestuft werden können, sind eine erhebliche Gefahr für die Demokratie, weil sie sich bei einzelnen Fragen mit einer zumindest nicht unerheblichen Minderheit einig wissen können. Das gleiche gilt für jugendliche Gewalttäter.

Allerdings ist Rechtsextremismus wie gezeigt kein Jugendproblem. Die Fokussierung von Medien, Politik und auch Sozialarbeit auf Jugendliche als Träger von Rechtsextremismus verstellt den Blick auf das eigentliche Problem und verhindert den Blick auf die gesellschaftliche `Mitte`. Rechtsextremismus ist nicht nur aufgrund empirischer Untersuchungen ein Problem politischer Opposition. Es scheint vielmehr, dass Werte wie Geld, Karriere und Erfolg von Menschen, die rechtsextremen Ideologien zugewandt sind, besonders stark verinnerlicht wurden. Damit sind Rechtsextremisten keine `Wohlstandsverlierer`, sondern sehen sich höchstens subjektiv benachteiligt und denken, dass sie nicht das bekommen würden, was ihnen `zusteht`. Diesen Umstand habe ich mit Wahl u.a. als relative Benachteiligung bezeichnet.

`Ausländer` sind in diesem Zusammenhang keine realen KonkurrentInnen, sondern entweder kulturell fremd gemachte Störenfriede oder eine angeblich bevorzugte Bevölkerungsgruppe. Dementsprechend reicht allein der Kontakt mit `AusländerInnen` nicht aus, um Einstellungsänderungen zu bewirken. Dies gilt für Ostdeutschland, wo tatsächlich der alltägliche Kontakt zu MigrantInnen meist nicht existent ist, als auch für Westdeutschland. Dort gibt es diese Kontakte im Alltag, aber nach Meinung verschiedener AutorInnen ist die Qualität des Kontaktes entscheidend für

die Wahrnehmung von und Einstellung zu MigrantInnen.<sup>163</sup> Doch dazu mehr in Kapitel 5.2.

Zu den wichtigsten Ursachen von Rechtsextremismus zähle ich autoritäre Sozialisation und gesellschaftliche Diskurse. `Autoritäre Charakter´ weisen eine hohe Affinität zu demokratiefeindlichen Einstellungen auf, die durch massenmedial vermittelte Diskurse von gesellschaftlichen Eliten bei Bedarf gegen Minderheiten mobilisiert werden können. Das heißt nicht, dass Rechtsextremismus ein von `oben´ induziertes Problem wäre. Vielmehr denke ich gezeigt zu haben, wie sich solche Diskurse dialektisch verstärken, d.h. sich sowohl `von oben´ als auch `von unten´ gegenseitig hochschaukeln können.

Ein besonderes Problem hierbei ist das geringe Vertrauen in die politische Klasse und das demokratische System besonders in Bezug auf die Kompetenz, politische Problem zu lösen bzw. die Sicht, dass eigene Einflussmöglichkeiten kaum vorhanden sind. Wenn zwischen 30 und 50% der Deutschen unzufrieden mit der Demokratie sind und nur eine Minderheit PolitikerInnen als vertrauenswürdig einstufen, dann ist es kein Wunder, wenn man sich andere `Führungspersonen´ sucht. Hierbei spielt auch das Bildungsniveau eine verstärkende Rolle, genauer gesagt, die Fähigkeit zu Empathie und kognitive Kompetenzen.

Das in den 90er Jahren fast allmächtige `Desintegrationstheorem´ der ForscherInnengruppe um Wilhelm Heitmeyer hat sich in der Praxis nicht bestätigt. Wie beschrieben wurde, geht Rechtsextremismus häufig mit einer gelungenen gesellschaftlichen Integration einher. Trotzdem hat die soziale Lage einen erheblichen Einfluss auf die Ausformung rechtsextremistischer Einstellungsmuster.

Im politischen Diskurs des Wettbewerbsstaates scheint es nahe zu liegen, die allgegenwärtige Konkurrenz durch rassistische Positionen zu `meistern´. Rechtsextreme Strukturen bieten Antworten auf Probleme wie soziale Ungleichheit in Zeiten des globalen Standortwettbewerbes. Damit geht auch eine Analyse von WählerInnen als reiner Ausdruck des Protestes gegen die etablierte Politik an den realen Ursachen vorbei. Es scheint, als ob die

---

<sup>163</sup> Siehe etwa Hormel/Scherr 2005, S. 139 oder Kleinert 2000, S. 389

‘nationale Karte’ für breite Teile der Bevölkerung und der Eliten als eine reelle Option akzeptabel ist. Dies beinhaltet ethnozentristische Argumentationen nach innen und außen. Ob man diese nun „ausgrenzenden Nationalismus“<sup>164</sup> oder „Ethnisierung“<sup>165</sup> nennt; problematisch ist eine Renaissance des ‘Fahrradfahrersyndroms’, das sich in Ostdeutschland noch stärker als im Westen messen lässt. Das heißt nicht, dass Rechtsextremismus ein Problem wäre, was vor allem die neuen Bundesländer betrifft. Die empirischen Unterschiede zwischen Ost und West sind zwar vorhanden, allerdings nicht so stark, wie dies häufig öffentlich suggeriert wird. Dies betrifft sowohl die Einstellungsebene, als auch die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten.

Natürlich gibt es einen Einfluss von 40 Jahren DDR und deren spezifische NS-Verdrängung auf die Einstellungen der Menschen in Ostdeutschland. Aber wie gezeigt scheinen die Auswirkungen der Vereinigung und vor allem eine ‘nationalistische Kränkung’ für die quantitativen und qualitativen Unterschiede zwischen Ost und West relevanter zu sein. Die Verlagerung des Rechtsextremismus nach Ostdeutschland entlastet ähnlich wie beim Thema Jugendliche die gesellschaftliche ‘Mitte’ im Westen und verhindert, rechtsextremistische Entwicklungen als solche überhaupt wahrzunehmen. Dies macht ein Überblick über die Geschichte des (un-) organisierten Rechtsextremismus seit der Wiedervereinigung deutlich, der im nächsten Kapitel unternommen wird.

---

<sup>164</sup> Narr/Schubert 1994, zitiert nach Scherr 2002, S. 169

<sup>165</sup> Jaschke 2001, S. 177

### 3. Neue Strategien der rechtsextremen Szene

Noch in den achtziger Jahren war die rechtsextreme Szene ein Randphänomen in Deutschland. Im Westen erzielten erst 1989 die Republikaner einzelne Wahlerfolge bei Landtagswahlen, nachdem zuletzt die NPD in den 60er Jahren nur knapp am Einzug in den Bundestag scheiterte.<sup>166</sup> Die außerparlamentarische Szene war durch einzelne Gruppen bzw. Kleinparteien gekennzeichnet, die kaum miteinander kooperierten. Öffentliche Aufmerksamkeit erregte höchstens ein Michael Kühnen mit einigen Mitstreitern in Form von gezielten Provokationen, wie etwa der Selbstetikettierung als Nationalsozialist. Die Szene fand sich zum Zeitpunkt des Beitritts der DDR auf einem absteigenden Ast, „die Zahl der organisierten Neonazis sank von 1987 2100 auf 1989 1500 Personen.“<sup>167</sup>

In der DDR existierte ebenfalls eine rechte Skinheadszene, die Mitte der 80er Jahre die Punks als dominierende subkulturelle und systemoppositionelle Szene ablöste und vom Ministerium für Staatssicherheit 1988 auf knapp 1100 Personen geschätzt wurde.<sup>168</sup> Obwohl die DDR-Regierung jegliche neofaschistischen Aktivitäten leugnete, ereigneten sich doch immer wieder Vorfälle z.B. im Umfeld von Fußballspielen oder einem Überfall auf ein Konzert der westdeutschen Band 'Element of Crime' in der Ostberliner Zionskirche im Jahr 1987. Das marginale Dasein von militanten Neonazis in Ost und West erfuhr ab 1989 eine Kehrtwendung.

Im Gegensatz zu einer nicht nur in Ostdeutschland weit verbreiteten Auffassung war der sich neu formierende Rechtsextremismus in der untergehenden DDR 1989/90 kein reiner 'Import' aus Westdeutschland. Neue Organisationen wie etwa die Deutsche Alternative, wurden von

---

<sup>166</sup> Die Entwicklung rechtsextremer Parteien werde ich im Folgenden nur am Rand behandeln. Ich halte z.B. Wahlerfolge nur für die Spitze des Eisbergs und alltäglichen Rechtsextremismus nicht nur für gefährlicher, sondern auch für weitaus bedeutender.

<sup>167</sup> Pfahl-Traugber 2000a, S. 7

<sup>168</sup> Vgl. Schroeder 2003, S. 59

Kadern<sup>169</sup>, die einst aus der DDR abgeschoben worden waren und mit Unterstützung westdeutscher Rechtsextremisten gegründet.<sup>170</sup>

In der Folgezeit begannen aus rechtsextremer Sicht paradiesische Zustände, die von Anfang an auch Elemente einer bisher nur aus der politischen Linken bekannten subkulturellen Protestbewegung beinhalteten. So besetzten Rechtsextremisten in der Ostberliner Weitlingstraße zu Beginn des Jahres 1990 ein leerstehendes Haus, in dessen Umfeld es immer wieder zu Gewalttaten kam, das aber auch als logistischer Stützpunkt diente.<sup>171</sup> Zu Beginn der 90er Jahre erzielten Neonazis erhebliche `Erfolge`. Die Welle von Gewalttaten, wie Angriffe auf Flüchtlingsheime und AusländerInnen, fand häufig mehr als klammheimliche Zustimmung in der Bevölkerung und konnte von der mit dieser Art öffentlicher Gewalt unerfahrenen Polizei in den neuen Bundesländern nicht unterbunden werden. Meist bestand die Reaktion auf Angriffe von Flüchtlingsheimen in der Räumung derselben, z.T. unter Applaus der AnwohnerInnen. Ein in der Geschichte der Bundesrepublik beispielloser Vorgang. Kein Wunder, dass sich auch westdeutsche GesinnungsgenossInnen ermuntert fühlten, es ihren ostdeutschen KameradInnen gleich zu tun. „Die Gewaltakte der militanten Gruppierungen im Osten wirkten auch über Medien vermittelt in den Westen hinein. Seit 1992 erhöhten sich auch im Westen die Zahlen von Übergriffen auf Ausländer erheblich.“<sup>172</sup> Solingen und Hünxe stehen für die aufsehenerregendsten Vorfälle.

Angeregt durch die positive Resonanz in der Bevölkerung forderte der Nationaldemokratische Hochschulbund, die Studentenorganisation der NPD, die Schaffung „National befreiter Zonen“. In einem Strategiepapier hieß es u.a.:

---

<sup>169</sup> Ich schließe mich der Definition von Annemarie Benzing vom MBR Berlin an, die Kader so definiert: „`Kader` sind geschulte rechtsextreme Führungskräfte bzw. Meinungsführer. Sie verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und agitieren bzw. rekrutieren für rechtsextreme Organisationszusammenhänge. Sie bilden den Kern der rechtsextremen Szene und werden in ihren Bemühungen von rechtsextremen `Aktivisten` unterstützt, die ebenfalls stark ideologisiert, organisatorisch eingebunden und aktiv sind. Hiervon zu unterscheiden sind `Mitläufer`, die (`erlebnisorientiert`) Angebote der rechten Szene (Konzerte, Fahrten und Demonstrationen) wahrnehmen. Sie sind organisatorisch nicht fest eingebunden und wenig engagiert, weisen aber einen hohen Sympathiegrad für rechtsextreme Ideologie und Organisation auf. `Sympathisanten` bilden das kulturell-ideologische Umfeld. Sie leben rechtsextreme Alltagskultur, haben ansonsten aber nur einen geringen Mobilisierungsgrad.“ Benzing 2004, S. 34/Fußnote 3

<sup>170</sup> Vgl. z.B. Pfahl-Traughber 2000, S. 59

<sup>171</sup> Vgl. Hasselbach/Bonengel 1993

<sup>172</sup> Wagner 2001, S. 109



„National befreite Zone bedeutet für uns (...) die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivistinnen der Stadt zweitrangig.“<sup>173</sup> Dafür genühten „zehn bis zwölf entschlossene Revolutionäre und wir bestimmen, was aus militanter Sicht ist und was nicht.“<sup>174</sup> Dabei ist nicht ausschließlich Repression gegen politische Gegner bzw. AusländerInnen gemeint, sondern die vorgeschlagenen Aktivitäten umfassen auch Kinderbetreuung, Einflussnahme in Jugendzentren oder Besuche von Altenheimen. Ziel ist es, in einem „Meer der Sympathie“ zu schwimmen, so dass „normale Bewohner für uns die Hand ins Feuer legen“.<sup>175</sup>

Das Konzept wurde zunächst nicht weiter rezipiert und es sollte noch einige Jahre bis zur Umsetzung brauchen, weil man sich zunächst auf die aus Westdeutschland bekannte politische Arbeit in Kleinorganisationen und -parteien beschränkte. Nachdem aber einige dieser Gruppierungen von staatlicher Seite verboten worden waren und es zu einer Reihe von Demonstrationsverboten sowie Exekutivmaßnahmen gegen einzelne Aktivistinnen kam, gelangte es in den Fokus der Szene.

Als Reaktion auf staatliche Repression gründeten sich ab 1996 sog. freie Kameradschaften, die immer wieder mit der NPD kooperierten, etwa weil Demonstrationen und Informationsstände von Parteien schwerer zu verbieten sind. Die Zahl dieser freien Kameradschaften stieg allein zwischen 1998 und 2001 von 80 auf 150 und dürfte inzwischen um einiges höher liegen.<sup>176</sup> Aber ansonsten blieben Parteien und Parlamentarismus in diesen Kreisen bis heute umstritten und man konzentrierte sich auf die Umsetzung des erwähnten Konzepts der `national befreiten Zonen`. Insbesondere auf dem Land wurden diesbezüglich große Erfolge erzielt. In einzelnen

---

<sup>173</sup> „Schafft befreite Zonen!“ erstmals erschienen 1991 in „Vorderste Front“ - Zeitung des NHB. Zitiert nach Funke 2002, S.89

<sup>174</sup> Ebd., S. 23

<sup>175</sup> Ebd., S. 89

<sup>176</sup> Pfahl-Traughber 2002, zitiert nach Schroeder 2003, S. 87

Regionen wie etwa in Mecklenburg-Vorpommern und der sächsischen Schweiz gelang es rechtsextremistischen Strukturen, „Anerkennung bei der unstrukturierten Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen oder zu erzwingen und sich als militante Verteidiger `deutscher` Bevölkerungsinteressen auszuweisen.“<sup>177</sup> Dies geschah (und geschieht) durch Angriffe auf Menschen, die nicht in das Raster einer `gesunden deutschen Volksgemeinschaft` passen, also z.B. MigrantInnen, linke Jugendliche, Obdachlose und Behinderte.

Aus Sicht der freien Kameradschaften ist Gewalt legitimes Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen. Angezogen werden vor allem männliche Jugendliche, die selbst noch nicht mal rechts sein müssen.

Bernd Wagner spricht von einem „Machtkontext“, der vielfältige Persönlichkeitstypen anzieht: „Den einen ist er Ausdruck ihres aggressionsgeladenen Daseins, den anderen verheißt er Schutz durch Teilhabe an der Macht, wieder anderen gibt es die Illusion von Persönlichkeit und Omnipotenz.“<sup>178</sup> Der Machtfaktor ist durch die öffentlich stattfindende oder „demonstrative Gewalt“<sup>179</sup> sichergestellt und so werden unterschiedliche Jugendliche angezogen, um sie potentiell als Nachwuchs für Neonazigruppen zu gewinnen. Dabei ist der häufige Verweis darauf, dass die Gewaltaktionen ungeplant, meist unter Alkoholeinfluss und spontan stattfinden, zu kurz gegriffen.<sup>180</sup> Vielmehr beschreibt Wagner anhand der Ausformulierung rechtsextremer Feinbilder eindrucksvoll, wie „(...) in der Szene ständig Alarmstimmung herrscht, der Pegel an Gewaltbereitschaft mithin enorm hoch ist. So ist zu erklären, dass so genannte `Spontantaten` ablaufen, ohne dass es ein längeres Vorspiel gibt. Entscheidend ist das soziale Reiz-Reaktionsmuster (...).“<sup>181</sup>

Aber Gewalt ist nicht das einzige Mittel des mehr oder minder organisierten Rechtsextremismus, um eine `national befreite Zone` durchzusetzen. „Dort wo der Feind fehlt, bedarf es keiner Gewalt. So freuen sich biedere Bürger über die guten `Rechten`, die so friedlich sind und alte Omas in Frieden ziehen lassen und darüber, dass es keine `hässlichen und stinkenden Punks`

---

<sup>177</sup> Wagner 2000, S. 156

<sup>178</sup> Ebd., S. 161

<sup>179</sup> So nennt es Michael Kohlstruck. Vgl. ders. 2001, S. 13

<sup>180</sup> Vgl. z.B. Pfahl-Traugber 2000, S. 70 oder Butterwegge/Häusler 2002, S. 230

<sup>181</sup> Wagner 2000, S. 161

mehr gibt.<sup>182</sup> In den letzten Jahren geben sich geschulte RechtsextremistInnen betont bürgerlich, nehmen lokale Probleme auf, um den gesellschaftlichen Diskurs mit eigenen Inhalten anzureichern.<sup>183</sup> Geschulte Kader tauchen auf Bürgerversammlungen auf und besuchen Bürgersprechstunden von demokratischen PolitikerInnen, sozusagen im Dienste der `Volksgemeinschaft`. „Dabei geben sie sich betont bürgernah. Die eigene rechtsextreme Einstellung wird absichtlich als `harmloser Patriotismus` dargestellt, in der Hoffnung auf diese Weise Zugang zu gesellschaftlichen Diskursen zu finden.“<sup>184</sup> So wurden vielerorts z.B. Vereine gegründet, die mit dem fast schon hegemonialen Bild klassischer glatzköpfiger Neonazis in Springerstiefeln nichts mehr zu tun haben:

„Der `Verein zur germanischen Brauchtumpflege Schwarze Sonne Meißen e.V.` , der von einem ehemaligen NPD-Mitglied geleitet wird, bietet neben der Pflege germanischen Brauchtums, Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche und Kinderbetreuung an. Unter dem Deckmantel der Brauchtumpflege sowie des Heimat- und Naturschutzes werden Kinder und Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut herangeführt. Einige der Veranstaltungen dieser rechtsextremen Organisation werden gar von Familien besucht.“<sup>185</sup>

Inzwischen wird sich teilweise sogar explizit von rechtsextremistischen Gewalttaten distanziert, um sich als `normale Mitbürger` gesellschaftliche Akzeptanz nicht zu verscherzen.<sup>186</sup>

Eine weitere Neuerung des ostdeutschen Rechtsextremismus war die Thematisierung der sozialen Frage. 1998 schrieb Burkhard Schröder in der taz: „Die Rechte wird erst dann gefährlich, wenn es ihr gelingt, die soziale Frage zu stellen. Das scheint in den neuen Bundesländern zu funktionieren: Die Neonazis verkörpern für die Jung-Wähler die Kapitalismus-Kritik, sie lösen den Gefühlsstau gegen `das System` auf.“<sup>187</sup>

Slogans wie `Arbeit zuerst für Deutsche` oder antikapitalistische Parolen sind seit Mitte der 90er Jahre fester Bestandteil rechtsextremer

---

<sup>182</sup> Wagner 2000, S. 161

<sup>183</sup> Hier zeigt sich, dass auf die Gramsci-Rezeption der `Neuen Rechten` breite Resonanz gefunden hat. Vgl. Anhang, S. XVI

<sup>184</sup> Benzing 2004, S. 29

<sup>185</sup> MBR Berlin/MBT Sachsen 2004, S. 5

<sup>186</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 2.03.06

<sup>187</sup> Schröder 1998 zitiert nach ders. 2000, S. 139

Argumentation und häufig auftauchende Slogans auf Demonstrationen. Auch bei den Protesten gegen Hartz IV im Jahr 2004 mischten sich immer wieder RechtsextremistInnen unter die Demonstrierenden.<sup>188</sup> Statt wie noch wenige Jahre zuvor den Schwerpunkt hauptsächlich auf 'Überfremdung' und vergangenheitsbezogene Inhalte wie 'Wiederherstellung des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937' und platten Rassismus zu setzen, modernisierte sich das Programm der extremen Rechten.<sup>189</sup>

Ein Beispiel aus dem NPD-Programm von 1996: „Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln.“<sup>190</sup>

Auch das Bedürfnis nach Anerkennung der Geschichte der DDR wurde von der NPD aufgegriffen, um eine breite Bevölkerung in den neuen Bundesländern anzusprechen. Dabei bedient man sich antikapitalistischer Rhetorik und verkündet auf populistische Weise einen 'nationalen Sozialismus', gewürzt mit einer Prisse Verschwörungstheorie:

„Die NPD ... ist eine moderne und revolutionäre Partei, die sich im Interesse aller anständigen Deutschen der Zerstörung unseres Landes durch die Politiker des internationalen Großkapitals entgegenstellt. Die Politik der Bundesregierung bewerten wir als kapitalistischen Extremismus und Fundamentalismus ... Wir Mitglieder der NPD in Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen aus der DDR in die deutsche Politik einbringen.“<sup>191</sup>

Damit knüpft man geschickt an anti-westdeutsche Ressentiments in breiten Bevölkerungskreisen an, greift das Gefühl, 'Deutsche zweiter Klasse' zu sein auf und wendet es positiv. Ähnlich wie zu DDR-Zeiten erscheint Politik als schmutziges Geschäft, betrieben von einer weltfremden und

---

<sup>188</sup> Vgl. RAG 2005, S. 6 f.

<sup>189</sup> Natürlich spielt der Bezug auf den Nationalsozialismus noch immer eine Rolle, man denke etwa an die Proteste gegen die sog. Wehrmachtsausstellung.

<sup>190</sup> Zitiert nach Schroeder 2003, S. 79

<sup>191</sup> Ebd.

dekadenten politischen Klasse. Die BRD ist somit wie zu DDR-Zeiten 'das System', das nicht die Interessen 'aller anständigen Deutschen' vertritt.<sup>192</sup>

Ein weitere wichtige Neuerung ist die Ausbreitung subkultureller Codes in allen Bereichen von Alltagskultur. „Sie ist ein Konglomerat aus Musik, Mode, Treffpunkten, gemeinsamen überregionalen Aktionen ... sowie Ideologiefragmenten.“<sup>193</sup> Im Gegensatz zu früher werden rechtsextremistische Inhalte meist nicht mehr offen zur Schau gestellt. Stattdessen werden germanische Ikonografie, Zahlencodes wie etwa die 88 (der achte Buchstabe des Alphabets, also HH für Heil Hitler) und eigene Bekleidungsmarken verwendet. Musikstile sind extrem diversifiziert, so dass es heutzutage rechtsextreme Bands und MusikerInnen in den Bereichen Metal, Dark Wave, Rock, Volksmusik, Pop und LiedermacherInnen gibt. Für jeden Geschmack etwas. Diese alltagskulturelle Entwicklung war in den letzten zehn Jahren so erfolgreich, dass Burkhard Schröder den Ausdruck „Nazis sind Pop“<sup>194</sup> verwendet. Er schreibt zur Verbreitung rechter Symbolik und Lifestyles:

„Waren bestimmte Frisuren vor zehn Jahren typische Zeichen für einen 'Fascho', etwa die 'Kante' oder der 'Scheitel', so werden jetzt Kinder mit eben dieser Frisur auf den Spielplatz geschickt, weil die Eltern meinen, man müsse sich der allgemeinen Mode anpassen. Der Druck, sich konform zu verhalten und auszustaffieren, ist enorm (...). Wer sich der rechten Meinung und ihrer Multiplikatoren in den Cliques verweigert, riskiert, sozial ausgegrenzt und isoliert zu werden und bestehende Freundschaften zu verlieren.“<sup>195</sup>

Wenn es so weit ist, dass andere Stile und Symboliken als rechtsextremistische zur Gefahr für die soziale Integration, gerade im ländlichen Raum bzw. Kleinstädten werden, dann ist das Konzept der 'national befreiten Zone' sehr nah an seiner Verwirklichung. In einer beklemmenden Sozialraumanalyse des Landkreises Dahme-Spreewald beschreibt Kerstin Sischka, wie Jugendliche, die z.T. Opfer rechtsextremer

---

<sup>192</sup> Vgl. Kahane 1999, S. 21

<sup>193</sup> Schröder 2000, S. 132

<sup>194</sup> Vgl. ebd.

<sup>195</sup> Ebd., S. 133, siehe z.B. auch Funke 2002, S. 105 und Jaschke 2001, S. 129

Gewalt waren, sich entweder in ihrem eigenen Dorf nicht mehr aufhalten oder sich mit der Dominanz rechter Cliques arrangieren (müssen):

„Der überwiegende Teil der Jugendlichen scheint (..) individuelle Strategien zu entwickeln, um im Alltag in *‘Ruhe gelassen zu werden’* und sie werden oft über diesen Weg zu Mitläufern. (...) Man verbringt gemeinsam Freizeitaktivitäten mit den *‘Rechten’*, fährt baden, geht zur Disco, trifft sich im Dorf und auf Feten ... und wird darüber zum Mitläufer oder gar Sympathisanten. So lässt sich auch erklären, dass zwar viele Jugendliche, mit denen wir sprachen, meinten, sie seien mit Gewalttaten rechtsextremer Personen nicht einverstanden, aber für Teile des Weltbildes Zustimmung äußerten. Persönliche Sympathien werden dem Konflikt über die Wertorientierungen, für den es oft an argumentativer Kompetenz, persönlicher Autonomie und sozialer Unterstützung mangelt, vorgezogen.“<sup>196</sup>

Schröder weist darauf hin, dass Kader auf die Verwendung subkultureller Codes durchaus verzichten, was ein Unterschied zu anderen Subkulturen ist. „Viele Neonazis engagieren sich in Vereinen oder sogar karitativen Organisationen und verhalten sich dort in jeder Hinsicht unauffällig. Erst bei einem Event der rechten Szene kehren sie ihre Überzeugung nach außen.“<sup>197</sup>

Die neuen Strukturen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland verstehen sich weniger als jugendliche Subkultur, sondern als alltagsdominante Strömungen, die laut Jaschke „Bewegungscharakter“<sup>198</sup> haben. Sie lassen sich nicht mehr als subkulturelle Phänomene wie etwa Skinheads allein beschreiben, sondern sind Szene-übergreifende Phänomene, die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Die Gründung sich bürgerlich gebender Vereine hat in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht. Gerade im ländlichen Raum verbreiten RechtsextremistInnen nicht nur Angst und Schrecken, sondern bieten attraktive kulturelle Angebote u.a. im vorpolitischen Raum, die durchaus auch von der breiten Bevölkerung

---

<sup>196</sup> Sischka 2003, S. 25. Kursivschreibung im Original

<sup>197</sup> Ebd., S. 137

<sup>198</sup> Jaschke 2001, S. 121

wahrgenommen werden und die zum Teil „die Gegenangebote des Staates in Kooperation mit der Zivilgesellschaft lässig überbiete(n).“<sup>199</sup>

Dabei bedient man sich als strategischer Option einer „kulturellen Subversion, rechtsextremer Gramsciismus, wie er in der französischen und deutschen Neuen Rechten seit Jahren propagiert wird. (...) Alltagsmentalität zu prägen und nationalistische ganzheitliche Menschen zu formen ist der instrumentelle Fixpunkt, über den der historisch-politische Einfluss in der Zukunft laufen soll.“<sup>200</sup>

Diese Strategie ist in Ostdeutschland seit Jahren durchaus von Erfolg gekrönt.<sup>201</sup>

Trotzdem mag heute kaum jemand außerhalb der rechten Szene den Terminus `national befreite Zone´ verwenden. Erstens scheint man den Rechten durch die affirmative Verwendung nicht Auftrieb geben zu wollen und zweitens wird so der seit Jahren immer wieder aufflackernde Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten ignoriert. Das heißt aber nicht, dass das Problem nicht existent wäre. Im Jahr 2000 wurde der Begriff `national befreite Zone´ zum `Unwort des Jahres´ gewählt. Inzwischen ist eher von „Angstzonen“ die Rede:

„Eine solche Zone ist nicht Ort oder Zeit, sondern beides, wenn dort Herrschafts- und Sanktionsmacht von Rechtsextremen ausgeübt wird und niemand sonst Einfluss hat. Die Mittel dazu sind Gewalt, Konformitätsdruck, aber auch eine attraktive Klarheit von Zugehörigkeit und Sinn, sogar Fürsorge bis hin zu sozialpädagogischen Ansätzen. Man kümmert sich eben.“<sup>202</sup>

Diese Angstzonen werden von potentiellen Opfern rechter Gewalt möglichst gemieden, bzw. wenn, dann nur tagsüber benutzt und möglichst nicht alleine. Angstzonen sind vor allem Plätze, Parks, Schwimmbäder,

---

<sup>199</sup> Borstel 2003, S. 32

<sup>200</sup> Wagner 2001, S. 116

<sup>201</sup> Vgl. Funke 2002, S. 21, Schroeder 2003, S. 88 und Hartmann/Schellenberg 2005, S. 19

<sup>202</sup> Kahane 1999, S. 26. Vgl. auch Funke 2001, S. 25 f., Pfahl-Traughber 2000a, S. 11. Bringt merkt an: „(Es) kann von wirklichen `national befreiten Zonen´ auch in Sachsen nach wie vor keine Rede sein und es wäre auch nicht sinnvoll einen rechtsextremen Strategiebegriff durch häufiges Wiederholen salonfähig zu machen.“ Kulturbüro Sachsen/Bringt 2005, S. 13

Tankstellen und Fußgängerzonen. Sie können wechseln, was es für Gefährdete natürlich schwierig macht, sie zu umgehen, abgesehen davon, dass es sowieso praktisch unmöglich ist, die genannten Orte im Alltag zu meiden.

Beispiele für `Angstzonen´ in den neuen Bundesländern gibt es unzählige.<sup>203</sup> Sie können sowohl einzelne Bereiche von großen Städten, als auch zentrale Orte in und um Kleinstädten und Dörfern umfassen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung, ein Zusammenschluss diverser Mobiler Beratungsteams und in diesem Bereich engagierter Stiftungen, konstatiert für Gesamt-Ostdeutschland bedenkliche Ausmaße von Angstzonen:

„Man mag über den Begriff `national befreite Zonen´ oder `Angstzonen´ unterschiedlicher Meinung sein. Doch eine Realität haben die Rechtsextremen herzustellen vermocht: Migranten und Ausländer meiden die neuen Bundesländer. Es ist eine unausgesprochene Regel, dass Menschen mit Migrationshintergrund dem Osten besser fernbleiben, sobald als möglich von hier wegziehen, ihren Studienaufenthalt gar nicht erst in Ostdeutschland beginnen. (...) Dass der Osten als `ungesund´ für Migranten betrachtet wird, ist indessen allgemeine Ansicht geworden und hat entsprechende Folgen. Es wird als normal angesehen und somit auch von allen Seiten akzeptiert - sowohl von den potenziellen Opfern als auch von der Mehrheitsgesellschaft und der Politik in Ost und West. Man kann also sagen, das rechtsextreme Konzept der `befreiten Zonen´ war mental wie real erfolgreich.“<sup>204</sup>

Trotzdem sind die Reaktionen aus der Bevölkerung, Verwaltung und Politik meist geprägt von Abwehr und Leugnung bzw. Verharmlosung des Problems. Menschen, die ein Problem mit dieser Situation haben, werden häufig als Störenfriede bezeichnet:

---

<sup>203</sup> Vgl. z.B. Kahane 1999, Funke 2001, S. 48 ff., Staudt 2002, Schroeder 2003, S. 382, Zentrum Demokratische Kultur 2003a, S. 21 ff. und dies. 2003b, S. 17 f.

<sup>204</sup> BAG Demokratieentwicklung 2005, S. 2 f. Bestätigt wird diese Ansicht durch die Tatsache, dass von 32 Mannschaften, die an der Fußball-WM teilnehmen, nur eine einzige in den neuen Bundesländern (Ukraine in Potsdam) Quartier bezogen hat, obwohl Leipzig WM-Standort ist und Teams normalerweise in der Nähe ihrer Spielstätten wohnen wollen. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 31.03.06



„Wenn Presse oder Betroffene auf die Situation aufmerksam machen wollten, sahen sie sich mit einer heftigen Verleugnung des Gegenstandes der Empörung konfrontiert. Hielt der öffentliche Druck stand, so begannen Vertreter der Kommunen und ihre Bürger ein System der Rechtfertigung dieser Verleugnung zu entwickeln, die in den meisten Fällen auch eine indirekte Rechtfertigung der Gewalt einschloss. Bei der hohen Arbeitslosigkeit und Überfremdung sei solche Reaktion wohl verständlich - so die gängige Argumentation.“<sup>205</sup>

Hintergründe für eine solche Abwehrhaltung können sowohl Sympathien für die RechtsextremistInnen sein, als auch ein zweifelhaftes Demokratieverständnis. So begründete etwa der Bürgermeister von Gollwitz einen Gemeinderatsbeschluss, keine jüdischen Flüchtlinge in seinem Ort aufzunehmen so: „Demokratie ist, das wollen wie hier gleichmal ausdrücklich festhalten, immer noch die Herrschaft des Volkes!“<sup>206</sup> Damit wusste er die gesamte Dorfbevölkerung hinter sich, die vor allem eine „Bedrohung der Gemeinschaft durch die Fremden“ sah. „Volk, Heimat, Gemeinschaft und ihre Werte stehen für dieses Verständnis von Demokratie.“<sup>207</sup>

RechtsextremistInnen können sich in dieser Logik auf die Meinungsfreiheit berufen, die ihnen auch ohne Umschweife zugestanden wird. „Ist doch normal, daß manche tolerant sind gegenüber anderen Kulturen und manche nicht.“<sup>208</sup> Ein so verstandener ‚Meinungspluralismus‘ unterscheidet nicht nach Werten, die mit dem Grundgesetz vereinbar sind und solchen, die es nicht sind. „Was einem nicht gefällt, gehört verboten. Und im Umkehrschluss kann, was nicht verboten ist, so schlimm nicht sein.“<sup>209</sup> Ein weiterer, sehr wichtiger Grund für die Nicht-Wahrnehmung von Problemen ist sicherlich die Furcht vor einem schlechten Image von Gemeinden bzw. Institutionen wie Schulen. Der Gedanke, dass aktives Einschreiten gegen rechtsextremistische Tendenzen ja auch durchaus positiv wirken kann, scheint nur wenig verbreitet.

---

<sup>205</sup> Kahane 1999, S. 23

<sup>206</sup> Zitiert nach ebd., S.21

<sup>207</sup> Ebd.

<sup>208</sup> Staudt 2002, S. 189. Allerdings gibt es auch Stimmen, die konstatieren, dass die Problemaufmerksamkeit sich in den letzten Jahren verbessert habe. Vg. Podium 2 2005, S. 25

<sup>209</sup> Ebd., S. 190

Festzuhalten bleibt, dass sich rechtsextremer Mainstream nicht an jugendkulturellen Erscheinungen allein festmachen lässt. Diese sind allzu häufig nur die Spitze eines Eisberges. „Er (der rechtsextreme Mainstream, Anm: C.V.) ist auch nicht auf den Osten Deutschlands beschränkt. Zunehmend werden diese Entwicklungen in den alten Bundesländern sichtbar, wenngleich der östliche `Vorlauf` sichtbar ist.“<sup>210</sup> Wie die in Ostdeutschland gemachten Erfahrungen der rechten Szene nun auf Westdeutschland wirken, soll Thema des folgenden Abschnitts sein.

### 3.1 Aktuelle Entwicklungen in Westdeutschland

Bernd Wagner konstatierte im Jahr 2000, dass die beschriebenen Strategien ostdeutscher RechtsextremistInnen zunehmend auch in Westdeutschland beobachtbar seien. Vor allem was subkulturelle Codes angeht ist der deutsche Rechtsextremismus längst vereinigt. D.h., dass Kleidungsmarken, Musik und andere kulturelle Merkmale in beiden Landesteilen schon seit Jahren verbreitet sind. Zunehmend unternehmen rechtsextremistische Kader auch Versuche, sich als `anständige Bürger` in kleineren Gemeinden zu etablieren und aus Ostdeutschland bekannte Strategien umzusetzen. Dazu zwei Beispiele aus Hessen:

Im Jahr 2000 gründete ein mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist in Kassel eine sog. freie Kameradschaft mit dem Namen `Sturm 18 Cassel`. Die Zahl verweist auf den ersten und achten Buchstaben des Alphabets also A und H, was für Adolf Hitler steht. Nachdem seine Wohnung durch die Polizei durchsucht wurde und umfangreiches Propagandamaterial sicher gestellt wurde, zog der Betreffende einige Zeit später in ein kleines Dorf Nordhessens. Dort bezog er mit mehreren Gesinnungsgenossen ein größeres Gebäude und gründete einen Fußballfan-Verein.<sup>211</sup> Dieser bot Fahrten zu Bundesligaspielen an, veranstaltete Skat- und Dartturniere in umliegenden Ortschaften und versuchte sich in den schon vorhandenen örtlichen Sportverein zu integrieren. Erlöse von Turnieren kamen dem

---

<sup>210</sup> Wagner 2000, S. 158

<sup>211</sup> Alle folgenden Informationen, so weit nicht extra benannt, sind von der Website [www.wethen.de](http://www.wethen.de), aufgerufen am 08.02.06

örtlichen Tierschutzverein sowie Kindereinrichtungen zugute. Eine kurdische Nachbarfamilie wurde mehrfach bedroht und zog weg. Auf der Website des Ortes ist der Fußballfanclub in der Rubrik Vereine aufgeführt. Aufgrund eines Kreises von engagierten Menschen wurde auf der Website aber ein Hinweis auf den rechtsextremistischen Hintergrund des Vereins mit entsprechenden Links vorangestellt.

Vertreiben wolle man die Neubürger nicht, auch Demonstrationen seien unerwünscht, wird der Bürgermeister des Ortes zitiert.<sup>212</sup> Nachdem einige Plakate im Ort auftauchen, auf denen man sich von `Menschen mit fremdenfeindlicher Gesinnung` distanziert, werden diese abgerissen und Jugendlichen ein `Kopfgeld` von 100-200 Euro versprochen, wenn man die Verantwortlichen melde.

Aufgrund früherer Straftaten sowie der Bedrohung der kurdischen NachbarInnen wurde der Anführer der Gruppe zu einer fast einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die übrigen RechtsextremistInnen leben noch immer in dem nordhessischen Dorf.

Ende des Jahres 2005 zieht eine Gruppe Rechtsextremisten, die sich als `Freie Nationalisten Rhein-Main` bezeichnen, in eine mittelhessische Kleinstadt. Die Organisation gilt als eine der aktivsten in Hessen und die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen sie wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und „erste Ergebnisse deuteten auf ein Schulungszentrum hin“.<sup>213</sup> Als bekannt wurde, dass eine Demonstration gegen das Haus der Rechtsextremisten in dem Dorf stattfinden sollte, waren viele DorfbewohnerInnen gegen die Demonstration. „Die vier Neonazis im Dorf seien völlig unauffällig und `ganz normale Menschen`“<sup>214</sup> hieß es. Obwohl einige BürgerInnen an der Demonstration ebenso wie VertreterInnen örtlicher Parteien teilnahmen, blieb der Bürgermeister des Ortes dem Geschehen fern.<sup>215</sup>

Exakt dieselben Vorgänge können in einer südhessischen Kleinstadt und einem Dorf im Dreiländereck Niedersachsen/Thüringen/Hessen beobachtet werden.<sup>216</sup>

---

<sup>212</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28.10.04

<sup>213</sup> Frankfurter Rundschau vom 30.01.06

<sup>214</sup> Ebd.

<sup>215</sup> Vgl. [www.region-mittelhessen.dgb.de](http://www.region-mittelhessen.dgb.de) vom 08.02.06

<sup>216</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 28.10.04

Deutlich wird an diesen Beispielen, wie sich RechtsextremistInnen zunehmend im ländlichen Raum niederlassen. Nach Einschätzung eines Experten wollen sie weniger 'national befreite Zonen' zu errichten, sondern zögen aufs Land, „weil sie es dort leichter hätten“<sup>217</sup>, ungestört ihren politisch-kulturellen Aktivitäten nachzugehen.

In westdeutschen Großstädten lassen sich solche Strategien kaum beobachten, was vermutlich an zu großen Widerständen seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen liegen dürfte.<sup>218</sup>

Die weiter oben genannten Reaktionen seitens der Bevölkerung sind bei diesen Beispielen davon geprägt, dass man 'seine Ruhe haben will'. Wird eine breitere Öffentlichkeit auf solche Vorgänge aufmerksam, stören nicht etwa die RechtsextremistInnen diese Ruhe, sondern diejenigen, die auf diese Missstände z.B. mittels Demonstrationen aufmerksam machen. Ein Reaktionsmuster, das im vorherigen Abschnitt schon in Bezug auf Ostdeutschland beschrieben wurde.

Die besondere Gefahr hierbei liegt meines Erachtens darin, dass nur die Wenigsten sich die Gefahr, die von solchen Aktivitäten ausgeht, bewusst machen. Kaum jemand ist in der Lage, rechtsextremistische Codes zu erkennen, argumentativ Kadern entgegen zu treten bzw. ist sich über die dahinter stehende Strategie bewusst. Es zeigt sich, dass die rechtsextreme Szene gelernt hat, nicht zu auffällig aufzutreten und sich ein biederes Image zu verpassen, was im ländlichen Raum durchaus auf Anerkennung stößt. Auch Sabine Diederich von der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank/Frankfurt am Main macht seit dem Jahr 2004 die Beobachtung, dass sich rechtsextreme Aktivitäten im Rhein-Main Gebiet verändern: „Die Qualität hat sich verändert. Ausstrahlend von der Bergstraßenregion hat sich die Öffentlichkeits-Wirksamkeit und die im Nahraum wirkenden Begegnungen völlig verändert. Das ist ein öffentliches Auftreten, das ist ein freundliches Auftreten, z.T. hört man natürlich auch von Schlägereien. Aber das ist etwas, was normaler wird, dass man davon hört und dass die auf der Straße sind, dass es Aufmärsche gibt usw.“<sup>219</sup>

---

<sup>217</sup> Ebd.

<sup>218</sup> Ausnahmen gibt es, wie etwa Nordrhein-Westfalen, wo die rechtsextremistische Szene auch in Großstädten präsent ist, z.T. sehr offensiv auftritt und z.B. 'nationale Jugendzentren' einfordert. Vgl. Podium 2 2005, S. 24 und Anhang, S. XXII

<sup>219</sup> Anhang, S. II f.

Je nach Gruppe können (sub-) kulturelle Aktivitäten im Vordergrund stehen, andere arbeiten straff organisiert politisch. So etwa eine Kameradschaft in Baden-Württemberg, deren Aktivitäten bekannt wurde, nachdem deren Internet-Chatforum gehackt und veröffentlicht wurde. Ein Experte meint dazu, Neonazis hätten sich „eine Parallelwelt geschaffen, in der sie weitgehend tun und lassen können, was sie wollen“.<sup>220</sup> Die genannten Beispiele beziehen sich auf organisierte Kader, die eine politische Schulung hinter sich haben. Zusätzlich zu diesen Ansätzen existieren in Hessen in mindestens 37 Städten und Gemeinden rechte Cliques unterschiedlicher Größe.<sup>221</sup> Deswegen sprechen Hafener/Jansen davon, „dass es auch in den westlichen Bundesländern einen `rechten Jugendalltag` gibt (...)“.<sup>222</sup> Die Aktivitäten dieser Cliques sind heterogen. Sie reichen „von Musikkonsum, Symbolik und bekennendem Auftreten, bis hin zu offenem Rassismus, ideologischer Rekrutierung, der Verbreitung `rechten Materials` oder auch Terrorisierung per Telefon. Treffpunkte sind in der Öffentlichkeit (Buswartehäuschen), in Gaststätten, auf Sportplätzen oder in Jugendclubs; andere Cliques/Gruppen ziehen die Privatheit vor, dafür stehen Bauwagen und andere `eigene` Räumlichkeiten zur Verfügung.“<sup>223</sup> Ostdeutsche Ausmaße werden kaum erreicht<sup>224</sup>, allerdings ist die Wirkung von rechten Cliques nach innen und außen gerade im ländlichen Raum nicht zu unterschätzen. Eckert spricht von „dorfgesellschaftlich integrierte(n)“ Cliques, „die mit ihrer Normalitätsorientierung auch Elemente von Ethnozentrismus“<sup>225</sup> vertreten, die bei der Mehrheit durchaus Anklang finden und auf andere Jugendkulturen bzw. migrantische Jugendliche durchaus gefährdend wirkt. Dies kann wie in Ostdeutschland dazu führen, dass Orte entstehen, die von potentiellen Opfern gemieden werden.

Bei einer Veranstaltung in Mittelhessen, an der der Autor teilnahm, entgegneten ein Punker und ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund einem Sozialarbeiter, der das Konzept der `akzeptierenden Jugendarbeit`

---

<sup>220</sup> Frankfurter Rundschau vom 7.02.06

<sup>221</sup> Vgl. Hafener/Jansen 2001, S. 31

<sup>222</sup> Ebd.

<sup>223</sup> Ebd., S. 33

<sup>224</sup> So auch die Einschätzung von Sabine Diederich, die aber befürchtet, „es dauert nicht mehr lange“, bis ostdeutsche Verhältnisse erreicht werden. Vgl. Anhang, S. III

<sup>225</sup> Hafener/Jansen 2001, S. 25

vertrat, dass man die rechtsextremistischen Jugendlichen nicht 'akzeptieren' solle, sondern stattdessen dafür zu sorgen hätte, dass sie selbst die Gegend um den örtlichen Bahnhof angstfrei benutzen könnten. Dort hielten sich immer wieder gewaltbereite Skinheads auf und sie hätten häufig Angst, wenn sie den Bahnhof betreten würden. Genau dies sind Erscheinungen, die in der Literatur über Ostdeutschland als 'Angsträume' beschrieben werden. Und auch im westdeutschen ländlichen Raum stoßen rechtsextremistische Strukturen in ein kulturelles Vakuum und füllen dies mit eigenen Angeboten. Nur selten trifft dieses Vorgehen auf Widerstand, schließlich handelt es sich häufig um die eigenen Kinder/Nachbarn etc, die die Angebote machen, bzw. deren EmpfängerInnen sind.

Zur Kommunalwahl im März 2006 kann eine weitere neue Qualität rechtsextremen Auftretens in Hessen beobachtet werden: In mehreren Landkreisen treten offene, rechtsextreme Wahllisten an, die aus Mitgliedern von Republikanern, NPD bis Freien Kameradschaften bestehen, im Schwalm-Eder-Kreis unter dem Namen „Bürgerbündnis pro Schwalm-Eder“ und im Landkreis Hersfeld-Rothenburg als „Gruppe Freier Deutscher“.<sup>226</sup> Auch hier kann ein bürgerliches Auftreten beobachtet werden in einer Qualität, die bisher in Westdeutschland unbekannt war. Was in den 80er Jahren, die von unzähligen Fraktionierungen in der Szene geprägt waren, noch Wunschtraum der rechtsextremen Szene war, dass man sich trotz aller Differenzen unter einen gemeinsamen Nenner bringen kann, ist im Jahr 2006 Realität geworden.

Allerdings steht eine umfassende Analyse neuerer rechtsextremistischer Aktivitäten in den alten Bundesländern bisher aus. Neben Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften aus dem 'Antifa'-Spektrum liegt kaum Literatur vor. Auch pädagogische und politische Konzepte, um dieser neuen Entwicklung wirksam entgegen zu treten, liegen für Westdeutschland nicht vor. Deswegen möchte ich im Folgenden das Konzept und die alltägliche Arbeit Mobiler Beratungsteams vorstellen, um es dann auf eine Übertragbarkeit nach Westdeutschland zu prüfen.

---

<sup>226</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 27.02.06

#### 4. Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

In den neunziger Jahren (zum Großteil ist dies auch heute noch der Fall) dominierte im öffentlichen Diskurs die Auffassung, rechtsextreme Gewalt wäre in der Hauptsache ein Jugendproblem. Dementsprechend wurden diverse öffentliche Förderprogramme für Jugendprojekte, wie etwa das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt - kurz AgAG -, der Bundesregierung 1992 für die neuen Bundesländer aufgelegt. „Das Programm entstand politisch aus der Vorstellung, öffentliche Gewalt zu bekämpfen und Jugendhilfestrukturen in den neuen Ländern zu fördern.“<sup>227</sup> Damit wurde das Problem Rechtsextremismus quasi an JugendarbeiterInnen und andere SpezialistInnen der Jugendpolitik delegiert und nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen. Es entstand der Eindruck, das Problem solle abgemildert werden und hinter den Türen von Jugendzentren verschwinden. Klönne bemerkt dazu:

„Problematisch ist die Neigung, den Rechtsextremismus als pathologisches Phänomen zu betrachten und seine ‚Behandlung‘ an sozialpädagogische Therapien abzugeben. Zu kritisieren ist nicht der Versuch, mit Individuen oder kleinen Gruppen, die sich extremistisch verhalten oder orientieren, sozialpädagogisch umzugehen, sondern die Erwartung, den Rechts- ‚Extremismus‘ als gesellschaftsstrukturell bedingte und gesellschaftspolitisch wirksame Tendenz im Wege der ‚Einzelfallhilfe‘ zum Verschwinden bringen zu können.“<sup>228</sup>

Gerade in Ostdeutschland bestand darüber hinaus das Problem, dass es kaum entsprechend qualifizierte und personell bzw. finanziell ausgestattete Einrichtungen gab, um mit einer gewaltbereiten bzw. rechtsextremistischen Klientel zurechtzukommen.<sup>229</sup> Unter dem Schlagwort der akzeptierenden Jugendarbeit wurde ein Konzept, das ursprünglich in der Arbeit mit DrogenkonsumentInnen in Westdeutschland entwickelt worden war, teils

---

<sup>227</sup> Wagner 2000a, S. 33

<sup>228</sup> Klönne 2000, S. 24

<sup>229</sup> Vgl. Wagner 2000a, S. 33

völlig unkritisch „oder zu wenig auf die spezifischen Bedingungen Ostdeutschlands transformiert“<sup>230</sup> übernommen.

In der Folge kam es immer wieder zu öffentlich skandalisierten Vorfällen, in denen wegen der Täterzentrierung des Ansatzes nichtrechte Jugendliche nicht mehr erreicht wurden und statt dessen rechtsextremistische Gruppierungen alleinige Nutzer von Jugendeinrichtungen wurden.

„Das Signal hieß: Seid rechts, gewalttätig und gegebenenfalls ein wichtiger Ordnungsfaktor in der Stadt und ihr bekommt Jugendräume, Sozialarbeiter und Geld.“<sup>231</sup>

Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit wurde in der Folge heftiger Kritik unterworfen und Rolf Hanselmann stellt für Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 fest, „dass keines der Projekte, welche vormals zielgerichtet mit rechten Jugendlichen arbeiteten, heute noch vorrangig mit dieser Zielgruppe arbeitet.“<sup>232</sup>

Damit soll nicht suggeriert werden, dass der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit `gescheitert` wäre. Vielmehr sind Ansätze gescheitert, die unter dem Label akzeptierender Arbeit völlig unkritisch dem teils organisierten Rechtsextremismus Raum boten und nicht nur die Menschen akzeptierten, sondern auch deren Einstellungen teilte bzw. ignorierte und so aus einem falschen Verständnis von Akzeptanz Infrastruktur (etwa Proberäume für rechte Bands) bereitstellte. Teilweise waren die angestellten SozialarbeiterInnen selbst Kader der rechtsextremen Szene.

Die vehemente Kritik führte zu der paradoxen Situation, dass der Begriff inzwischen `verbrannt`, aber das Konzept nach wie vor in der Praxis existent ist. Der `geistige Vater` des Ansatzes, Josef Krafeld, bemerkte dazu im Jahr 2005:

„Die Wirkung des populistischen Medienwirbels ist bis heute sehr nachhaltig. Während inzwischen pädagogische Zugänge zu Jugendlichen mit rechtsextremistischen Orientierungen in der Fachöffentlichkeit kaum noch strittig sind und eine pauschale Verurteilung von akzeptierender

---

<sup>230</sup> Simon 2001, S. 11. Eine der zentralen Prämissen der akzeptierenden Jugendarbeit war: z.B.: „Nur, wenn die Jugendlichen erleben, dass sich andere Menschen auch mal interessieren für diejenigen Probleme, die sie haben, dann gibt es überhaupt eine Chance, dass die Jugendlichen sich mit der Zeit umgekehrt auch dafür interessieren, welche Probleme andere mit ihnen haben.“ Krafeld 1996, S. 14

<sup>231</sup> Zschoge 2001, S. 160

<sup>232</sup> Hanselmann 2005, S. 31



Jugendarbeit jedenfalls aus der Fachdiskussion wohl verschwunden ist, wagen es andererseits in der Praxis sozialer Arbeit immer weniger Träger und Fachkräfte, offen eine solche Arbeit zu vertreten. Wo auch nach 2003 (noch) mit solchen Jugendlichen gearbeitet wird, da wird fast überall versucht, das eher unauffällig zu machen und nach außen eher als Nebenbereich einer breiter angelegten Arbeit darzustellen.<sup>233</sup>

Aufgrund meiner eigenen Praxis in der Fortbildung von PädagogInnen zum Thema Rechtsextremismus kann ich feststellen, dass der Begriff bei SozialarbeiterInnen nach wie vor auf Akzeptanz stößt, allerdings ohne fundamentale Kenntnisse rechter Strategien und nach wie vor die Gefahr besteht, dass Jugendzentren zu Orten rechtsextremer Dominanz werden. JugendbegleiterInnen sind sich selten der Gefahr bewusst, dass Arbeit mit solchen Jugendlichen ohne fundierte Konzepte kontraproduktiv ist. Trotzdem halte ich es weiterhin für notwendig, mit rechten Jugendlichen unter bestimmten Voraussetzungen zu arbeiten, um sie nicht rechtsextremistischen Organisationen zu überlassen. Dazu zählt meines Erachtens die Bedingung, dass es sich um Jugendliche handelt, die noch nicht über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen und sich nicht in rechtsextremen Organisationen engagieren. 'Anpolitisierte' Jugendliche müssen von Kadern getrennt werden, was z.B. Hausverbote für organisierte Neonazis in Jugendeinrichtungen bedeuten kann. Zweitens ist es unbedingt notwendig, dass SozialarbeiterInnen über eine umfangreiche fachliche Qualifikation zum Thema verfügen, die aus den Fehlern der 90er Jahre gelernt hat.<sup>234</sup>

Gelernt aus den Unzulänglichkeiten akzeptierender Praxis hatte jedenfalls die neue rot-grüne Bundesregierung, die als Reaktion auf umfassende Kritik an den Auswüchsen des Konzepts im Jahr 2000 mit Civitas in Ostdeutschland sowie Entimon für den Westen, neue Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus auflegte. Im Civitas-Programm wurden nunmehr endlich auch Opfer rechtsextremistischer Gewalt und die

---

<sup>233</sup> Krafeld 2005, S. 101. Krafeld selbst nennt seinen Ansatz inzwischen „Gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit“. Vgl. ebd., S. 109 ff.

<sup>234</sup> Vgl. dazu z.B. Simon 2005, Verein für Kommunalwissenschaften 2001 und Krafeld 1996

gesamte Gesellschaft in den (Förder-) Blickpunkt genommen.<sup>235</sup> Das Gesamtvolumen von Civitas, Entimon und anderen Aktionsprogrammen des Bundes betrug mehr als 200 Millionen Euro, die Zahl der geförderten Projekte liegt bei 3600, womit ca. 10.000 Einzelmaßnahmen gefördert werden.<sup>236</sup>

Wichtigste Neuerung neben der erstmaligen Fokussierung auf Opfer rechtsextremer Gewalt (die sich u.a. in der Einrichtung von Opferberatungsstellen in Ostdeutschland ausdrückte) war der Versuch, bürgerschaftliches Engagement mit staatlichen Mitteln zu fördern.

„Die zivilgesellschaftliche Orientierung der Programme, d.h. dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eher als Problem der politischen Kultur und nicht als abweichendes Verhalten in einer bestimmten Lebensphase (‘gewaltbereite Jugendliche’) betrachtet wird, bedeutet eine programmatische Weiterentwicklung, die Anschluss an die wissenschaftliche Debatte hält. Sie bricht mit der Täterfixierung und der (Sozial-) Pädagogisierung von Problemkonstellationen früherer Programme, indem sie auf die Stärkung demokratischer Gegenkräfte setzt (...).“<sup>237</sup>

Ein wesentliches Instrument der Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte<sup>238</sup> war die Etablierung von sogenannten Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, nachdem ein solches in Brandenburg schon 1998 aus Landesmitteln finanziert, mit der Arbeit begonnen hatte. Dieser Ansatz wurde ab dem Jahr 2000 flächendeckend in jedem ostdeutschen Bundesland (mit Ausnahme Sachsen-Anhalts, dessen MBT im Jahr 1999 wie in Brandenburg ebenfalls aus Landesmitteln ermöglicht wurde) aus Bundesmitteln finanziert.

Im Folgenden möchte ich Konzepte und alltägliche Praxis Mobiler Beratung darstellen.

---

<sup>235</sup> Vgl. Roth 2004 und Möller/Schubarth 2005, S. 69

<sup>236</sup> Vgl. Roth 2004, S. 10

<sup>237</sup> Ebd.

<sup>238</sup> Zur Definition des Begriffs Zivilgesellschaft siehe Kapitel 4.1.1

## 4.1 Konzepte und theoretische Grundlagen Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Geschichte Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus reicht bis ins Jahr 1992 zurück. Angesichts einer Welle rechtsextremistischer Gewalttaten wurde auf Initiative des Sozialministeriums in Brandenburg ein aus vier SozialarbeiterInnen bestehendes Team gegründet, das als 'Feuerwehr' in Kommunen, in denen Gewalttaten stattgefunden hatten, mit Opfern Solidarität zeigen und zivilgesellschaftliche Kräfte stärken sollte.

„Die Feuerwehrfunktion des Mobilen Beratungsteams konnte nicht lange durchgehalten werden, war doch die Zahl der rassistischen Straftaten bis 1994 enorm angestiegen. Eine örtliche und regionale Eingrenzung war nicht mehr möglich und die Anzahl der Stellen zu gering. Hinzu kam die hohe Personalfuktuation, da die Tätigkeit äußerst strapaziös und die Bezahlung gering war.“<sup>239</sup>

Fortan reagierte das Team in Brandenburg nur noch auf Anfragen diverser Gruppen und Organisationen. Nach einigen Auseinandersetzungen mit der Landesregierung, die den Ernst der Lage zunächst nicht wahrnehmen wollte, entwickelte diese aber doch im Jahr 1998 ein politisches Programm ('Tolerantes Brandenburg') gegen Rechtsextremismus und Gewalt, worauf dann ein erheblich vergrößertes Mobiles Beratungsteam seine Arbeit aufnehmen konnte. „Seither gilt das MOBILE BERATUNGSTEAM BRANDENBURG als gelungenes Modell für entsprechende Bemühungen in anderen Bundesländern. In Konzeption und fachlicher Beratung ist das MBT deshalb mit den aus Bundesmitteln finanzierten MBT's in den anderen neuen Bundesländern und Berlin in Verbindung.“<sup>240</sup>

Die Konzeption der MBT's in den neuen Bundesländern ist seit Mitte der 90er Jahre gleich geblieben. Bevor ich zur konkreten Praxis Mobiler Beratung komme, möchte ich zumindest einen (wenn nicht *den*) zentralen Begriff klären, der Voraussetzung für die tägliche Arbeit von MBT ist.

---

<sup>239</sup> Wagner 2000a, S. 34

<sup>240</sup> MBT Brandenburg 2002. Großschreibung im Original

#### 4.1.1 Exkurs Zivilgesellschaft

Die vorliegende Arbeit ist zwar keine soziologische bzw. politikwissenschaftliche Arbeit, trotzdem möchte ich einen kurzen Exkurs über den Begriff der Zivilgesellschaft einfügen, da er eine zentrale Rolle in der Arbeit und im Selbstverständnis der Mobilen Beratungsteams einnimmt. Seit der frühen Neuzeit nimmt der Begriff eine herausragende Stellung im Diskurs um das Verhältnis zwischen BürgerInnen und Staat ein. Nach John Locke besteht die 'civil society' aus einer gegenüber dem Staat unabhängigen Sphäre, deren Aufgabe es ist, das Individuum in seiner Autonomie zu schützen. Ebenso wie Locke geht Montesquieu von einem monarchistischen Regime aus, löst aber den scharfen Widerspruch Lockes zwischen BürgerInnen und Staat zugunsten von Institutionen, die gesellschaftliche Interessen gegenüber der Staatsmacht vertreten auf.<sup>241</sup> Näher am 21. Jahrhundert und immer noch Grundlage für eine moderne Auffassung ist die Zivilgesellschaft als 'Schule der Demokratie' nach Alexis de Tocqueville.

„Für ihn sind zivilgesellschaftliche Vereinigungen die Schulen der Demokratie, in denen demokratisches Denken und ziviles Verhalten durch die alltägliche Praxis eingeübt und habitualisiert werden. (...) Sie sollen sich auf allen Ebenen des politischen Systems ansiedeln, denn wenn sie auf lokaler Ebene verkümmern, dann ist die Freiheit und Demokratie auch auf der nationalen Ebene in Gefahr. Die zivilen Vereinigungen dienen der Wertebildung und Werteverankerung von Bürgertugenden wie der Toleranz, der wechselseitigen Akzeptanz, der Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und des Vertrauens sowie der Zivilcourage.“<sup>242</sup>

Damit ist erstmals auch der Schutz gesellschaftlicher Minderheiten in der Gesellschaft beinhaltet. Daran schließt auch die habermassche Funktion von Zivilgesellschaft an, nach der u.a. benachteiligte und schwer organisierbare Interessen von Minderheiten einen besonderen Stellenwert einnehmen.<sup>243</sup> Eine große Rolle spielte das Konzept der Zivilgesellschaft in diktatorischen Regimen des 20. Jahrhunderts vor allem in Lateinamerika und Osteuropa, wo die Schutzfunktion für einzelne BürgerInnen ( bzw. -

---

<sup>241</sup> Vgl. Raschert 1999, S. 175

<sup>242</sup> Merkel/Lauth 1998, S. 5

<sup>243</sup> Vgl. Merkel/Lauth 1998, S. 6

gruppen) vor den undemokratischen Ambitionen und für die Überwindung des jeweiligen Regimes zentral war. Aber auch in westlichen Demokratien hat der Begriff eine Renaissance erlebt und besitzt eine normative Funktion: „Als Leitbild oder Selbstverständnis von Gesellschaften, die sich als freie Vereinigungen von ebenbürtigen Bürgern auf Grundlage eines gemeinsamen Ethos verstehen. In diesem Sinne bezeichnet ‚Zivilgesellschaft‘ das offene und in sich vielfältige Gemeinwesen gleichberechtigter (Staats-) Bürger, das durch gemeinsame Grundwerte, Prinzipien und Regeln (etwa den Menschenrechten) integriert wird bzw. integriert werden soll.“<sup>244</sup>

Dabei ist die Zivilgesellschaft keine Sphäre perfekter Harmonie, sondern geprägt von der demokratischen Austragung von Konflikten und Interessenartikulation, sowohl gegenüber der staatlichen Ordnungsmacht, als auch unter den AkteurInnen. Damit wird der Gedanke Cosers aufgegriffen, der diese Form von Konfliktaustragung als eine Schule für Konfliktfähigkeit sieht, die dem Zusammenhalt nicht abträglich sondern vielmehr förderlich und konstituierend für eine gelebte und lebendige Demokratie ist.<sup>245</sup>

Wichtig ist also nicht eine falsche Homogenisierung, etwa nach nationalstaatlichen Kriterien oder die Vermeidung von Konflikten, sondern ein Konsens über die Anerkennung von unterschiedlichen Interessen, eine Orientierung am Gemeinwohl, gegenseitiger Respekt, Gewaltfreiheit und Fairness bzw. Solidarität (speziell der Schutz von Minderheiten). Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und ist geprägt von interner Demokratie.

*„Der zivile Konsens bildet gemeinsam mit der Ausrichtung auf öffentliche Angelegenheiten und der Orientierung am kommunikativen Handeln das genuin zivilgesellschaftliche Ferment, das sich auf individueller Ebene in der Ausbildung eines Bürgersinns wiederfindet.“*<sup>246</sup>

Entgegen der häufig von RechtsextremistInnen vertretenen Auffassung, dass in einer Demokratie jegliche ‚Meinung‘ Raum haben muss, legt Borstel Wert darauf, dass organisierte rechtsextreme Strukturen nicht zur

---

<sup>244</sup> Chung 2003 ohne Seitenangabe

<sup>245</sup> Vgl. Coser 1972

<sup>246</sup> Merkel/Lauth 1998, S. 7. Kursivschreibung im Original

Zivilgesellschaft zählen können, weil sie deren Voraussetzungen nicht teilen.<sup>247</sup> Eine Position, der ich mich nur anschließen kann.

Theoretisch gehören auch Wirtschaftsunternehmen nicht zur Zivilgesellschaft im eigentlichen Sinne, da sie zunächst nur eigene Interessen verfolgen.<sup>248</sup> Doch in der Praxis sind Wirtschaftsunternehmen in lokalen Kontexten durchaus bereit, Verantwortung für humanistische bzw. zivilgesellschaftliche Belange zu übernehmen.<sup>249</sup>

Der Begriff der Zivilgesellschaft spielt für den Ansatz Mobiler Beratung eine entscheidende Rolle, wie im Folgenden ausgeführt werden soll.

#### 4.1.2 Das Konzept Mobiler Beratung

Mobile Beratungsteams sind ein Beratungsangebot, das die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Gemeinwesen zum Ziel hat. „Sie setzen sich für die zivilgesellschaftliche und staatliche Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalttat, für die Solidarität mit den Opfern, den Schutz von Bedrohten und die Entwicklung von Strukturen und Projekten ein.“<sup>250</sup>

Dabei reagieren MBTs auf konkrete Anfragen von Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen, die einen Handlungsbedarf konstatieren und um Unterstützung bitten. Grundsätzlich werden aber keine eigenen Projekte durchgeführt. Vielmehr sollen die vor Ort tätigen AkteurInnen mit Unterstützung von MBTs eigene Projekte konzipieren und durchführen.

Damit ist das Vorgehen von MBTs nicht nur in der Theorie zivilgesellschaftlich geprägt, sondern auch in der konkreten Arbeitsplanung bzw. Umsetzung von Maßnahmen. Mobile Beratung versteht sich demnach als Hilfe zur Selbsthilfe für zivilgesellschaftliche Akteure. Dies können Einzelpersonen, Vereine, (Jugend-)Gruppen, Verwaltungen und Schulen, gemeinnützige Organisationen wie Feuerwehr oder Technisches Hilfswerk sowie Verbände wie Gewerkschaften oder einzelne Sportbünde sein.<sup>251</sup>

Nur in seltenen Ausnahmefällen wird gezielt versucht, in bestimmten, abgelegenen Regionen, aus denen rechtsextremistische Vorfälle bzw.

---

<sup>247</sup> Vgl. Borstel 2003, S. 14

<sup>248</sup> Vgl. Merkel/Lauth 1998, S. 7

<sup>249</sup> Vgl. z.B. Groeneveld/Borstel 2003

<sup>250</sup> Wagner 2000a, S. 34

<sup>251</sup> Vgl. Korgel 2005, S. 4

Strukturen bekannt sind, potentielle AkteurInnen für eine Beratung zu finden. Die Notwendigkeit einer direkten Anbindung vor Ort an zumindest eine Person bzw. kleine Gruppe beschreibt Borstel recht plastisch:

„Von außen lassen sich (..) dörfliche Strukturen, und seien sie in sich noch so heterogen, nicht dazu bewegen, Aktivitäten zu gestalten. In mehreren Fällen wurde versucht, über eine Presseberichterstattung Druck auf die jeweilige Kommune auszuüben, indem über Gewalttaten oder rechtsextremistisch besetzte Räume ausführlich berichtet wurde. Die Reaktion war meist ein Verschlusseffekt bei den Gemeinden, die auf andere Orte zeigten und sich gegen die `grundsätzlich ungerechten´ Vorwürfe durch Rückzug oder Gegenreaktionen zur Wehr setzte. Die Thematisierung wurde so zwar geschaffen, effektiv ist sie aber nur, wenn jemand vor Ort gefunden wird, der sich des Themas annimmt und Ideen entwickelt, was dort passieren könnte und müsste.“<sup>252</sup>

MBTs treten parteipolitisch unabhängig auf und verstehen sich als Teil einer engagierten demokratischen Wertegemeinschaft. „Als externe und kompetente Personen werden Mobile Berater von den Akteuren nicht als `neutral´ aber doch als unbefangen wahrgenommen.“<sup>253</sup> Die `Unbefangenheit´ ist allerdings eingeschränkt in der strikten Ablehnung rechtsextremer und menschenfeindlicher geistiger Strömungen sowie in der Befürwortung demokratischer Werte.

Da die Mobile Beratung eine Beratung von `außen´ ist, besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Vertrauensbildung und `Beziehungsarbeit´, ohne die notwendige professionelle Distanz aufzugeben. Natürlich kann es dabei zu Schwierigkeiten kommen. Homogenisierungstendenzen gerade auf dem Land drücken sich häufig so aus, dass MBTs als Störenfriede wahrgenommen werden, „*die zwar keine Ahnung haben, uns aber an den Karren pissen und dann noch große Ideen mitbringen, was nun alles passieren muss.*“<sup>254</sup>

Dabei legen MBTs Wert darauf, lokale AkteurInnen als ExpertInnen in eigener Sache anzusehen. Dementsprechend gibt es zwar Leitlinien zur

---

<sup>252</sup> Borstel 2003a, S. 33. Auch Strobl/Klemm/Würtz weisen auf diese Gefahr hin: „Wenn Empfehlungen von außen die Gefühlslagen, Empfindlichkeiten und Möglichkeiten der Akteure vor Ort nicht berücksichtigen, wirken sie häufig kontraproduktiv.“ Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 259

<sup>253</sup> Bringt/Korgel 2004, S. 10

<sup>254</sup> Borstel 2003a, S. 30. Kursivschreibung im Original

Handlungsabfolge, aber keine vorgefertigten Konzepte, die nur noch auf die jeweilige Situation 'übergestülpt' werden müssen. Stattdessen werden vor Ort vorhandene Potentiale genutzt und passgenaue Problembearbeitungsstrategien zusammen mit den AkteurInnen erarbeitet.

Theoretisch basiert dieses Vorgehen auf älteren Konzepten, die teilweise in Vergessenheit geraten waren. So wird etwa systematische, raumbezogene Analysen der 'Chicago-School' der 20er Jahre zurückgegriffen.<sup>255</sup> Potentiale zur Veränderung werden systemisch gesehen, d.h., man folgt der Annahme Luhmanns, dass soziale Systeme sich durch Autonomie und operationale Geschlossenheit definieren:

„*Autonomie*: Soziale Systeme sind nicht instruierbar oder durch Einflüsse von außen bestimmbar. Erwünschte Veränderungen können angeregt und ausgelöst, nicht aber von außen verursacht werden.

*Operationale Geschlossenheit*: Soziale Systeme können nur mit ihren Eigenzuständigkeiten operieren, nicht jedoch mit systemfremden Komponenten. Die sie umgebende Umwelt wird nur dann relevant, wenn sie im System Eigenzustände anzustoßen vermag und das System sie demzufolge in ihre Struktur einbezieht.“<sup>256</sup>

Dementsprechend wird auf die Potentiale der Beteiligten als Grundvoraussetzung für aktivierendes Handeln geachtet: Was ist realistisch, wie sind die zeitlichen Ressourcen, welche Ansätze/Strukturen existieren schon, was wird weiterhin benötigt, sind Leitfragen der MBTs. „Zugänge (also Didaktik!) zu den Menschen vor Ort und bewusst akzeptierter Zugang der Menschen zu den Werten der Grundordnung der Bundesrepublik werden nur gefunden, wenn es gelingt, bei den realen Fragen und Problemen vor Ort anzuknüpfen und die Betroffenen selbst in für sie überschaubaren Bereichen in die Bearbeitung mit einzubeziehen.“<sup>257</sup>

Zur Ermittlung lokaler Ressourcen (und zur Analyse lokaler rechtsextremistischer Strukturen) führen MBTs bzw. externe

---

<sup>255</sup> Vgl. Anhang, S. XI und S. XVII

<sup>256</sup> Bringt 2006, S. 2 Kursivschreibung im Original.

<sup>257</sup> Hülsemann 2002, S. 9



Partnerorganisationen zunächst umfassende Lokalanalysen durch. Diese sind Voraussetzung für die Erstellung konkreter Handlungsempfehlungen. Methodisch geht z.B. das Projekt 'Community Coaching' mit Instrumenten der qualitativen Sozialforschung vor:

„Wir orientieren uns dabei an dem Konzept der 'dichten Beschreibung' von Clifford Geertz. Das Ziel ist es, soziale Konstellationen in einem begrenzten Raum möglichst umfassend und komplex ('dicht') zu beschreiben. So werden Interaktionen, Wirkungszusammenhänge, Problemlagen des Handelns und unterschiedliche Perspektiven, besonders durch die Betonung von Opferperspektiven, deutlich. Die Stärke dieser Methodik liegt darin, eine Vielzahl von Informationen zuzulassen und neuen Erkenntnissen flexibel Raum zu geben. Der Nachteil ist die fehlende Repräsentativität für den Gesamtraum.“<sup>258</sup>

Bewährt haben sich halboffene Fragebögen, mit denen man ermitteln kann, wo welche Problemlagen (subjektiv) festgestellt werden, welche potentiellen BündnispartnerInnen es gibt und welche Aktivitäten bisher unternommen wurden.<sup>259</sup> InterviewpartnerInnen sind dabei 'Schlüsselpersonen' des jeweiligen lokalen Raumes. Dies können SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, Pfarrer/PastorInnen, BürgermeisterInnen, PolizistInnen oder Opfer rechtsextremistischer Gewalt sein.<sup>260</sup> Zusätzlich können quantitative Elemente (Wirtschaftsdaten, Bevölkerungsstatistiken etc.) in die Sozialraumanalyse einbezogen werden. Die dem Autor vorliegenden Beispiele für bisher vorgenommene Sozialraumanalysen<sup>261</sup> machen vor allem deutlich, wie rechtsextremistische Erscheinungsformen kulturelle Dominanz erlangen und damit 'Angsträume' schaffen, die nur von einer Minderheit als bedrohlich erlebt wird, während die Mehrheit häufig über ein geringes Problembewusstsein verfügt.

---

<sup>258</sup> Borstel/Sischka 2003, S. 9. Vgl. auch Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 45 ff.

<sup>259</sup> Vgl. Bringt/Korgel 2004, S. 16 oder auch Borstel/Sischka 2003, S. 8 f.

<sup>260</sup> Vgl. ebd., S. 15

<sup>261</sup> Zentrum Demokratische Kultur 2003a und 2003b, Sischka 2003, sowie Kulturbüro Sachsen/Bringt 2005. Letztere unterscheidet sich von den anderen, dem Autor vorliegenden Studien insofern, als dass in den Expertinneninterviews auch nach dörflichem Zusammenleben, subjektiven Ursachenanalysen für Rechtsextremismus und positiven Ressourcen gefragt wird und nicht nur rechtsextreme Strukturen bzw. Phänomene beschrieben werden.

Gemäß dem Prinzip „Wahrnehmen - Deuten - Handeln“<sup>262</sup> kommt dann das Fachwissen der MBTs in Bezug auf rechtsextremistische Strukturen zum tragen. D.h. die lokalen AkteurInnen werden über Strategien und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus informiert. Erst danach beginnt die konkrete Aktionsplanung, wird ein Handlungskatalog erstellt, der auf Erkenntnissen beruht, die aus der Lokalraumanalyse gewonnen wurden. Hier vermitteln MBTs `best practice` - Beispiele, Aktionsideen bzw. Vorschläge für nachhaltiges Handeln. „Bei allen benannten Themen und Problembereichen wird nach eigenen Lösungsideen oder Verbesserungsvorschlägen gefragt und die Bereitschaft zur Mitwirkung an deren Umsetzung und zur Zusammenarbeit mit anderen Interessierten erkundet.“<sup>263</sup> Gerade der letzte Punkt spielt eine entscheidende Rolle in der Aktionsplanung. Ziel ist immer vernetztes Vorgehen möglichst vieler zivilgesellschaftlicher Kräfte. Dafür können runde Tische, Präventionsräte oder Bürgerbündnisse gegründet bzw. (re-) aktiviert werden. Erhofft wird ein „Schneeballeffekt“, indem aus ersten Gesprächen und Projekten neue AkteurInnen gewonnen werden sollen.<sup>264</sup> Auch in der Umsetzung von Projekten wird strikt auf ein demokratisches Verfahren geachtet, sei es bei der Planung von Aktionstagen in Jugendzentren, Bürgerversammlungen, in Zukunftswerkstätten oder lokalthistorischen Projekten (die Liste ließe sich fortführen). Das MBT stellt ExpertInnenwissen zu Verfügung, die Umsetzung von Projekten wird betreut, bleibt aber in der Verantwortung der vor Ort agierenden Menschen, Bündnisse etc. Hülsemann schreibt dazu: „(...) das Bemühen, den Rechtsextremismus als mögliche politische Haltung zu verdrängen, kann auf Dauer nur gelingen, wenn viele Menschen positive Erfahrungen mit den Möglichkeiten eines demokratisch geleiteten Miteinanders machen können und auf diese Weise Wertschätzung erfahren.“<sup>265</sup> Dabei spielt es sicherlich eine bedeutende Rolle, dass weite Teile der Bevölkerung Ostdeutschlands nach 40 Jahren Realsozialismus kaum bzw. keine Erfahrung darin haben, was demokratisches Engagement im Alltag bedeutet. Inwiefern es sich dabei um ein spezifisch ostdeutsches Problem handelt, wird in Kapitel 5 zu erörtern sein. An dieser Stelle sei festgehalten, dass man den zivilgesellschaftlichen Ansatz Mobiler Beratung

---

<sup>262</sup> Vgl. z.B. gleichnamige Broschüre der RAA Berlin e.V./VDK e.V. 2004

<sup>263</sup> Bringt/Korgel 2004, S. 15

<sup>264</sup> Vgl. ebd., S. 18

<sup>265</sup> Hülsemann 2002, S. 8

durchaus als 'Schule der Demokratie' nach de Toqueville verstehen kann, mit dem demokratische Defizite behoben werden sollen.

Die Herstellung von Öffentlichkeit ist ebenfalls zentrales Anliegen der Arbeit von MBTs. Zum einen, um überhaupt ein Problembewusstsein vor Ort herzustellen bzw. deutlich zu machen, dass das Problem existiert. Des Weiteren ist es wichtig, dass im lokalen Diskurs Menschen ermuntert werden, sich zu engagieren, Probleme zu benennen. Aktionen wie 'Stadt XY ist bunt statt braun' senden ein Signal an eine lokale bzw. überregionale Öffentlichkeit, dass man gewillt ist, sich rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzustellen. Außerdem wird deutlich gemacht, dass man den öffentlichen Raum bzw. den lokalen Diskurs nicht ohne Widerstand den Rechtsextremen überlassen wird. Dadurch kann auch Druck auf das Problem verharmlosende bzw. verschweigende LokalpolitikerInnen ausgeübt werden.<sup>266</sup>

Im Idealfall entstehen so tragfähige und nachhaltige Strukturen, die die Präsenz eines MBT überflüssig machen.

## 4.2 Erfolge und Grenzen Mobiler Beratung

Angesichts des immer noch weit verbreiteten Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist eine (vorläufige) Bilanz der Arbeit Mobiler Beratungsteams schwierig. Zwar ist es nicht Ziel von MBTs, Wahlergebnisse, Prozentzahlen bei Meinungsumfragen oder Gewaltstatistiken zu beeinflussen, sondern wie gezeigt, liegt die originäre Aufgabe in der Stärkung demokratischen Gegengewichts in den Kommunen.<sup>267</sup> Trotzdem stellt sich die Frage, inwiefern die Arbeit erfolgreich ist und wie Erfolge überhaupt gemessen werden können. Roland Roth bemängelt, dass die wissenschaftliche Begleitung bzw. Evaluation von aus Bundesmitteln geförderten Projekten gegen Rechtsextremismus in deren Anfangsphase kaum vorgesehen war:

---

<sup>266</sup> Wobei hier nicht angedeutet werden soll, dass dies generell der Fall ist. Positive Beispiele, bei denen es gerade engagierte LokalpolitikerInnen wie Landräte oder BürgermeisterInnen waren, die MBTs angefordert haben und von Anfang an mit ihnen kooperiert haben, sind zahlreich. Vgl. z.B. von Fransecky 2003, Kahane 1999, S. 29 f. oder Ramelsberger 2005, S. 6

<sup>267</sup> Vgl. Korgel 2003, S. 8 und Bringt/Korgel 2004, S. 7

„Sie war nicht in die Programmformulierung, die Festlegung von Programmzielen einbezogen, die konzeptionelle Planung der Evaluation fand erst nach Beginn der Projekte statt, eine Erhebung der lokalen Situation vor Projektbeginn fand in der Regel nicht statt. Halbwegs solide Wirkungsanalysen sind schon allein deshalb bei der ersten Generation von Projekten nicht möglich. Auch eine enge Verzahnung von Programmzielen, Prüfkriterien der wissenschaftlichen Begleitung und den Projektzielen der Träger kann im Nachhinein kaum geleistet werden.“<sup>268</sup>

Probleme, die weniger an den MBTs (oder anderen Maßnahmen) selbst liegen, als an mangelnder finanzieller Ausstattung der Projekte, in denen Evaluationsmittel kaum vorgesehen waren bzw. sind. Inzwischen wird dieses Defizit aus der Anfangsphase vieler Projekte berücksichtigt und MBTs werden wissenschaftlich begleitet und sowohl intern als auch von externen WissenschaftlerInnen ausgewertet.<sup>269</sup>

Andererseits stellen die seit dem Sommer 2000 geförderten Projekte „den ersten experimentellen Großversuch dar, bürgerschaftliches Engagement mit staatlichen Mitteln zu fördern“<sup>270</sup> und in dieser Hinsicht messbare Ergebnisse können nicht innerhalb kurzer Zeit erzielt werden. Wenn man bedenkt, wie lange es z.B. in Westdeutschland gedauert hat, bis sich nach dem Zweiten Weltkrieg gefestigte demokratische Strukturen ohne Kontrolle der Alliierten entwickelt hatten, dann sind entsprechende Effekte in Ostdeutschland auch nicht in wenigen Jahren zu erwarten. „Ralf Dahrendorf hat im Hinblick auf die Transformation der realsozialistischen Gesellschaften Osteuropas davon gesprochen, dass die Entwicklung einer Zivilgesellschaft etwa 60 Jahre dauern würde. Dies macht nochmal deutlich, dass keine schnell sichtbaren Veränderungsprozesse zu erwarten sind.“<sup>271</sup>

Trotzdem lassen sich natürlich Ergebnisse und auch Erfolge der Arbeit Mobiler Beratungsteams feststellen. Ergebnisse liegen zum einen im rein quantitativen Bereich, also in Projekten und Workshops, die durchgeführt

---

<sup>268</sup> Roth 2004, S. 14

<sup>269</sup> Vgl. z.B. Hülsemann 2002, S. 10, Korgel 2005, S. 9 und Anhang, S. XIV f.

<sup>270</sup> Hülsemann 2002, S. 10

<sup>271</sup> Lynen von Berg 2003, S. 44. Friedemann Bringt spricht von 15-20 Jahren, bis Einstellungsänderungen „spürbar werden“. Anhang, S. XVI

wurden, in der Anzahl der Publikationen wie Sozialraumanalysen, Aufklärungsbroschüren über rechtsextreme Entwicklungen und Erscheinungsformen für verschiedene Zielgruppen oder in der Förderung von neuen Initiativen, Bündnissen, etc. Der letzte Punkt verweist auch auf qualitative Veränderungen zugunsten eines demokratischen Klimas in den neuen Bundesländern. - „ein wichtiges demokratisches Gegengewicht hat sich an vielen Orten der Gesellschaft formiert!“<sup>272</sup>

Wenn sich LokalpolitikerInnen (trotz eventueller Gefährdung ihrer Wiederwahl), Institutionen, Vereine und Organisationen sowie einzelne BürgerInnen z.B. für die Belange von Flüchtlingen interessieren oder sich ihrer Verantwortung zur demokratischen *Mitgestaltung* des Gemeinwesens bewusst sind, dann ist dies als Erfolg zu bewerten, der sich aber nur schwer messen lässt.<sup>273</sup> Als Erfolg ist es ebenso zu bezeichnen, wenn staatliche und nicht-staatliche AkteurInnen miteinander ins Gespräch kommen und kooperieren, um - begleitet von MBTs - rechtsextreme Entwicklungen zurückzudrängen und sich gemeinsam für Belange des Gemeinwohls einzusetzen. „Demnach gilt es als Erfolg, wenn Akteure nach einer Beratung ein konkretes Projekt umsetzen konnten und vielleicht sogar auf diese Weise die Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu interessieren vermochten.“<sup>274</sup> Insofern sind Ergebnisse der Arbeit von MBTs nach innen und außen wirksam. Zum einen werden zivilgesellschaftliche Kräfte aktiviert und motiviert, zum anderen wird einer breiteren Öffentlichkeit ein demokratisches Signal gesendet, das sich von der Außendarstellung Rechtsextremer erheblich unterscheidet und somit BürgerInnen und Institutionen vor eine Wahl gestellt werden, ob sie sich einem demokratischen Diskurs anschließen möchten oder eben bewusst darauf verzichten wollen.

Lorenz Korgel benennt zusammenfassend qualitative Ergebnisse der Arbeit Mobiler Beratungsteams:

- „ - Neue Kommunikations- und Handlungsprozesse
- Inhaltliche Annäherung und Fachaustausch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren

---

<sup>272</sup> Hülsemann 2002, S. 3

<sup>273</sup> Vgl. Anhang, S. XIII f.

- Verbesserte Kooperationsbeziehungen zwischen lokaler Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik
- Neue Diskurse, Diskursveränderungen
- Zugewinn an Kompetenz bei den Akteuren
- Wahrnehmung rechtsextremer Erscheinungsformen in der medialen Öffentlichkeit
- Zunehmende Themen- und Methodenvielfalt im zivilgesellschaftlichen Handeln
- Verbesserte Konzeptqualität und gestiegene Problemorientierung auf kommunaler Ebene<sup>275</sup>

Diese Ergebnisse lassen sich durch Befragung der AkteurInnen und Auswertungen mit beteiligten Gruppen und Personen sowohl durch MBT's als auch Fremdevaluationen überprüfen. Insgesamt bewertet z.B. die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung die Bundesprogramme zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements als „große(n) Erfolg“<sup>276</sup>. Das ist natürlich nicht weiter verwunderlich, schließlich besteht diese Arbeitsgemeinschaft größtenteils aus Projekten, die unter diese Förderung fallen und somit wird die eigene Arbeit als notwendig und erfolgreich dargestellt. Dessen ungeachtet begrüßen aber auch unabhängige Wissenschaftler wie Heinz Lynen von Berg oder Roland Roth die Fortführung dieser Projekte. So schreibt Roth:

„Besonders im Civitas-Programm werden institutionelle Kerne gefördert (vor allem in Gestalt von mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen), die sich zu überregionalen Kompetenzzentren entwickelt haben. Ihre wissenschaftlichen und praktischen Beratungs- und Organisationskompetenzen kommen vielen kleinen Initiativen und engagierten Einzelnen zu gute. Die dort Beschäftigten verfügen oft über exzellentes lokales Wissen, können Akteure vernetzen und Unterstützung vermitteln.“<sup>277</sup>

---

<sup>274</sup> Bringt/Korgel 2004, S. 12

<sup>275</sup> Korgel 2005, S. 9. Ein plastisches Fallbeispiel aus Brandenburg beschreiben z.B. Dörre/Lorenz 2004. Siehe auch Anhang, S. XIII f.

<sup>276</sup> Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung 2005, S. 4

<sup>277</sup> Roth 2004, S. 18

Doch natürlich gibt es auch Grenzen des Ansatzes Mobiler Beratung. Diese liegen zum einen im Selbstverständnis der MBTs, die wie oben dargestellt in den allermeisten Fällen zumindest eine Einzelperson vor Ort benötigen, um aktiv zu werden. Ist dies nicht der Fall und wird Rechtsextremismus allgemein bzw. die Ausformungen vor Ort als unproblematisch eingeschätzt, so verzichtet ein MBT auf Intervention.<sup>278</sup>

Andererseits ist die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements naturgemäß ein langwieriger Prozess. Damit ist die inhaltliche Stärke des Ansatzes zugleich auch potentielle Schwäche. Nicht nur eventuelle Erwartungen von Hilfesuchenden nach dem Motto 'Jetzt rufen wir die Berater und dann ist der Spuk hier bald vorbei', können enttäuscht werden. Im allgemeinen Ringen um Aufmerksamkeit und Anerkennung haben es solche Projekte schwer, die keine öffentlichkeitswirksamen und spektakuläre Erfolge zu verzeichnen haben. D.h. im Gegensatz zur Funktionsweise öffentlicher Wahrnehmung, die auf rasche Erfolge einer „Ruckphilosophie“<sup>279</sup> setzt, arbeiten MBTs beharrlich und in kleinen Schritten. Dies ist nicht unbedingt förderlich für die Anerkennung ihrer 'Existenzberechtigung'. In den letzten Jahren haben etliche MBTs erhebliche Schwierigkeiten mit der Fortführung ihrer Arbeit gehabt. Wie in anderen Bereichen öffentlich geförderter Projekte auch, sind MBTs akut in ihrer Existenz bedroht. Einen ersten Einschnitt gab es im Jahr 2003, nachdem der Bund die weitere Förderung von MBTs von der Akquise von Landesmitteln abhängig machte. „Aus Sicht der finanziell klammen Länder hebt der Bund immer neue Baustellen aus, ohne die Mittel für den Weiterbau zu garantieren.“<sup>280</sup>

Damit waren die einzelnen Projekte vor das Problem gestellt, Kommunen und Landesregierungen von der Notwendigkeit ihrer Arbeit zu überzeugen, so dass Kofinanzierung und Weiterförderung gesichert werden würden. In Sachsen-Anhalt scheiterte das Vorhaben, eine Kofinanzierung zu bekommen, „(...) die seit 2002 unionsgeführte Landesregierung (entzog)

---

<sup>278</sup> Wenn es allerdings vor Ort aktiv ist und rechtsextreme Dominanz von nahezu allen Akteuren geleugnet wird, dann könne MBT durchaus zur Konfliktpartei werden. Vgl. Bringt/Korgel 2004, S. 12

<sup>279</sup> Roth 2004, S. 8

<sup>280</sup> Ebd., S. 12

unter dem Beifall der rechtsradikalen Szene die institutionelle Förderung wegen `politischer Einseitigkeit´.<sup>281</sup>

Ein Beispiel für fatale Folgen der `Extremismustheorie´. Zur Zeit ist die Förderung der anderen MBTs aus Bundesmitteln nur bis zum Ende des Jahres 2006 gesichert. D.h. nach nicht einmal fünf Jahren wird der Versuch, auf Bildungs- und Sozialisationsprozesse Einfluss zu nehmen, möglicherweise wieder abgebrochen. Eine angesichts des Vorhabens unverständlich kurze Zeitspanne, die nur aus fiskalischen bzw. politischen Gründen erklärbar ist.

Des Weiteren werden rechtsextreme Einstellungen nicht direkt bearbeitet, weil sich das Angebot explizit an solche zivilgesellschaftlichen Kräfte richtet, die Rechtsextremismus schon als Problem wahrnehmen. Damit bleibt das Problem des Vorhandenseins rechtsextremer Strukturen und davon eventuell ausgehender Straftaten. Mobile Beratung ist nicht Universallösung und kann andere Formen der Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht ersetzen (z.B. staatliche Repressionsmaßnahmen bei Straftaten). Zurecht schreiben Möller/Schubarth:

„Die Evaluation von CIVITAS ergibt (..) zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass der zivilgesellschaftliche Ansatz `kein Wundermittel´ ist und die Annahme, `dass der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen (...) zu einer quasi automatischen Zurückdrängung des Rechtsextremismus führe, (...) so nicht aufrecht zu erhalten´ ist (Lynen van Berg 2004: 133 f.). Es wird gefordert zu versuchen, `auch mit pädagogischen und sozialarbeiterischen Mitteln mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu arbeiten´ (ebd.: 135) Eine Abgrenzung im Sinne des Entweder-oder ist also nicht beizubehalten.“<sup>282</sup>

Ebenso übersteigt es die Potentiale Mobiler Beratungsteams, die in Kapitel 2 dargestellten Ursachen von Rechtsextremismus zu beseitigen. Immerhin werden die Ursachen durch diesen Ansatz berührt.<sup>283</sup> Und es ist der umfassendste Ansatz zur Bekämpfung von rechtsextremistischen Tendenzen, den es bisher in der Bundesrepublik gab. Deshalb halte ich es

---

<sup>281</sup> Ebd.

<sup>282</sup> Möller/Schubarth 2005, S. 69

<sup>283</sup> Mehr dazu in Kapitel 6



für ausgesprochen sinnvoll, die bisher nur in Ostdeutschland gemachten Erfahrungen auf eine Übertragbarkeit nach Westdeutschland in der Praxis zu prüfen.

## 5. Mobile Beratung in Westdeutschland

Die sozialpädagogische und politische Arbeit gegen Rechtsextremismus in Westdeutschland kann auf eine lange Erfahrung zurückblicken. Hierbei spielten und spielen vor allem staatliche Repression, Erinnerungspädagogik und -politik, pädagogischer Multikulturalismus und Bildungsarbeit eine prominente Rolle.<sup>284</sup> Die meisten dieser Ansätze waren und sind rein *defensiv* gegen Rechtsextremismus angelegt. Nur selten wird deutlich, *wofür* man steht, welche Werte in einer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen sollten und wie man sich über solche Werte verständigen sollte. Zwar finden sich immer wieder Aufrufe gegen Gewalt und für Toleranz, die aber meist wirkungslos bleiben, weil sie in erster Linie der Selbstvergewisserung von den Teilen der Gesellschaft dienen, die nicht Träger von rechtsextremistischen Tendenzen sind. So sehen auch Möller/Schubarth dringenden Bedarf an neuen Handlungsformen gegen Rechtsextremismus:

„Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass mit den bisherigen Standardveranstaltungen nicht viel gewonnen wird: Expertenvorträge über Rechtsextremismus, Wochen des ausländischen Mitbürgers, Elternabende zum Thema ‚Was tun gegen Gewalt bei meinen Kindern?‘.

Podiumsdiskussionen zum Tag der Befreiung von Auschwitz - solche Veranstaltungen dienen im Wesentlichen der Selbstbestätigung der Demokraten. Dieser Effekt ist nicht unwichtig, auf ihn gerichtete Strategien lassen aber außer Acht, dass diejenigen, die nicht erreicht werden, den ‚braunen Rattenfängern‘ überlassen werden.“<sup>285</sup>

In kaum einem Buch der von mir verwendeten Literatur fehlen Vorschläge, wie gegen Rechtsextremismus vorzugehen sei. Trotzdem gibt es sehr wenige Konzepte, die die neuen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Westdeutschland wirkungsvoll angehen. Vielmehr zehrt man „sehr von den gewachsenen demokratischen Strukturen und Erfahrungen. Mir scheint, es ist nicht grundsätzlich davon auszugehen, dass

---

<sup>284</sup> Ein vollständiger Überblick ist nicht Thema dieser Arbeit, ich verweise z.B. auf Jaschke 2001, S. 137 ff. Zum Thema multikulturelle Pädagogik siehe z.B. Vogel 2002, S. 57-75. Auch Erfahrungen mit akzeptierender Jugendarbeit in Westdeutschland gibt es. Siehe z.B. Mehl 2005 und Krafeld 1996

<sup>285</sup> Möller/Schubarth 2005, S. 73

diese Strukturen ewig `von selbst´ funktionieren“<sup>286</sup>, befürchtet Lorenz Korgel, Koordinator für die Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland. Klassische Antworten müssen deshalb hinterfragt werden, denn rechtsextremistische Strukturen bzw. Strategien haben sich weiterentwickelt. Aufgrund dieser in Kapitel 3.1 beschriebenen Entwicklungen, die stark von ostdeutschen Erfahrungen der rechten Szene geprägt sind, liegt es meines Erachtens nahe, auch auf ostdeutsche Erfahrungen in der Bekämpfung bzw. Zurückdrängung zurückzugreifen. Dies fordern auch ostdeutsche Einzelpersonen und Organisationen, wie etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung: „Die Erfahrungen aus dem Osten bei seiner Bekämpfung (des Rechtsextremismus, Anm. C.V.) - besonders bei den Beratungs- und Strukturprojekten - können für den Westen sehr wertvoll sein.“<sup>287</sup> Im Folgenden soll diese Aussage spezifiziert werden.

Dabei hat man in Westdeutschland den Vorteil, sich überhaupt an Erfahrungen orientieren zu können, denn bei der Konzeption Mobiler Beratung in den 90er Jahren konnten die dortigen Aktiven dies umgekehrt kaum. Es gab in Westdeutschland keine vergleichbaren Ansätze, auf die damals in den neuen Bundesländern zurückgegriffen werden konnte.<sup>288</sup> Nachfolgend soll also untersucht werden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede ein westdeutsches Mobiles Beratungsteam beachten müsste. Dabei spielen auch erste Erfahrungen eine Rolle, die z.B. die Frankfurter Jugendbegegnungsstätte-Anne-Frank machen konnte.

---

<sup>286</sup> Anhang, S. XXII

<sup>287</sup> BAG Demokratieentwicklung 2005, S. 10. Vgl. auch Anhang, S. XXII

<sup>288</sup> Vgl. Bringt/Korgel 2004, S. 8

## 5.1 Gemeinsamkeiten

Die in Kapitel 3.1 geschilderten Beispiele machen deutlich, worin Gemeinsamkeiten rechtsextremer Strategien liegen und damit auch, worin Ähnlichkeiten in der Arbeit eines MBT's gegen Rechtsextremismus in Westdeutschland liegen könnten: Rechtsextreme Kader (-organisationen) siedeln sich bevorzugt im ländlichen Raum, abseits der Ballungszentren an und betreiben dort gezielt politisch-kulturelle Aufbauarbeit. „(Es) werden erfolgreiche Konzepte aus dem Osten in den Westen übertragen, etwa die neue Form der Kooperation zwischen freien Kräften und NPD oder DVU, die soziokulturelle Vorfelddarbeit, die wirtschaftliche Verankerung durch Tattoo-Shops, Versandhandel und Klamottenläden, die Abkehr vom martialischen Auftreten und stattdessen das Versteckspiel und die Übernahme von Codes anderer Subkulturen.“<sup>289</sup>

Das Wissen um diese Strategien ist bisher nur rudimentär. Darin besteht nun eine Gefahr: Dass das in den Köpfen immer noch verankerte Bild des traditionellen Rechtsextremisten in klassischem Outfit (Glatze, Springerstiefel und Bomberjacke) verhindert, diese Entwicklung wahrzunehmen. Aus eigener Praxis weiß ich, wie wenig Wissen bei LehrerInnen, sonstigen PädagogInnen, (Sport-) Vereinen und anderen Organisationen über neue rechtsextreme Erscheinungsformen, (sub-) kulturelle Codes und Umgang mit offenem Rechtsextremismus besteht. Allein für die Bereitstellung dieses Wissens wäre noch kein MBT in Westdeutschland vonnöten, denn dieses ExpertInnenwissen bieten staatliche Stellen, das Internet und diverse antirassistische Organisationen. Trotzdem sind auch hier Vernetzung mit ostdeutschen Trägern und Fachleuten und der Rückgriff auf ostdeutsche Erfahrungen und Kompetenzen wichtig.<sup>290</sup>

Generieren sich RechtsextremistInnen aber als `normale´ BürgerInnen, die sich auch um die Belange des jeweiligen Ortes kümmern und freundlich auftreten, dann ist die davon ausgehende Gefahr den meisten Menschen vor Ort überhaupt nicht präsent, weil sie ein Bild, das seit gut 20 Jahren besteht

---

<sup>289</sup> Anhang, S. XV

<sup>290</sup> Vgl. auch Hafenecker/Jansen 2001, S. 242 f.

(und immer noch von den meisten Medien gepflegt wird<sup>291</sup>), nicht mit diesen Entwicklungen in Verbindung bringen können bzw. nicht wissen, wie darauf reagiert werden kann. Im Alltag heißt dies z.B., dass jeglicher 'Nazil'-Vorwurf abprallt, wenn das Auftreten und Argumentation von RechtsextremistInnen 'anständig' bzw. um das Wohl der Gemeinde bemüht ist - hier fehlen meist adäquate Handlungsmuster.

Zusätzlich dominieren gerade im ländlichen Raum ähnliche Reaktionen, wie ich sie in Kapitel 3 dargestellt habe und die von ostdeutschen MBTs als dominant geschildert werden: Abwehr und Verharmlosung des Problems. Und auch in Westdeutschland haben strukturschwache Gebiete des ländlichen Raums wie etwa Nordhessen oder der westliche Lahn-Dill-Kreis mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie vergleichbare Gebiete in Ostdeutschland. Damit kann man davon ausgehen, dass der Ansatz der Mobilen Beratung auch für diese Regionen vergleichbar anwendbar ist:

„(...) diese Antworten (sind) auch für westdeutsche Regionen interessant, die mit ähnlichen Problemlagen zu kämpfen haben (Überalterung, Landflucht, Arbeitslosigkeit und verschlafene Transformationsprozesse, in der Folge Wohlstandschauvinismus und Standortnationalismus als Humus für rechte Ideologien, ...).

Demnach sind auch im Westen sozialräumliche Strategien vonnöten, die auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten reagieren und mit den vor Ort vorhandenen Ressourcen Veränderungsprozesse in Gang setzen.“<sup>292</sup>

Bei aller Unterschiedlichkeit in der Intensität rechtsextremistischen Auftretens in Westdeutschland können doch lokale Dominanzen entstehen, die ein solches sozialräumliches Vorgehen notwendig machen. Auch der ansonsten weitaus höhere MigrantInnenanteil Westdeutschlands kommt in solchen Regionen nicht zum Tragen, wie Sabine Diederich für Südhessen bestätigt: „Frankfurt ist nochmal ein großer Unterschied zu außerhalb der Stadtgrenze. Da finden sich dann auch nicht mehr so viele migrantische Organisationen.“<sup>293</sup>

---

<sup>291</sup> So wird praktisch jeder Artikel über Rechtsextremismus in Zeitungen mit Springerstiefeln oder Kahlköpfen bebildert.

<sup>292</sup> Anhang, S. XVIII

<sup>293</sup> Anhang, S. IV

Generell betont sie die Wichtigkeit der ostdeutschen MBT-Erfahrungen für die eigene Arbeit, obwohl in ihrer Institution schon Kompetenzen im Bereich Konfliktberatung vorhanden waren: „Nichtsdestotrotz haben wir geguckt, was machen die Mobilen Beratungsteams, was macht das Zentrum Demokratische Kultur, was gibt es da an schriftlichem Material. Wir haben uns natürlich vertraut gemacht, um zu schauen, inwieweit unsere Vorgehensweise ähnlich ist und davon abgesichert ist durch Erfahrungen, die da geschildert werden. Das hat natürlich eine große Rolle gespielt.“<sup>294</sup>

Zieht man Umfragen zum Verhältnis der BürgerInnen zur Politik bzw. PolitikerInnen in Korrelation mit der Ortsgröße zu Rate, dann fällt auf, dass das Interesse an und Vertrauen in politische(n) Institutionen mit abnehmender Ortsgröße sinkt.<sup>295</sup> Dies bedeutet, dass die Demokratie und ihre Institutionen im ländlichen Raum tendenziell als fern und fremd, als ein ‚Betrieb‘, der vor allem in den Metropolen stattfindet, gesehen wird. Dies macht meines Erachtens den sozialräumlichen Ansatz mobiler Beratung gerade hier notwendig. Wenn zivilgesellschaftliches Engagement die geeignete Prävention vor bzw. Bekämpfung von Rechtsextremismus bedeutet, dann findet sich hier ein weites Arbeitsfeld auch in Westdeutschland. Die Voraussetzungen dafür sind ähnlich wie in Ostdeutschland: Einerseits ähnliche Probleme (zu den Unterschieden komme ich im folgenden Abschnitt), andererseits durchaus vorhandenes Engagement für die Gemeinschaft. So ist etwa die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden auf dem Land durchaus ausgeprägter als in Großstädten.<sup>296</sup> Das bestätigen die Ausführungen von Bringt, der in der Sächsischen Schweiz dahingehende Beobachtungen machte.<sup>297</sup> Dies bedeutet, dass sowohl Defizite als auch Ressourcen in der Entwicklung demokratischer Kultur im ländlichen Raum in Ost und West vergleichbar sind.

Damit sollen nicht die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland kaschiert werden. Wenn ich an dieser Stelle von Defiziten und Problemen des ländlichen Raums allgemein spreche, dann heißt das nicht, dass es keine Unterschiede zwischen Ost und West gäbe. Trotzdem gibt es ähnliche

---

<sup>294</sup> Anhang, S. III f.

<sup>295</sup> Bertelsmann Stiftung 2004, S.74 und S. 118

<sup>296</sup> Vgl. ebd., S. 105

<sup>297</sup> Vgl. Kulturbüro Sachsen/Bringt 2005, S. 22 f.

Mechanismen, die sich aus meiner Sicht generalisieren lassen. Nicht umsonst bevorzugen rechtsextremistische Kader wie dargestellt gezielt den ländlichen Raum für ihre Agitation. Sie können hier tendenziell auf eine höhere Zustimmung bzw. mit weniger Widerstand durch zivilgesellschaftliche Kräfte rechnen - darin unterscheiden sich die neuen von den alten Bundesländern kaum. In einer lokalen Welt, wo der Konformitätsdruck hoch und die Akzeptanz abweichender Lebensstile gering ist, haben es rechtsextreme Organisationen leichter als in multikulturell geprägten Großstädten. Nach dem Motto 'solange sie sich anständig benehmen', können sie als 'Ordnungsfaktor' z.B. gegen AusländerInnen bzw. SpätaussiedlerInnen durchaus mit Zustimmung rechnen.

Aus einem Dorf in der Nähe Kassels wurde mir z.B. berichtet, dass die Bevölkerung nicht das Geringste gegen aufkommende rechtsextremistische Strukturen einzuwenden hatte, da seither 'Ausländer nicht mehr in den Ort kämen'.

Ein Mobiles Beratungsteam im westdeutschen ländlichen Raum könnte auf die umfangreichen Erfahrungen ostdeutscher MBT's uneingeschränkt zurückgreifen, was Vorgehensweisen bei einer Beratung oder einer Kommunalanalyse betrifft. Auch andere Erfahrungen, etwa im Community Organizing, wären hier wertvoll.<sup>298</sup> „Grundsätzlich wäre (...) die teilweise intakte zivilgesellschaftliche Struktur in Westdeutschland als Ressource für die Arbeit der MBT's zu nutzen. Die bereits erprobten Instrumentarien der MBT's in Ostdeutschland ließen sich (..) wahrscheinlich gerade deswegen sehr gut anwenden.“<sup>299</sup>

Allein das Vorgehen von Mobiler Beratung gebietet es, die jeweiligen (lokalen) Gegebenheiten vor Ort zu untersuchen. Damit sind wir bei den Unterschieden zwischen Mobiler Beratung in Ost und West angekommen.

---

<sup>298</sup> Community Organizing ist ein Ansatz, der etwa in den 50er Jahren in den USA entwickelt wurde und in dieser Form in Deutschland meines Wissens nicht praktiziert wurde. Er ähnelt den Ansätzen Mobiler Beratung sehr, vor allem, was die Art und Weise der Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements angeht. Vgl. z.B. Burghardt 1982 und BAG Demokratieentwicklung 2005, S. 6

<sup>299</sup> Anhang, S. XXIII

## 5.2 Unterschiede

Allgemein gesprochen ist der wichtigste Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland historisch zu sehen. 40 Jahre unterschiedliche politische Systeme haben vielfältigste Spuren in Mentalität, politischen Traditionen, Wohlstandsgefälle etc. hinterlassen. Dies belegen unter anderem die noch heute signifikanten Unterschiede in Meinungsumfragen, ökonomischen Verhältnissen und - bezogen auf das Thema der vorliegenden Arbeit - Ausbreitung rechtsextremer Erscheinungsformen und menschenfeindlicher Einstellungen. Hinsichtlich der Arbeit Mobiler Beratungsteams konstatieren unterschiedliche AutorInnen dementsprechend auch eine jeweils andere Ausgangsbasis: „Diesen Ansatz gibt es in dieser ausgeprägten Form insbesondere in den neuen Bundesländern, weil hier im Gegensatz zu den alten Bundesländern zivilgesellschaftliche Strukturen nicht so ausgeprägt und gefestigt sind.“<sup>300</sup> Dies ist nach 40 Jahren DDR auch kein Wunder, und noch heute kann man in Ostdeutschland nicht auf vergleichbare gewachsene Strukturen zurückgreifen. In Zahlen ausgedrückt sind nach einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung z.B. 45% der BürgerInnen Ostdeutschlands in Vereinen aller Art organisiert, während es in Westdeutschland 55% sind.<sup>301</sup>

Die Zufriedenheit mit dem politischen System ist in Westdeutschland höher, wenn auch mit abnehmender Tendenz.<sup>302</sup> Entwicklungen, die diesen Trend aufhalten könnten, sind zur Zeit nicht erkennbar. Trotzdem hat etwa die sog. 68er-Bewegung zu tief verankerten demokratischen Strukturen und Einstellungen geführt, die so im Osten nicht vorhanden sind.

Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass die Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus im Westen höher ist als im Osten.

„Möglicherweise werden hier die Leute früher darauf aufmerksam, aber das muss überhaupt nicht so sein. Das ist ein ziemlicher Zufall, ob sich da ein paar Leute finden, die sich darüber verständigen, dass das alles nicht so in Ordnung ist, was da so läuft, vor allem die Einflussnahme auf Jugendliche.“

---

<sup>300</sup> Lynen von Berg 2003, S. 44. Vgl. auch Bringt/Korgel 2004, S. 7

<sup>301</sup> Bertelsmann Stiftung 2004, S. 104

<sup>302</sup> So sank die Zufriedenheit mit der Demokratie in Westdeutschland von etwa 80% gegen Ende der 70er Jahre bis auf unter 60% im Jahr 2003. Bertelsmann Stiftung 2004, S. 31. Siehe auch Kapitel 2.2



Da gibt es vielleicht eher Strukturen, die das aufnehmen. Aber wie gesagt, das muss überhaupt nicht so sein.<sup>303</sup>

Die obigen Ausführungen über Parallelen im ländlichen Raum in Ost und West untermauern diese Vorbehalte. Bringt weist aber zu Recht darauf hin, dass es im Westen „einen anderen gesellschaftlichen Mainstream (gibt, Anm. C.V.) in dem extrem rechte Äußerungen oder Gesinnungen (noch) tabu sind, der von interkulturellen Erfahrungen der Nachkriegsgeneration lebt. Hier hat es demnach die extreme Rechte schwerer, Diskurse zu prägen und zu dominieren.“<sup>304</sup>

Damit ist ein weiterer wesentlicher Unterschied in der Ausgangslage für die Arbeit gegen Rechtsextremismus benannt: Während sich in Ostdeutschland Ausländerfeindlichkeit fast ohne `Ausländer´ manifestiert und somit in erster Linie konstruiert und projiziert ist, kann man in Westdeutschland zumindest langjährige Erfahrungen mit Nichtdeutschen bzw. BürgerInnen mit Migrationshintergrund voraussetzen. „Dieser Faktor müsste bei der Konzeptionierung Mobiler Beratung im Westen von Anfang an stark berücksichtigt werden (sowohl bei der Ausgestaltung der Teams, als auch bei der Zielgruppenorientierung und Projektorientierung).“<sup>305</sup>

Damit soll nicht angedeutet werden, dass allein aufgrund eines höheren MigrantInnenanteils im Westen rassistische Orientierungen ein unwichtiges Problem wäre. Dies widerspricht nicht nur Umfrageergebnissen<sup>306</sup>, sondern auch dem Stand der Forschung bezüglich interkultureller Lernprozesse. Kontakt zu MigrantInnen allein baut keine `Vorurteile´ ab. Vielmehr ist die Qualität von Kontakten für Einstellungsänderungen bestimmend, wofür Wahl u.a. folgende Kriterien benennen:

- „Die Kontaktsituation hat ein hohes Potential für eine persönliche Bekanntschaft.
- Die Kontaktpartner haben einen gleich hohen sozialen Status.
- Die gemeinsame Tätigkeit findet kooperativ und nicht kompetitiv statt.

---

<sup>303</sup> Anhang, S. III

<sup>304</sup> Anhang, S. XVIII f.

<sup>305</sup> Anhang, S. XXIV

<sup>306</sup> Vgl. Kapitel 2.2

- Institutionen und prominente Autoritäten vermitteln, dass ein solcher Kontakt sozial angemessen und im Sinne gesellschaftlicher Normen erwünscht sei.
- Die gemeinsamen Aktivitäten machen Spaß und finden in einer positiven Stimmung statt.<sup>307</sup>

Inwiefern diese Kriterien im Alltag vorauszusetzen sind, sei dahingestellt. In jedem Fall überschneiden sie sich mit dem Ansatz Mobiler Beratung, weil praktisch alle Kriterien in der Praxis Mobiler Beratung eine wesentliche Rolle spielen. Der Ansatz kann also auch in dieser Hinsicht ein Beitrag zur Integration sein bzw. Orte schaffen, an denen sich auf Augenhöhe in der Abwehr von gemeinsam als Problem wahrgenommenen rechtsextremistischen Tendenzen diskutiert wird.

Wie bereits erwähnt, wäre es aber falsch, die vermehrte Präsenz von MigrantInnen in westdeutschen Kommunen als quasi naturgegebenen 'Standortvorteil' in der Arbeit eines westdeutschen MBTs zu sehen. Dem widersprechen offizielle Diskurse über Migration (Stichwort 'Festung Europa') und Integration (geplante Staatsbürgerschaftstests in Hessen und Baden-Württemberg als Ausdruck eines Misstrauens gegen potentielle StaatsbürgerInnen). Und noch immer wird die Bundesrepublik kaum als Einwanderungsland gesehen, werden Menschen mit Migrationshintergrund als 'Türken' oder 'Russen' bezeichnet, obwohl sie zum Großteil deutsche StaatsbürgerInnen sind. Und nicht nur der sogenannte Karikaturenstreit zu Beginn des Jahres 2006 macht deutlich, wie prekär das Verhältnis zwischen einzelnen migrantischen Communities und der Mehrheitsgesellschaft noch immer ist. Dabei liegen hier Potentiale, die - ohne die Probleme beschönigen zu wollen - zu einem neuen Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft beitragen könnten: „Die globale Metropolensubkultur der Migranten, zu der in Deutschland nur die *turkish community* gehört, ist das einzige effektive Mittel der alten Bundesrepublik gegen einen rechten *mainstream*. Sie weiß es nur nicht zu würdigen. Im Osten gibt es dieses Mittel noch nicht einmal in Ansätzen.“<sup>308</sup>

Diese Communities bieten sich als Bündnispartner für zivilgesellschaftliche Ansätze an, weil sie zumindest potentiell zu den Opfern rechtsextremer

---

<sup>307</sup> Wahl u.a. 2005, S. 32. Vgl. auch Kleinert 2000, S. 389

<sup>308</sup> Schröder 2000, S. 131 f. Kursivschreibung im Original

Agitation bzw. Straftaten werden können. Sabine Diederich weist aber zurecht darauf hin, dass „viele Organisationen, die (...) einen migrantischen Hintergrund haben, hier nicht ihr Arbeitsgebiet sehen.“<sup>309</sup> Es bleibt dementsprechend Aufgabe der gesamten Gesellschaft, gegen Rechtsextremismus vorzugehen und zur bundesrepublikanischen Gesellschaft gehören nun einmal Deutsche mit und ohne migrantischen Hintergrund als auch Nichtdeutsche.

Für ein westdeutsches MBT ergibt sich unter Umständen noch ein neues Arbeitsfeld, welches das Zusammenleben von Deutschen und MigrantInnen betrifft: Antidemokratische Bestrebungen von MigrantInnen. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin hat als erstes MBT überhaupt einen Auftrag in einem westdeutschen Bezirk übernommen. Die Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg erteilte dem MBR den Auftrag, eine Kommunalanalyse zu erstellen und Vorschläge für gesellschaftliche und politische Gegenstrategien zu entwerfen. Die Kommunalanalyse wurde 2002/03 durchgeführt.<sup>310</sup> Neben rechtsextremistischen Entwicklungen in der Mehrheitsgesellschaft wurden auch antidemokratische und rechtsextremistische Bestrebungen in migrantischen Communities untersucht.

„Auffällig waren wachsende Schnittmengen im ideologischen Bereich, wie Antisemitismus und Antiliberalismus, garniert mit Verschwörungstheorien, kombiniert mit häufig trivialem Antiimperialismus und Antiamerikanismus, der auch aus der politischen Linken entnommen war. Gemeinsam war außerdem die Praxis, Globalisierungskritik zu instrumentalisieren sowie die Demokratie westlicher Prägung bekämpfende Bestrebungen voranzubringen.“<sup>311</sup>

Sind diese ideologischen Überschneidungen gegeben, spräche nichts dagegen, dass ein MBT in Westdeutschland auch auf Anfrage in diesem Bereich tätig würde. Allerdings sind Bestrebungen der Bundesregierung, die zur Zeit den Aufgabenbereich von MBTs auf die Felder Linksextremismus und Islamismus auszuweiten versucht, zurückzuweisen.<sup>312</sup> Neben den zu befürchtenden Mittelkürzungen für MBTs gegen *Rechtsextremismus*

---

<sup>309</sup> Anhang, S. IV

<sup>310</sup> Vgl. Dantschke/Borstel 2003

<sup>311</sup> Wagner 2003, S. 5

<sup>312</sup> Vgl. z.B. Frankfurter Rundschau vom 22.02.06

verkennen diese Forderungen die unterschiedlichen Ausprägungen sowie Ursachen für andere demokratiefeindliche Bestrebungen. Außerdem stellt sich die Frage, inwiefern Linksextremismus den Abbau von demokratischen Rechten anstrebt und nicht etwa mehr Demokratie fordert, ein Thema, welches im gegenwärtigen Rechtsextremismus nicht glaubwürdig vorkommt. In den meisten Fällen dürften sich die meisten als linksextremistisch etikettierten Einzelpersonen und Organisationen mit zivilgesellschaftlichen Werten identifizieren und sich als ebensolche AkteurInnen verstehen. Des Weiteren stellt sich auch die Frage nach der tatsächlichen Gefährdung durch Linksextremismus. Wenn eine Kasseler CDU-Abgeordnete nach Aussage der Veranstalter ihre Teilnahme an einer Podiumsdiskussion gegen Rechtsextremismus absagt, weil sie auch über Linksextremismus sprechen möchte, obwohl es in Kassel keine schweren Straftaten, keine Verletzungen der Menschenwürde, ja noch nicht einmal eine aktive `autonome´ Szene in diesem Spektrum gibt, dann spricht dies eher für die extremismustheoretische Brille der betreffenden Abgeordneten, als für die Analyse realer Verhältnisse.

Eine generelle Ausweitung von MBT-Arbeit auf den Bereich `Islamismus´ bedeutete meines Erachtens eine Überforderung Mobiler Beratung und Verwässerung dieses Ansatzes. Der Begriff `Islamismus´ scheint zur Zeit eher politischer Kampfbegriff zu sein, als genau gefasste analytische Kategorie. Das heißt, dass es zwar Aufgabe eines westdeutschen MBT sein kann, Anfragen aus migrantischen Communities bezüglich demokratiefeindlicher Bestrebungen ebendort anzunehmen, aber nicht generell *den* `Islamismus´ als Aufgabengebiet zu sehen. Lorenz Korgel antwortet auf die Frage, welche Rolle demokratiefeindliche Tendenzen in migrantischen Communities spielen würden und ob dies ein zusätzliches Aufgabenfeld für ein westdeutsches MBT wäre:

„Wenn es z.B. darum geht, demokratische Potentiale in einem Stadtviertel mit migrantischen Communities zu fördern, lassen sich einige Methoden aus der `klassischen´ MBT-Arbeit übernehmen (die MBR nennt dies `übergreifende Maßnahmen´). Auch analytisch gibt es Gemeinsamkeiten, z.B. bei der Auswahl der Instrumente aus der qualitativen Sozialforschung, allerdings sind sicherlich auch spezielle Voraussetzungen notwendig, um

z.B. die Ausprägung des Phänomens 'Islamismus' treffend zu beschreiben. Insofern wäre erst mal von einem 'zusätzlichen' Aufgabenfeld auszugehen, das aber an die klassische MBT-Arbeit durchaus angekoppelt werden kann. Voraussetzung ist immer ein aktivierendes, partizipierendes und analytisches Verständnis der Beratungsarbeit.<sup>313</sup>

Nach mehreren Gesprächen mit in der Mobilen Beratung tätigen ExpertInnen, kann an dieser Stelle nur vermerkt werden, dass das Thema Islamismus in diesen Kreisen zur Zeit umstritten ist. Einigkeit besteht zwar darin, z.B. 'türkischen' Rechtsextremismus als Aufgabenfeld für ein MBT zu betrachten. Da z.B. die 'Grauen Wölfe' auch Moscheen betreiben, sind die Übergänge zum Bereich 'Islamismus' fließend.<sup>314</sup> Trotzdem haben einige ExpertInnen Bedenken, dass hier eine unzulässige Gleichsetzung der Bereiche 'Islamismus' und Rechtsextremismus Eingang in den Beratungsdiskurs finden könnte.

Ich persönlich halte den Ansatz Mobiler Beratung für dieses Themenfeld nur dann geeignet, wenn demokratiefeindliche Bestrebungen mit antisemitischen, antiamerikanischen und antiemanzipatorischen Elementen öffentlich werden. Damit sind zumindest Bestandteile von dem, was allgemein 'Islamismus' genannt wird abgedeckt. Religiöse und familiäre Elemente können kaum Bestandteil Mobiler Beratung sein, weswegen sie auch hier keine Rolle spielen sollten.<sup>315</sup>

Durch den partizipatorischen Ansatz halte ich Mobile Beratung auch für ein Instrument zur Integration von MigrantInnen in die Mehrheitsgesellschaft und für eine wirksame Strategie gegen den eventuellen Rückzug in extremistische religiöse Gemeinschaften. Diskussionen um das Selbstverständnis demokratischer Gesellschaften sind auch hier zu führen. Nach den ersten Erfahrungen des MBR in Berlin konstatiert Korgel: „Die Klärung von Selbstverständnissen scheint in Prozessen, an denen Menschen

---

<sup>313</sup> Anhang, S. XXIV f.

<sup>314</sup> Vgl. Dantschke/Borstel 2003, S. 82

<sup>315</sup> Schließlich kümmern sich ostdeutsche MBTs auch nicht um z.B. familiäre Gewalt, dies ist Aufgabe anderer Institutionen wie z.B. der Jugendhilfe. In jedem Fall müsste sich ein westdeutsches MBT mit migrantischem Rechtsextremismus beschäftigen und den Hinweis Korgels aufnehmen, die Teams dementsprechend zu besetzen. Vgl. Anhang, S. XXIV

mit sehr unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen beteiligt sind, besonders wichtig zu sein.“<sup>316</sup>

Es sei aber noch darauf hingewiesen, dass die Klärung eines Selbstverständnisses der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht nur Aufgabe der BürgerInnen, geschweige denn allein von MigrantInnen ist. Mobile Beratung kann Hilfestellungen leisten, die politischen Eliten sind hier aber genauso gefordert, wie Wirtschaft und staatliche Organe. Gerade in Bezug auf das Zusammenleben von Deutschen mit und ohne migrantischem Hintergrund und `Ausländern` müssen wesentlich umfangreichere Prozesse initiiert und umgesetzt werden, als dies momentan der Fall ist.

Betrachtet man die gegenwärtige Diskussion z.B. um Einbürgerungstests, den schlechten Zugang jugendlicher MigrantInnen zum Arbeitsmarkt und genereller gesellschaftlicher Teilhabe, dann gibt es hier noch viel zu tun. Die Kernaufgabe eines westdeutschen MBTs bliebe die Bekämpfung von Rechtsextremismus, nicht zuletzt deswegen, weil dieser eine qualitativ und quantitativ wesentlich größere Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik darstellt als etwa islamistische Bestrebungen.

---

<sup>316</sup> Anhang, S. XXIV

## 6. Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit verfolgte mehrere Ziele. Zuerst wurde geklärt, was Rechtsextremismus überhaupt ist. Zwar geistern die verschiedensten Begriffe durch den öffentlichen Diskurs, aber eine präzise und einheitliche Analyse ist selbst in der Wissenschaft praktisch nicht vorhanden. In jedem Fall besteht Rechtsextremismus aus einem Bündel von Ideologien, zu dem u.a. die Annahme der Ungleichheit von Menschen gehört, ein aggressiver Nationalismus und Rassismus sowie Konformitätsansprüche an die Mitglieder der Gesellschaft.<sup>317</sup> Diese Ideologeelemente finden weite Verbreitung in der bundesdeutschen Gesellschaft. Wie viele Menschen genau über eine gefestigte rechtsextreme Einstellung verfügen, ist in der Wissenschaft höchst umstritten. In jedem Fall sind die Zustimmungsraten zu Aussagen wie etwa 'Es leben zu viele Ausländer in Deutschland' oder über positive Elemente des Nationalsozialismus hoch. Auch die Zustimmung zur Demokratie bzw. ihrer tagespolitischen Ausprägungen in Deutschland gehört nicht unbedingt zum gesellschaftlichen Konsens.<sup>318</sup> Wenn die Zufriedenheit mit dem politischen System und seiner (immerhin von der Mehrheit gewählten) RepräsentantInnen im Abnehmen begriffen ist, dann ist es kein Wunder, dass sich mehr Menschen andere Bezugspunkte der politischen Identifikation suchen. Zu diesen Bezugspunkten gehört zweifelsohne rechtsextremistische Einstellungen bzw. Ideologeelemente.

Wie in anderen Bereichen auch, herrscht über die Ursachen von Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene in der Wissenschaft große Uneinigkeit. Ich habe die für mich wichtigsten bzw. plausibelsten in Kapitel 2.3 dargestellt. Dazu gehören für mich sozialisationstheoretische Ansätze wie die Forschungen zum 'autoritären Charakter' der Gruppe um Theodor W. Adorno, die allerdings als alleinige Erklärungsansätze meines Erachtens nicht ausreichend sind. Deshalb habe ich diese um gesellschaftspolitische bzw. diskurstheoretische Ansätze erweitert. Konkret halte ich Rechtsextremismus für ein gesellschaftliches Problem, dass bis weit in die

---

<sup>317</sup> Vgl. Kapitel 2.1

<sup>318</sup> Vgl. Kapitel 2.2

sogenannte Mitte hinein reicht. Dabei gehe ich von einem dialektischen Verhältnis zwischen Eliten aus Politik sowie weiten Teilen der Medienlandschaft und Artikulationen aus der Bevölkerung aus, um rechtsextremistische Einstellungen mittels der Untersuchung von Diskursen etwa zum Thema Zuwanderung zumindest teilweise zu erklären.<sup>319</sup>

Während in den 90er Jahren im politischen und zunächst auch wissenschaftlichen Mainstream davon ausgegangen wurde, dass vor allem jugendliche 'Modernisierungsoffer' Träger von rechtsextremistischen Erscheinungsformen waren, hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Rechtsextremismus ein Problem der gesamten Gesellschaft ist. Auch wenn männliche Jugendliche den weitaus größten Anteil an rechtsextremistischen Gewalttaten verüben, konnten sie doch immer wieder auf zumindest klammheimliche Zustimmung der Bevölkerung zählen.<sup>320</sup> Außerdem belegen diverse empirische Untersuchungen, dass Erwachsene mindestens das Niveau von menschenfeindlichen Einstellungen erreichen, das bei Jugendlichen festgestellt werden kann.

Besonderes Augenmerk habe ich auf Entstehungsursachen von Rechtsextremismus gelegt, die ostdeutsche Erfahrungen berücksichtigen. Dabei halte ich Erklärungen, die einseitig auf die DDR-Geschichte verweisen für nicht ausreichend. Vielmehr scheint die Erfahrung der 'Wendezeit' und des folgenden Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft als bedeutsamer, ohne die spezifische Sozialisation in der DDR zu vernachlässigen. Es scheint, als ob Ohnmachtsgefühle angesichts der radikalen Verschlechterung der ökonomischen Situation und diverse Entwertungen als 'Ossis' entscheidend für die in Ostdeutschland noch immer massiveren Probleme mit Rechtsextremismus sind. Auch hier besteht weiterhin Forschungsbedarf.<sup>321</sup>

Danach habe ich Rechtsextremismus auf einer alltäglichen Erscheinungsebene beschrieben. In den letzten 15 Jahren haben sich die Strategien der rechtsextremen Szene dahin gehend verändert, dass das Auftreten bürgerlicher geworden ist, die eigene Gesinnung häufig nur noch

---

<sup>319</sup> Vgl. Kapitel 2.3.2

<sup>320</sup> Vgl. Kapitel 2.3.3

<sup>321</sup> Vgl. Kapitel 2.3.4



codiert und nur für Insider erkennbar transportiert wird. Diese Entwicklung nimmt die seit den 80er Jahren auch in der Bundesrepublik diskutierten gramscianischen Ansätzen der 'Nouvelle Droite' aus Frankreich auf, in der über die Erlangung rechts-nationalistischer kultureller Hegemonie debattiert wurde. Während Konzepte wie etwa der des 'Ethnopluralismus' und kapitalismuskritische Positionen zunächst eher in akademisch-konservativen Thinktanks entwickelt wurden, nahmen rechtsextremistische Kader aus der militanten Neonazi-Spektrum diese auch für die alltägliche Praxis in Anspruch. Kulturelle Hegemonie manifestiert sich seit den 90er Jahren in Ostdeutschland in sogenannten national befreiten Zonen oder 'Angstzonen' wie sie mittlerweile überwiegend genannt werden. Durch die Erfolge in Ostdeutschland beflügelt, lässt sich in den letzten Jahren ein zunehmender Reimport rechtsextremistischer Strategien nach Westdeutschland beobachten. Bei allen qualitativen Unterschieden gibt es inzwischen auch hier äußerst bedenkliche Tendenzen, die eine neue Qualität im Auftreten und Agieren von rechtsextremistischen Einzelpersonen bzw. Organisationen darstellen. In Kapitel 3.1 habe ich diese Entwicklungen anhand von Beispielen vor allem aus Hessen beschrieben.

Natürlich kann man nicht davon ausgehen, dass sich die Szene insgesamt zu hundert Prozent gewandelt hätte. Noch immer gibt es Skinheads, die mit dem Begriff kulturelle Hegemonie nicht das Geringste anfangen können und eher 'klassisch' auftreten, ein Gewaltproblem haben und sich durch platte Parolen hervortun. Trotzdem lässt sich zunehmend strategisches Vorgehen geschulter Kader auch im Westen beobachten, wie es dies in dieser Form bisher in Westdeutschland noch nicht gegeben hat. Aus Sicht eines Sozialpädagogen stellt sich damit die Frage, wie diesen Entwicklungen begegnet werden kann.

Bisherige Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus richteten sich häufig entweder an Jugendliche oder an die Teile der Gesellschaft, die tendenziell sowieso die 'richtige' Einstellung haben und verblieben dabei auf der appellativen Ebene. Diese Ansätze stoßen angesichts der aktuellen Entwicklungen an eine Grenze. Deshalb habe ich in Kapitel 4 den Ansatz Mobiler Beratungsteams gegen Rechtsextremismus vorgestellt, von dem ich glaube, dass er diese Entwicklungen in geeigneter Weise berücksichtigt. In Zeiten, in denen die Zustimmung zur Demokratie und ihren Institutionen

sinkt, halte ich dieses Konzept für eine Gegenstrategie, die durch lokalräumliches und zivilgesellschaftliches Vorgehen wirksame Prävention vor und geeignete Bekämpfung von Rechtsextremismus darstellt. Natürlich wurden MBTs in Ostdeutschland auch auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem DDR-System und dessen immer noch spürbaren ökonomischen und politischen Relikten konzipiert. Dennoch halte ich diesen Ansatz auch für Westdeutschland geeignet. In Zeiten genereller Unzufriedenheit mit der politischen und ökonomischen Situation hierzulande, sind Konzepte, die bürgerschaftliches Engagement fördern, eine Möglichkeit, den demokratischen Diskurs zu stärken. „Die Elemente der Bürgergesellschaften stärken den gesellschaftlichen Pluralismus gegenüber sich versteinernenden Parteien und Kooperationen. Sie können Sensoren für gesellschaftliche Probleme sein, die im politischen System nicht mehr wahrgenommen werden, und so ein notwendiges Warnsystem sein.“<sup>322</sup>

Durch den zivilgesellschaftlichen Ansatz besteht außerdem die Möglichkeit, dass gesellschaftliche Gruppen, die sonst nur wenig Gehör im öffentlichen Diskurs finden, sich mit ihrer spezifischen Sicht auf sonst nur wenig beachtete Probleme einbringen. Ich denke dabei etwa an Jugendliche aus verschiedenen Subkulturen und Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>323</sup> Und statt zu warten, bis ‚das Kind in den Brunnen gefallen ist‘, bestünde zumindest theoretisch die Möglichkeit, präventiv rechtsextremistischen Bestrebungen schon im Ansatz Einhalt zu gebieten. Außerdem besticht dieses Vorgehen dadurch, dass in der Form der alltäglichen Arbeit, auch Gelegenheit gegeben wird, sich darüber zu verständigen, wofür eine Kommune und ihre BürgerInnen stehen. Dies entspricht den Forderungen Jaschkes, der als Fazit seiner Forschungen zum Thema Rechtsextremismus schreibt:

„Die defensive Struktur der gegenwärtigen Bemühungen ‚gegen rechts‘ können in eine Offensive umgewandelt werden, wenn ein Konsens hergestellt wird, *wofür* solche Bemühungen stehen. Wer *gegen* rechts ist, muß angeben können, *wofür* er einsteht.“<sup>324</sup> Deshalb gilt es mehr Demokratie und mehr Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu fördern. Häufig besteht

---

<sup>322</sup> Raschert 1999, S. 178

<sup>323</sup> Vgl. Kapitel 4.1.1

<sup>324</sup> Jaschke 2001, S. 183. Kursivschreibung im Original

die offizielle Antwort auf rechtsextremistische Entwicklungen in einem Abbau von Demokratie, wie bei der Debatte um ein Verbot der NPD im Jahr 2001 oder Diskussionen über Berufsverbote etwa für rechtsextremistische LehrerInnen.<sup>325</sup> Meiner Meinung nach muss die Antwort aber frei nach Willy Brandt im Wagnis von mehr Demokratie bestehen. Gegen Rechtsextremismus hilft meines Erachtens nicht der Abbau von demokratischen (Grund-) Rechten, sondern im Gegenteil eine Ausweitung demokratischer Teilhabe.

Ich spreche deshalb von einem Wagnis, weil damit nicht ein falsch verstandener Konsens und Harmoniebedürfnis gemeint ist, sondern eine streitbare und aktive Demokratie. Dazu gehört auch ein Vertrauen in zivilgesellschaftliches Engagement von Gruppen und Einzelpersonen mit ungewissem Ausgang, in dem auch Streit gelebt wird und das produktiv als Ressource für demokratischen Alltag zugelassen werden kann.

Diese Engagement kann nicht von `oben` per Erlass verfügt werden.

„Benötigt wird stattdessen eine Ermöglichungspolitik, die nicht auf kurzfristige Effekte setzen kann, sondern geduldig freiwilliges, am Gemeinwohl und an demokratischen Normen orientiertes bürgerschaftliches Engagement in einer Weise unterstützt, die dessen Eigensinn nicht aushöhlt.“<sup>326</sup>

Dies bedeutet unter Umständen einen Machtverzicht von lokalen Eliten, die ihre Rolle in der Mitgestaltung von Politik neu definieren müssen. Dazu gehört auch ein Umdenken, was die Suche nach neuen

BündnispartnerInnen betrifft, um hegemoniale rechtsextreme Zustände zurückzudrängen. Wenn in Verkennung der Verhältnisse von

Auseinandersetzungen zwischen Jugendcliquen gesprochen wird, die es ja schon immer gab, es in Wirklichkeit aber so ist, dass z.B. linke Jugendliche Opfer von rechtsextremistischen Angriffen werden oder Flüchtlinge rein als Belastung der Mehrheitsgesellschaft gesehen werden, deren Wohlbefinden weniger zählt als das der `Deutschen`, dann haben wir immer noch einen weiten Weg vor uns.

„Von der Vorstellung des Brandenburger Generalstaatsanwaltes E.

Rautenberg, der ein breites Bündnis vom `strammen Konservativen bis zum

---

<sup>325</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.03.06

<sup>326</sup> Roth 2004, S. 8

Autonomen´ gefordert hatte, sind wir meilenweit entfernt.“<sup>327</sup> Aus diesem Statement spricht sicherlich eine spezifisch ostdeutsche Erfahrung: Angesichts eines örtlich hegemonialen Rechtsextremismus und teilweise geringen demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung ist es verständlich, warum ausgerechnet ein Staatsanwalt nach neuen BündnispartnerInnen sucht.

Aber auch in Westdeutschland ist es höchst ungewöhnlich, dass sich - wie in Hamburg geschehen - eine Handwerkskammer bei der örtlichen Antifa dafür bedankt, dass sie ein Treffen von SS-Veteranen in den Räumlichkeiten der Handwerkskammer mit einer Demonstration verhindern wollte und vor dem Gebäude protestierte, worauf den SS-Veteranen Hausverbot erteilt wurde.<sup>328</sup>

Doch trotz einer wie dargestellt ausgeprägteren Zivilgesellschaft in Westdeutschland halte ich den Ansatz Mobiler Beratung auch in Westdeutschland für geeignet. Denn obige Begebenheit bildet die absolute Ausnahme. Vielmehr prägen auch in Westdeutschland häufig Abwehr und Verharmlosung die Reaktion auf rechtsextremistische Tendenzen. Gerade im ländlichen Raum, wo sich rechtsextremistische Kader in der letzten Zeit bevorzugt ansiedeln, um hier scheinbar ungestört kulturelle Lücken zu füllen und gezielte Aufbauarbeit zu leisten, wäre der Ansatz Mobiler Beratung dringend geboten.

Die Idee der Mobilen Beratung in Westdeutschland ist relativ neu. Im Jahr 2003 gründete sich in Kassel ein Verein `Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus - für demokratische Kultur in Hessen´, dem der Autor angehört und der zu dieser Zeit Vorreiter für Westdeutschland in dieser Form war. Hauptmotivation waren sich wiederholende unbefriedigende Erfahrungen in der politischen Kurzzeitpädagogik (Tages- und Wochenseminare) und die Erkenntnis der doch sehr begrenzten Möglichkeiten dieser Arbeit. Stattdessen wurde nach Konzepten für längerfristiges Engagement mit interessierten AkteurInnen gesucht und im Vorbild ostdeutscher MBTs gefunden. Inzwischen gibt es weitere Organisationen, die sich am Konzept Mobiler Beratung in

---

<sup>327</sup> Zschoge 2001, S. 161

<sup>328</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 18.03.06

Ostdeutschland orientieren.<sup>329</sup> Für die tägliche Arbeit leiden diese Vereine aber unter mangelnder finanzieller Ausstattung.<sup>330</sup> Kostenlose Angebote für Anfragende können im Gegensatz zu ostdeutschen MBTs kaum gemacht werden bzw. laufen auf ehrenamtliches Engagement hinaus. Denn noch immer wird Rechtsextremismus in der Hauptsache als Problem Ostdeutschlands gesehen und eine umfangreiche staatliche Förderung in Westdeutschland allein dieses Gebietes kaum in Betracht gezogen. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen scheint die Etablierung eines Mobilen Beratungsteams in Westdeutschland utopisch. Zur Zeit wird eher darüber debattiert, staatliche Gelder zu kürzen und die Länder mehr in die Pflicht zu nehmen.<sup>331</sup> Des Weiteren wird in Kreisen der Bundesregierung debattiert, das Aufgabenfeld von MBTs auf die Felder Linksextremismus und Islamismus auszuweiten. Nicht nur für Ostdeutschland, mit einem 'Ausländeranteil', der selten die Zwei-Prozent-Marke überschreitet und den massiven Problemen die mit Rechtsextremismus bestehen, geht die Suggestion, Linksextremismus und Islamismus wären eine ähnliche Bedrohung für die Demokratie, meilenweit an der Realität vorbei. Auch in Westdeutschland muss man angesichts der verschiedensten Meinungsumfragen davon ausgehen, dass rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung eine weitaus größere Gefahr für das Zusammenleben in dieser Gesellschaft darstellen als irgendeine andere Strömung, die dem Staat ablehnend gegenüber steht.

Die Debatte, ob und wie rechtsextremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen in migrantischen Communities auch Aufgabe für MBTs wären, ist in diesen Kreisen in vollem Gange. Ich habe versucht, dies kurz anzusprechen und eine sinnvolle Eingrenzung vorzunehmen.<sup>332</sup> Mehr erschien mir angesichts dieser doch sehr neuen Debatte ohne verwertbare Erkenntnisse aus MBT-Kreisen und diverser Fallstricke, wie etwa gängiger Islamfeindlichkeit und absolut schwammige Begrifflichkeiten im öffentlichen Diskurs, was Islamismus genau ist, nicht möglich.

---

<sup>329</sup> Z.B. die JBS Anne Frank in Frankfurt/Main (vgl. Interview Kapitel 8.1) oder auch der in Braunschweig ansässige Verein 'Arug', der auch Mobile Beratung anbietet.

<sup>330</sup> Vgl. Anhang, S. V f.

<sup>331</sup> Vgl. Anhang, S. XXV

<sup>332</sup> Vgl. Kapitel 5.2

Trotz der an sich schlechten Aussichten auf Realisierung eines westdeutschen MBTs, das u.a. mit mehreren Vollzeitstellen ausgestattet sein müsste, möchte ich kurz noch auf einige zentrale Rahmenbedingungen für dessen Etablierung eingehen.

Realpolitisch wäre die Unterstützung der jeweiligen Landesregierung von Nöten. Unabdingbar wäre eine langfristige Perspektive, weil es in der Natur der Arbeit liegt, tragfähige Beziehungen neu aufzubauen und langfristige Prozesse zu begleiten. Lorenz Korgel, Koordinator für Mobile Beratungsteams in Ostdeutschland, nennt als weitere Voraussetzungen: „Sensibilität für Rechtsextremismus in der Zivilgesellschaft und in den Medien; Präsenz dieser zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Öffentlichkeit; Einigkeit unter wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, dass Mobile Beratung notwendig sei; das richtige Timing für das Vorbringen von entsprechenden Konzepten, politische Konstellationen, denen Mobile Beratung in das politische Konzept passt.“<sup>333</sup>

Friedemann Bringt, Leiter der Mobilen Beratung des Kulturbüro Sachsens, weist auf eine weitere Möglichkeit hin, was die finanzielle Förderung eines westdeutschen MBTs betrifft: Die Einbeziehung lokaler Wirtschaftsunternehmen, denen zivilgesellschaftliches Engagement am Herzen liegen könnte, sowie Bürgerstiftungen.<sup>334</sup> Ein in Ostdeutschland bisher nur wenig verbreitetes Phänomen, das sicherlich auch mit den dortigen ökonomischen Verhältnissen zu tun hat.

Auch wenn wie beschrieben in Westdeutschland (noch) keine ähnlich gelagerte flächendeckende Dominanz rechtsextremistischer Strukturen zu verzeichnen ist, halte ich die Umsetzung des Konzepts Mobiler Beratung geboten. Angesichts einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem politischen System auch im Westen und einer scheinbar nicht lösbaren ökonomischen Krise, sind keine Tendenzen sichtbar, wie rechtsextremistischen Entwicklungen Einhalt geboten werden könnte. In den letzten Jahren haben rechtsextremistische Gruppen und Kader diese Entwicklungen aufgegriffen und ihr bisheriges Themenrepertoire (‘Ausländer’ und nationale Identität) um antikapitalistische und globalisierungskritische Rhetorik erweitert. Damit werden reale Probleme angesprochen und antiemanzipatorische Lösungen angeboten. Von offizieller Seite fehlen

---

<sup>333</sup> Anhang, S. XXV

<sup>334</sup> Vgl. Anhang, S. XIX

Visionen, diese Probleme zu lösen. Eine solche demokratietheoretische Vision ist meines Erachtens mit dem Ansatz Mobiler Beratung gegeben. Damit wäre auch das bisherige Reaktionsschema auf rechtsextremistische Vorfälle gebrochen. Strobl u.a. sehen dies für städtische Quartiere als zivilgesellschaftlichen Lösungsansatz:

„Zwar sind Gewalttaten und andere Vorfälle mit einem rechtsextremen Hintergrund oft wichtige Auslöser für eine koordinierte Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen; Aktivitäten zur Stärkung einer demokratischen Stadtkultur sind aber natürlich auch ohne solche Auslöser denkbar. Es wäre sogar Idealzustand, wenn eine Gruppe engagierter Vorreiter dieses Ziel ohne konkreten Anlass kontinuierlich verfolgen und auf diese Weise das Selbstverständnis einer Stadt prägen würde. Im Regelfall entstehen Initiativen in diese Richtung allerdings eher reaktiv als proaktiv.“<sup>335</sup>

Vielleicht ist präventives Denken tatsächlich nicht besonders weit oben auf der politischen Agenda, schon gar nicht, wenn damit Kosten verbunden sind. Aber selbst wenn man nur auf rechtsextremistische Entwicklungen *reagiert*, so bestehen auch in Westdeutschland dafür genügend Anlässe.

Natürlich sind MBTs nicht die Antwort auf jegliches polit-ökonomische Problem (post-) moderner Industriegesellschaften. Und auch im Bereich Rechtsextremismus sind andere Ansätze, wie etwa die pädagogische Arbeit mit rechten Jugendlichen oder die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, nicht überholt. Doch ich hoffe, mit dieser Arbeit gezeigt zu haben, dass es sinnvoll wäre, auf neue und gleichzeitig bewährte Ansätze zurückzugreifen. Bemerkenswert dabei ist, dass mit dem Transfer der Mobilen Beratung ein ostdeutsches Konzept nach Westdeutschland übertragen würde. Ohne übertreiben zu wollen, ein zumindest ungewöhnlicher Vorgang und vielleicht auch ein kleiner Beitrag zur Überwindung des auch nach 16 Jahren 'Einheit' immer noch nicht unproblematischen Verhältnisses zwischen Ost- und Westdeutschland.

---

<sup>335</sup> Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 256

Letztendlich geht es bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus um die Frage, in welcher Welt `wir´ eigentlich leben wollen. Die Antworten von RechtsextremistInnen darauf laufen auf Verhältnisse hinaus, die Jedem und Jeder gerade in Deutschland bekannt sein dürften. Mobile Beratungsteams beantworten diese Frage nicht. Sie können nur Hilfestellung bezüglich des Selbstverständnisses einer demokratischen Gesellschaft bieten und Prozesse auf diesem Weg begleiten. Die Antwort auf die Frage, in welcher Welt wir leben wollen, müssen alle Menschen, die in diesem Land leben - ob mit oder ohne deutschen Pass - gemeinsam entwickeln.



## 7. Literaturverzeichnis

Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo: Der unbequeme Fremde -  
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde.  
Schwalbach/Ts. 1999

Ahlheim, Klaus (Hrsg.): Intervenieren, nicht resignieren -  
Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung.  
Schwalbach/Ts. 2003

Ahlheim, Klaus: Das Umfeld des Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit  
in der Mitte der Gesellschaft. In: ders. 2003, S. 25-48

Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung „Das  
Parlament“, Ausgabe 39/2000

Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung `Das  
Parlament´, Ausgabe 42/2005

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der  
Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1993

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Frankfurt/M. 1986

Benz, Wolfgang: Auf dem Weg zum Bürgerkrieg - Rechtsextremismus und  
Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt/M. 2001

Benz, Wolfgang: Kulturkampf oder Auftakt zum Bürgerkrieg? Aktuelle  
Tendenzen des Rechtsextremismus. In: ders. 2001, S. 7-12

Benz, Wolfgang und Ute (Hrsg.): Stolz deutsch zu sein? Aggressiver  
Anspruch und selbstverständlicher Patriotismus. Berlin 2005

Benzing, Annemarie: Rechtsextremismus und Antisemitismus in Berlin -  
Autonomes Outfit und bürgernahe Inhalte - Ausdifferenzierungen des  
Rechtsextremismus in Berlin. In: RAA Berlin e.V./VDK e.V. 2004, S. 23-35

Bergmann, Werner: Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch?. In: Benz 2001, S. 41-62

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Politische Partizipation in Deutschland - Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh 2004

Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus - Band 1: Ergebnisse der Recherche. Gütersloh 2005

Birsl, Ursula: Rechtsextremismus: weiblich - männlich? Eine Fallstudie. Opladen 1996

Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen, Skingirls, Walküren und Feine Damen. Berlin 1997

Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2001

Boehnke, Klaus/Fuß, Daniel/Hagan, John (Hrsg.): Jugendgewalt und Rechtsextremismus - Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive. Weinheim und München 2002

Borstel, Dierk/Sischka, Kerstin: Das Konzept Community Coaching - eine Einführung. In: Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 6-15

Borstel, Dierk: Zivilgesellschaft - Demokratie im vorstaatlichen Raum. In: Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 13 f.

Borstel, Dierk (2003a): Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen im ländlichen Raum - ein Diskussionsbeitrag. In: Zentrum demokratische Kultur 2003, S. 30-35

Bringt, Friedemann/Korgel, Lorenz: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur. In: MBR Berlin/MBT Sachsen 2004, S. 7-20

Bringt, Friedemann/Korgel, Lorenz: Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus - Grundsätze und Methoden. In: RAA e.V./VDK e.V.  
2004, S. 6-20

Bringt, Friedemann: Soziokulturelle Animation und Projektmethode als  
Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldental.  
www.kulturbuero-sachsen.de. Aufgerufen am 12.03.2006

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Demokratieentwicklung (Hrsg.):  
Positionspapier zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Ost- und  
Westdeutschland. Unveröffentlichtes Papier. Berlin 2005

Burghardt, Steve: Organizing for Community Action. Beverly Hills 1982

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt -  
Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt 1996

Butterwegge, Christoph: Herren und andere Menschen. Rechtsextremismus  
und politische (Un-) Kultur in Deutschland. In: Schneider 2001, S. 50-59

Butterwegge, Christopher/Häusler, Alexander: Rechtsextremismus,  
Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?  
In: Butterwegge u.a. 2002, S. 217-268

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Politische Bildung und  
Globalisierung. Opladen 2002

Butterwegge u.a.: Themen der Rechten - Themen der Mitte. Opladen 2002

Chung, Carl: Die Entwicklung von Zivilgesellschaft, Menschenrechtskultur  
und Integration in Berlin. In: Dokumentation der Landeskonferenz  
`Zivilgesellschaft stärken - Vielfalt respektieren - Gleichbehandlung  
verwirklichen. www.landeskonferenz-2003.de. Aufgerufen am 16.12.2005,  
ohne Seitenzahl

Coser , Lewis: Theorie sozialer Konflikte. Neuwied und Berlin 1972

Dantschke, Claudia/Borstel, Dierk: Islamismus und Rechtsextremismus in Berlin-Kreuzberg - ein Problemaufriss. In: Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 73-85

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2005, S. 8-17

Detting, Warnfried: Die aktive Bürgergesellschaft in der Stadt als Reformperspektive des Sozialstaats. In: Klie/Roß 2000, S. 31-44

Dörre, Karin/Lorenz, Jürgen: Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Hülsemann/Kohlstruck 2004, S. 117-128

Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI): Zweiter Bericht über Deutschland - Vorgelegt von der europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz in Straßburg am 3.Juli 2001. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2001, S. 1009-1018

Falter, Jürgen/Gabriel, Oscar/Rattinger, Hans: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen 2000

Falter, Jürgen: Politischer Extremismus. In: ders. u.a. 2000, S. 403-434

Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo: Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. Gewerkschaftsinternes Papier, ohne Ortsangabe 2005

Förster, Peter: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002

Frankfurter Rundschau vom 28.10.04

Frankfurter Rundschau vom 07.01.06

Frankfurter Rundschau vom 11.01.06

Frankfurter Rundschau vom 20.01.06

Frankfurter Rundschau vom 30.01.06

Frankfurter Rundschau vom 07.02.06

Frankfurter Rundschau vom 08.02.06

Frankfurter Rundschau vom 14.02.06

Frankfurter Rundschau vom 22.02.06

Frankfurter Rundschau vom 27.02.06

Frankfurter Rundschau vom 02.03.06

Frankfurter Rundschau vom 18.03.06

Frankfurter Rundschau vom 23.03.06

Frankfurter Rundschau vom 31.03.06

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus – Politische Auseinandersetzung intensivieren, Zivilgesellschaft aktivieren, Abwehrbereitschaft stärken. Bonn 2005

Fuchs, M./Lamnek, S./Wiederer, R.: Querschläger - Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen 2003

Funke, Hajo: Paranoia und Politik - Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin 2002

Gabriel, Oscar: Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In: Falter u.a. 2000, S. 41-78

Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille/Krüger 2000, S. 267-324

Geller, Manuel: Erfolgsmodell „Kultur“ - Neorassistische Diskurse in der Bundesrepublik. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Fachbereich 05 der U-GhKassel. Sommersemester 2001

Georgi, V./Hartmann, H./Schellenberg, B./Seberich, M.: Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh 2005

Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten - Politische Orientierungen der 16-29 jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen 2000

Gille, Martina/Krüger, Winfried /de Rijke, Johann: Politische Orientierungen. In: Gille/Krüger 2000, S. 205-257

Groeneveld, Antja/Borstel, Dierk: Partnerschaft für Demokratieentwicklung - Community Coaching und das Verbundnetz Gas AG (Interview). In: Zentrum demokratische Kultur 2003, S. 86-90

Hafeneger, Benno/Jansen, Mechthild: Rechte Cliques - Alltag einer neuen Jugendkultur. Weinheim und München 2001

Hanselmann, Rolf: Skizzen zu den Vorläufern der AgAG-Projekte in Sachsen-Anhalt. In: Simon 2005, S. 15-34

Hartmann, Hauke/Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus: Ergebnisse und Handlungsfelder. In: Georgi u.a. 2005, S. 16-41

Hasselbach, Ingo/Bonengel, Winfried: Die Abrechnung - Ein Neonazi steigt aus. Berlin und Weimar 1993

Heinrich, Gudrun (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt/M. 1994

Heitmeyer Wilhelm: Das Desintegrationstheorem - Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen. In: ders. 1994, S. 29-73

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände - Folge 1. Frankfurt/Main 2002

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände - Folge 2. Frankfurt/Main 2003

Held, Josef/Horn, Hans-Werner/Marvakis, Athanasios: Gespaltene Jugend - Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen. Opladen 1996

Hentges, Gudrun: Die Büchse der Pandora - Deutsche Leitkultur und nationale Interessen. In: Schneider 2001, S. 63-75

Heyder, Aribert/Schmidt, Peter: Autoritarismus und Ethnozentrismus in Deutschland: Ein Phänomen der Jugend oder der Alten? In: Boehnke u.a. 2002, S. 119-142

Heyder, Aribert: Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter. In: Heitmeyer 2003, S. 78-99

Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam 1995

Hirsch, Kurt/Heim, Peter: Von links nach rechts - Rechtsradikale Aktivitäten in den neuen Bundesländern. München 1991

Hopf, C./Silzer, M./Wernich, J.: Ethnozentrismus und Sozialisation in der DDR. In: Kalb u.a. 1999, S. 80-121

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. In: Bertelsmann Stiftung 2005

Hülsemann, Wolfram/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Mobiles Beratungsteam -Einblicke. Ein Werkstattbuch. Potsdam 2004

Hülsemann, Wolfram: MBT - Tolerantes Brandenburg. Erstellt im Mai 2002 auf [www.mobile-beratung.de](http://www.mobile-beratung.de). Aufgerufen am 16.12.2005

Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus. Wiesbaden 2001

Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus - aktuelle Lage und Entwicklung. In: Ahlheim 2003, S. 11-24

Kahane, Anetta: Kippende Kommunen - Was kann Praxis leisten? In: Kalb u.a. 1999, S. 17-46

Kalb, P./Sitte, K./Petry, C. (Hrsg.): Rechtsextremistische Jugendliche - was tun? Weinheim und Basel 1999

Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Das Plagiat - Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit. Duisburg 1994

Kemper, Markus/Köhler, Timm: Rechtsextremismus und Antisemitismus im Alltag - unvollständige Schlaglichter aus Berlin und Sachsen. In: MBR Berlin/MBT Sachsen 2004, S. 4-6

Kleinert, Corinna: Einstellungen gegenüber Migranten. In: Gille/Krüger 2000, S. 355-398

Kleinert, Corinna/de Rijke, Johann: Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Schubarth/Stöss 2000, S. 167-198



Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan (Hrsg.): Die Zukunft des Sozialen in der Stadt - Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg 2000

Klönne, Arno: Rechtsextremismus in der „zivilen“ Gesellschaft - „Kein Spuk von gestern“. Münster 2000

Kohlstruck, Michael: Strukturen einer Aggression - Gesellschaftlicher Konsens und kollektive Frustration in den neuen Bundesländern. In: Benz 2001, S. 13-40

Kohlstruck, Michael: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ - Zur Entstehung und Verbreitung eines politischen Symbols. In: Benz/Benz 2005, S. 53-76

Koopmans, Ruud: Asyl: Die Karriere eines politischen Konflikts. In: Van den Daele/Neidhardt 1996, S: 167-194

Korgel, Lorenz: Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus - Ein Profil der Arbeit Mobiler Beratungsteams in Berlin, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen und Thüringen. Berlin 2005

Korgel, Lorenz: Mobile Beratung zur Demokratieentwicklung - Örtliche Konzepte gegen Rechtsextremismus. In: Zentrum Demokratische Kultur 2003c, S. 6-9

Kowalsky, Wolfgang: Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken. Frankfurt/M. und Berlin 1992

Krafeld, Franz Josef: Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit - Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugenddeliquen. Opladen 1996

Krafeld, Franz Josef: Entwicklung und Perspektiven akzeptierender Jugendarbeit. In: Simon 2005, S. 101- 113

Kulturbüro Sachsen e.V./Bringt, Friedemann: „Wir leben dort, wo andere Urlaub machen“ - Auswertung von Experteninterviews zu Ressourcen und Problemen der Demokratieentwicklung in Reinhardtsdorf-Schöna. (Kurzversion). Dresden 2005

Lynen von Berg, Heinz: Zur wissenschaftlichen Begleitforschung des Civitas-Programms. In: Zentrum demokratische Kultur 2003c, S. 42-45

Mehl, Erwin: Rechte Jugendliche auf dem Lande - Bericht über Sozialarbeit in einer bayerischen Kommune. In: Benz 2005, S. 151-164

MBR Berlin/MBT Sachsen (Hrsg.): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen - Analysen - Beispiele. Berlin 2004

MBT Brandenburg: Rückblick - Zur Geschichte des Mobilen Beratungsteams Brandenburg. Erstellt am 9.12.2002. [www.mobileberatung.de](http://www.mobileberatung.de). Aufgerufen am 16.12.05

Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 6-7/1998, S. 3-12

Möller, Kurt/Schubarth, Wilfried: Perspektiven für das Erlernen demokratischer Toleranz in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. In: Georgi u.a. 2005, S. 62-74

Neugebauer, Gero: Extremismus - Rechtsextremismus - Linksextremismus. In: Schubarth/Stöss 2000, S. 13-37

Oepke, Maren: Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen - Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule. Opladen 2005

Pätzold, Kurt: Von Nachttöpfen und anderen Theorien - Über Ursachen des Rechtsextremismus und Ausgangspunkte seiner Bekämpfung in Ostdeutschland und anderswo. In: Schneider 2001, S. 38-49

Pfahl-Traugber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik.  
München 2000

Pfahl-Traugber, Armin (2000a): Die Entwicklung des Rechtsextremismus  
in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band  
39/2000, S. 3-14

Podium 2: Zivilgesellschaft organisieren und bürgerschaftliches  
Engagement stärken – Strategien gegen kommunale und  
lebensweltbezogene Aktivitäten der „rechten Szene“. In: Friedrich-Ebert-  
Stiftung 2005, S. 23-29

Politische Vierteljahresschrift - Sonderheft 27. Opladen 1996

RAA Berlin e.V./VDK e.V. (Hrsg.): Bulletin 6/2004. Wahrnehmen -  
Deuten - Handeln. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus. Zur  
Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR).  
Leipzig 2004

RAG - Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen,  
Ausgabe 34/2005

Ramelsberger, Annette: Erkundungen in Ostdeutschland. In: Aus Politik  
und Zeitgeschichte 42/2005, S. 3-8

Raschert, Jürgen: Zivilgesellschaft - was ist das, und was kann Schule dazu  
beitragen? In: Kalb u.a. 1999, S. 175-190

Roth, Roland: Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen  
Rechtsextremismus. In: Heinrich 2004, S. 7-20

Scherr, Albert: Rechtsextremismus und Globalisierung als  
Herausforderungen für die politische Jugendbildungsarbeit. In:  
Butterwegge/Hentges 2002, S. 163-180

Scherzer, Landolf: Die Fremden - Unerwünschte Begegnungen und verbotene Protokolle. Berlin 2004

Schneider, Ulrich: tut was! Strategien gegen Rechts. Köln 2001

Schröder, Burkhard: Nazis sind Pop. Berlin 2000

Schroeder, Klaus: Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. München 2003

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Bilanz. Opladen 2000

Simon, Titus: Grundlagen akzeptierende Jugendarbeit - Probleme beim Theorie-Praxis-Transfer. In: Verein für Kommunalwissenschaften 2001, S. 7-19

Simon, Titus (Hrsg.): Spurensuche - Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen - abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 2005

Sischka, Kerstin: Kommunalanalysen in der Praxis - Rechtsextremismus und demokratische Potentiale im Landkreis Dahme-Spreewald. In: Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 16-30

Spoö, Eckart: „Ich warne vor blindem Zutrauen ...“. In: Schneider 2001, S. 20-29

Staud, Toralf: Ein „Gentlemen´s Agreement“ - Wie brave Bürger in Zittau einem Jungnazi-Verein zu einem eigenen Haus verhalfen. In: Heitmeyer 2002, S. 187-200

Staud, Toralf: „Die haben sich ein Stück weit aufgelöst“ Wie Zittau eines Vereins von Jungnazis doch noch Herr wurde. In: Heitmeyer 2003, S. 175-178

Stellmacher, Jost/Petzel, Thomas/Sommer, Gert: Autoritarismus und Einstellungen zu Menschenrechten im Ost-West-Vergleich. In: Boehnke u.a. 2002, S.93-118

Stöss, Richard: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus. In: Schubarth/Stöss 2000, S. 101-130

Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.): Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz. Opladen 2001

Sturzbecher/Landua/Heyne: Politische Einstellungen und Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen. In: Sturzbecher 2001, S. 85-117

Terkessidis, Mark: Psychologie des Rassismus. Wiesbaden 1998

van den Daele, Wolfgang/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Kommunikation und Entscheidung - Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. Berlin 1996

Verein für Kommunalwissenschaften (Hrsg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Berlin 2001

Vogel, Christopher: Multikulturelle Gesellschaft auf Reisen - Der kulturalistische Blick auf „die Fremden“ in Deutschland und im Ferntourismus. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Fachbereich 04 der Uni Kassel 2002

von Fransecky, Tanja: Kommunale Beratungsarbeit in Thüringen. Das Beispiel Sonnenstein. In: Zentrum demokratische Kultur 2003, S. 9-11

Wagner, Bernd: Rechtsextremismus und Jugend. In: Schubarth/Stöss 2000, S. 155-166

Wagner, Bernd (2000a): Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2000, S. 30-39

Wagner, Bernd: Die Szene rechtsextremer Gewalt in den neuen Bundesländern - Voraussetzungen, Erfahrungen, Strategien. In: Benz 2001, S. 102-117

Wagner, Bernd: Die Verteidigung der Demokratie in der Kommune. In Zentrum demokratische Kultur 2003, S. 4-6

Wahl, K./Ottinger-Gaßebner, M./Kleinert, C./Renninger, S.-V.: Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz. In: Bertelsmann Stiftung 2005, S. 16-79

Walter, Melanie: Die deutschen Politiker in der Sicht der Bevölkerung - Wert-, Macht- und Funktionselite? In: Falter u.a. 2000, S. 275-320

Widmann, Peter: Machtgefühle - Warum Politiker und Journalisten den Stolz entdecken. In Benz 2005, S. 29-52

Winkler, Jürgen: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In: Politische Vierteljahresschrift 1996, S. 25-48

Winkler, Jürgen: Rechtsextremismus: Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme. In: Schubarth/Stöss 2000, S. 38-68

Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.): Bulletin 4/2003: „Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie.“ Community Coaching - Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung in Gemeinwesen. Berlin und Leipzig 2003

Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2003a): Lokaler Aktionsplan Lichtenberg - Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Berlin 2003

Zentrum demokratische Kultur (Hrsg.) (2003b): Lokaler Aktionsplan Pankow - Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Berlin 2003

Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2003c): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin 2003

Zschoge, Holger: Küßt die Faschisten? Ostdeutsche Kommunen und Rechtsextremismus. In: Schneider 2001, S. 158-165

### **Internetseiten:**

[www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)

[www.landeskonferenz-2003.de](http://www.landeskonferenz-2003.de)

[www.mbt-brandenburg.de](http://www.mbt-brandenburg.de)

[www.mut-gegen-rechte-Gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-Gewalt.de)

[www.region-mittelhessen.dgb.de](http://www.region-mittelhessen.dgb.de)

[www.wethen.de](http://www.wethen.de)

### **Bildnachweis Titelbild:**

[www.artikeleins.de/index\\_plak.html](http://www.artikeleins.de/index_plak.html), aufgerufen am 20.03.06

## 8. Anhang

### 8.1 Interview mit Sabine Diederich

Sabine Diederich leitet das Projekt Rechtsextremismus der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Das Interview wurde aus Gründen der Lesbarkeit leicht bearbeitet und gekürzt.

**Frage: Worin besteht die Arbeit der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank?**

**Sabine Diederich:** Das Kernstück der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank ist die Arbeit zu Anne Frank, eine Ausstellung und im Grunde auch noch Zeitzeugengespräche, also Begegnungen mit Zeitzeugen aus der NS-Zeit. Irgendwann wurde aber auch gesagt, wir müssen etwas zu den aktuellen Problemen machen, die entstanden sind. Dann hat sich ein Team gebildet, was Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus machen sollte. Das war Anfang 2001. In diesem Zusammenhang ist in der JBS überhaupt die Arbeit zu diesen Themen entstanden und es gab dann Projektstage für Jugendliche. Mehr gab es nicht. Und es war wie gesagt präventiv angelegt, d.h. wir haben nur informiert und irgendwelche merkwürdigen Äußerungen irritiert. Aber wir haben jetzt nicht mit rechten Jugendlichen oder so gearbeitet. Wir haben die auch gar nicht im Umfeld gehabt. Wir sind eine regionale Einrichtung, unser Einzugsgebiet ist nicht so groß, was Jugendliche angeht, das regelt sich schon über den Anfahrtsweg. Wir hatten da keine rechten Orientierungen. Unser Hauptthema war Alltagsrassismus. Und wir haben versucht, zu strukturellem Rassismus zu sensibilisieren und natürlich war Rechtsextremismus auch ein interessantes Thema für die Leute. Aber es war jetzt nicht etwas Aktuelles. Das war der Anfang. Wir haben dann gesagt, o.k. wir machen Fortbildungen für Multiplikatoren in dem Bereich, so dass die genauso gut präventiv weiter arbeiten können wie wir das tun.



**Frage: Wie ging es dann weiter?**

**S.D.:** Irgendwann hat sich die Situation geändert, nämlich dass Jugendliche in einem Informationsworkshop auf uns zugekommen sind und gesagt haben: „Wir brauchen Hilfe, wir kommen nicht mehr klar. In unserem Ort sind Rechte unterwegs und wir sind ständig im Schulbus am Argumentieren mit irgendwelchen Leuten, die mit denen zusammen hängen. Und wir wissen nicht mehr weiter.“ Dann haben sich ein paar Leute aus unserem Team, die sich sowieso mit dem Thema, also speziell Rechtsextremismus, stark beschäftigt haben, und die Beratungskompetenz haben aus dem Konfliktberatungsbereich, die Historiker, Politologen usw. sind, gesagt, da müssen wir etwas anbieten für die. Und so ist unser erstes Beratungsprojekt entstanden.

**Frage: Wann war das?**

**S.D.:** Das war Mitte 2004. Und da war auch eine merkbare Veränderung im nahen Umfeld von Frankfurt zu verspüren, was die Aktivitäten der rechten Szene anging.

**Frage: Was haben Sie da beobachtet?**

**S.D.:** Das betraf nicht unser nahes regionales Einzugsgebiet, es war natürlich ein Interessensgebiet, aber so etwas, was ein bisschen fern liegt. Und in 2004 ist das von Jugendlichen an uns rangetragen worden. Es gab verschiedene Aktivitäten, insbesondere aus dem Bereich Bergstraße, also konkret die Kameradschaft Bergstraße. Das hat sich auch in der Öffentlichkeit breit gemacht. Man konnte in der Zeitung was drüber lesen und parallel dazu sind Jugendliche damit konfrontiert worden.

**Frage: Wie lange gibt es denn schon solche Strukturen?**

**S.D.:** Die Strukturen in dieser Gegend gibt es schon lange. Das ist bekannt und das hat sich auch nicht weiter verändert. Die Fronten waren geklärt und man hörte von denen nichts. Die Qualität hat sich verändert. Ausstrahlend von der Bergstraßenregion hat sich die Öffentlichkeits-Wirksamkeit und die

im Nahraum wirkenden Begegnungen völlig verändert. Das ist ein öffentliches Auftreten, das ist ein freundliches Auftreten, z.T. hört man natürlich auch von Schlägereien. Aber das ist etwas, was normaler wird, dass man davon hört und dass die auf der Straße sind, dass es Aufmärsche gibt usw.

**Frage: Wie würden Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu Ostdeutschland im Auftreten definieren?**

**S.D.:** Die Strategie, sich auf dem Land breit zu machen, ist sicherlich vergleichbar, insofern versuchen wir auch immer, den Eindruck zu vermeiden, den die meisten haben, hier ist es ja nicht schlimm - im Osten ist es schlimmer. Das ist eine Hürde, die es zu überwinden gibt. Deswegen mache ich nicht gerne so Unterschiede. Aber natürlich gibt es Unterschiede, in der Intensität des Auftretens. Möglicherweise werden hier die Leute früher darauf aufmerksam, aber das muss überhaupt nicht so sein. Das ist ein ziemlicher Zufall, ob sich da ein paar Leute finden, die sich darüber verständigen, dass das alles nicht so in Ordnung ist, was da so läuft, also vor allem die Einflussnahme auf Jugendliche. Da gibt es vielleicht eher Strukturen, die das aufnehmen. Aber wie gesagt, das muss überhaupt nicht so sein. Und ich glaube, die Vehemenz des Auftretens ist noch nicht so stark. Wobei jetzt in letzter Zeit ist es schon bedenklich. Es gibt nicht so eine Dominanz, wie es das in Teilen Ostdeutschlands gibt. Ich habe das Gefühl, es dauert nicht mehr lange, aber das ist natürlich nur eine Mutmaßung.

**Frage: Inwiefern haben die Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland für Ihre Arbeit eine Rolle gespielt?**

**S.D.:** Wir hatten ja Beratungskompetenz im Bereich Konfliktberatung, d.h. z.B. Vermittlung in Stadtteilkonflikten. Im Grunde war das Vorgehen in so einem Beratungsfall - ohne jetzt den Inhalt zu betrachten - sozusagen da. Nichtsdestotrotz haben wir geguckt, was machen die Mobilen Beratungsteams, was macht das Zentrum Demokratische Kultur, was gibt es da an schriftlichem Material? Wir haben uns damit natürlich vertraut gemacht, um zu schauen, inwieweit unsere Vorgehensweise ähnlich ist und

davon abgesichert ist durch Erfahrungen, die da geschildert werden. Das hat natürlich eine große Rolle gespielt.

**Frage: Machen Sie auch vergleichbare Regionalanalysen?**

**S.D.:** Das ist ein wesentlicher Unterschied zur Arbeit des ZDK und der MBTs. Wir haben einfach nicht das Volumen und die Kapazitäten so was zu machen. Aber wir verzichten natürlich nicht auf eine Situationsanalyse im konkreten Fall. Wir erstellen das bezogen auf den jeweiligen Fall in Zusammenarbeit mit den Leuten. Das ist ein anderes Konzept, angelehnt an Konfliktberatung. Wir versuchen da so viel wie nötig zu machen, um vor allem die vor Ort vorhandenen Ressourcen heraus zu arbeiten. Die sind das wesentliche, um da einen Schritt weiter zu kommen.

**Frage: Frankfurt hat einen um ein Vielfaches höheren MigrantInnenanteil in der Bevölkerung als Ostdeutschland. Beziehen Sie solche Gruppen in Ihre Arbeit mit ein?**

**S.D.:** Das ist immer angestrebt, aber das ist durchaus nicht so einfach, weil viele Organisationen, die – ganz breit gesprochen - einen migrantischen Hintergrund haben, hier nicht ihr Arbeitsgebiet sehen. Frankfurt ist noch mal ein großer Unterschied zu außerhalb der Stadtgrenze. Da finden sich dann auch nicht mehr so viele migrantische Organisationen. Und in Frankfurt selbst sind die Fälle anders gelagert. Hier haben wir jetzt keine aktive Kameradschaft, die irgendwie Strukturen aufbaut, sondern es sind Einzelpersonen, die irgendwo auffallen und mit denen man sich beschäftigen muss. Also z.B. eine Institution, die Jugendliche betreut, hat einen Jugendlichen, der Kontakt zur rechten Szene hat. Das ist ein ganz anderer Ansatzpunkt, und da sind dann natürlich auch MigrantInnen im Spiel, sei es als Multiplikatoren, die mit dem Jugendlichen arbeiten oder irgendwie im Umfeld sind. Außerhalb von Frankfurt sind die schwer zu aktivieren, schwer zu finden, schwer anzusprechen.

### **Können Sie abschätzen, wie erfolgreich Ihre Arbeit ist?**

**S.D.** (lacht): Ich glaube nicht, dass wir davon ausgehen können, dass rechte Strukturen dauerhaft zurückgedrängt oder weniger Jugendliche angeworben oder mehr da rausgezogen werden. Das sind einzelne Glücksfälle, wenn so was passiert. Was erreichbar ist, dass vor Ort Strukturen entstehen. Sei es in einer Institution, sei es in einer Gemeinde, die einen dauerhaften Blick darauf haben, was passiert und im Falle irgendwelcher Veränderungen etwas tun. Wichtig ist erst mal ein Bewusstsein vor Ort, was das im Auge behält und immer wieder mühsam zu versuchen, bei jedem Schritt mehr oder weniger Schritt zu halten. Das wirkt erst mal demotivierend, das ist klar. Die Kameradschaften hören ja nicht auf, nur weil sich in einem Ort eine Initiative gründet. Da etwas am Laufen zu halten, ist ein Erfolg. Das ist aber weniger unsere Sache, als die der Leute vor Ort. Wir versuchen, sie so gut wie möglich zu begleiten und ihnen Motivation durch Impulse mitzugeben, aber mehr können wir eigentlich nicht tun. Wir können da nur begleiten.

### **Frage: Haben Sie einen Austausch mit anderen MBTs?**

**S.D.:** Direkten Austausch nur, wenn es sich ergibt, auf Tagungen usw., das ist jetzt nichts Organisiertes. Wir versuchen uns zunächst mal in Hessen zu vernetzen. Wir planen eine Veranstaltung im Mai, wo wir Kontakte zu ReferentInnen, die wir eingeladen haben, knüpfen und uns auch bundesweit vernetzen wollen.

### **Frage: Wie finanzieren Sie das Angebot?**

**S.D.:** Es gibt Stellen in der JBS, die sind aber für das Kerngeschäft, wie wir es nennen. Also Ausstellung und Leitung für die pädagogische Arbeit. Es gab eine zusätzliche Stelle, finanziert durch das Entimon-Programm, in dessen Rahmen auch das Beratungsangebot aufgebaut wurde. Ansonsten sind das Honorarkräfte, die für uns in diesem Bereich tätig sind. Das ist aber jetzt Ende 2005 ausgelaufen. Wir haben schon im letzten Jahr versucht, eine Anschlussfinanzierung zu bekommen. Jetzt hat uns eine Stiftung zugesagt, im Falle eines Beratungsvorhabens, was hier in der Region ist – das ist die Einschränkung – das finanzieren zu wollen in

Zusammenarbeit mit der Initiative, die da vor Ort aktiv ist. Was nicht gedeckt ist, ist die Arbeit mit Schulen oder mit öffentlichen Einrichtungen, die ein Problem haben, weil die eigentlich das Geld selber aufbringen müssen. Da ist das Problem, dass wenn eine einzelne Person ein Problem hat, dann kann man schwer eine Fortbildung für die machen. Für die Einzelperson eine Beratung zu machen, ist häufig finanziell schwer durchzusetzen. Da wäre es wichtig, noch eine Möglichkeit zu finden, das abzudecken. Also dass sich jemand einfach mal zu uns hinsetzen, seine Situation schildern und dann irgendwelche Maßnahmen mit uns planen kann. Diesen Anfangsprozess zu finanzieren ist unheimlich schwierig. Wenn es mal am Laufen ist, dann ist es einfacher zu sagen, wir brauchen eine Fortbildung für so und soviel Leute und die muss finanziert werden.

**Frage: Wie stellen Sie sich die Zukunft Ihrer mobilen Beratung vor?**

**S.D.:** Ich habe ja schon angedeutet, dass sich die Strukturen in der rechten Szene „verbessern“ und wir mit Teilgebieten oder Orten rechnen müssen, wo die dominant werden. Für uns wäre es erst mal wichtig, abseits von dieser Regionalförderung, dass wir institutionelle Fälle betreuen könnten, die selber kein Geld haben, aber das brauchen, vor allem Schulen. Alles was mit Jugendeinrichtungen zu tun hat, die das für ihr Personal selbst bezahlen müssten, da müsste es unbedingt ein Angebot geben. Das heißt nicht, dass wir das unbedingt machen müssten, aber hessenweit müsste viel mehr getan werden. Wir versuchen für den Bereich der Beratung eine Förderung zu bekommen, das ist für uns erst mal wichtig, aber natürlich wäre es auch gut, das im Verbund mit noch mehr Institutionen zu machen, um nicht jedes Mal das Rad neu zu erfinden. Das kostet einfach unheimlich viel Zeit, sich jedes Mal regional einzuarbeiten.

## 8.2 Interview mit Friedemann Bringt

Friedemann Bringt ist Leiter der Mobilen Beratung im Kulturbüro Sachsen e.V.. Das Interview führte der Autor per e-mail. Es wurde leicht überarbeitet und gekürzt.

**Frage: Herr Bringt, Sie arbeiten seit sechs Jahren in der Mobilen Beratung. Wie hat sich dieser Ansatz aus Ihrer Sicht verändert?**

**Friedemann Bringt:** Mobile Beratung hat seit ihrer Einführung 1992 in Brandenburg mehrere Phasen durchlaufen:

Zu Beginn der Brandenburger MBT's (Phase 1 des Ansatzes Mobile Beratung) stand die Konzeptentwicklung und die Etablierung der Denkfigur, dass die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und deren Fundamentierung mit den freiheitlich-bürgerlichen Werten der Aufklärung die für Ostdeutschland richtige Antwort auf den aggressiven Rechtsextremismus einerseits und den grassierenden Alltagsrassismus der Mehrheitsgesellschaft andererseits sei.

Mit dem rot-grünen Bundesaktionsprogramm gegen Rechtsextremismus und seinem Förderprogramm CIVITAS wurde der Ansatz ab 2001 strukturierter, nach außen transparenter und wissenschaftsnäher (Phase 2 des Ansatzes Mobile Beratung). Einerseits organisierte sich die Szene der mobilen Beraterinnen und Berater für Demokratieentwicklung über Qualitätsentwicklungszirkel und internen Fachaustausch, beschrieb das Profil Mobiler Beratungsarbeit und publizierte ein Handbuch der Mobilen Beratungspraxis (MBR Berlin/Kulturbüro Sachsen 2004). Verschiedene Best-Practice-Beispiele von Beratungsprozessen und -systematik aus der Mobilen Beratungsarbeit wurden veröffentlicht (Bulletin 2/2004). Andererseits wurde das Bundesprogramm und damit auch die Arbeit der MBT's vom Heitmeyer-Lehrstuhl wissenschaftlich evaluiert. Diese Evaluation ist, da sie nur stichprobenartig erfolgen konnte und sehr politisch gesättelt war, sicher kritisch zu betrachten, brachte gleichwohl aber eine öffentliche und politische Stärkung des Ansatzes lokaler sozialräumlicher Interventionen und Gemeinwesenentwicklung über Kommunikationscoaching, Netzwerkarbeit und Hilfe zur Selbsthilfe.

Darüber hinaus bemühten sich einige Projektleitungen mobiler Beratungsteams, allen voran die Teams vom MBR Berlin und dem Kulturbüro Sachsen, um einen organisierten Wissenschafts-Praxis-Austausch, der in mehreren Tagungen und Symposien seinen Ausdruck fand und Arbeitsergebnisse bzw. Tendenzen in die Praxis der Mobilen Beratung einerseits und die wissenschaftliche Debatte andererseits zurückspiegelte. So bewegten sich Wissenschaft und Praxis vorsichtig aufeinander zu. Das Konzept der Mobilen Beratung wurde in dieser Phase mehr an Wissenschaftsdiskurse der Sozialwissenschaften (vor allem Soziologie und Sozialpädagogik) herangeführt, als dies noch im Brandenburger Modell der Fall war. Sozialraum- und Lebensweltorientierung wurden als handlungsleitend für die Konzeption Mobiler Beratung eingestuft, wobei beide Konzepte zwei Seiten der selben Medaille darstellen: Einerseits geht es in unserer Arbeit um Menschen, deren Lebenslagen und Bedürfnisse. Wir müssen sozial-kulturelle Probleme (und als solches sehen wir den Rechtsextremismus) von den heutigen, konkreten Bewältigungsaufgaben, wie sich Menschen in ihrer Lebenswelt den Ressourcen und den Problemen dieser Lebenswelt stellen verstanden werden. Lebensweltorientierung also meint die radikale Bestimmung der Aufgaben und Dienstleistungsangebote der Sozialen Arbeit von den AdressatInnen, von ihren Erfahrungen, von ihrem Verständnis, von den Stärken und den Belastungen in der Lebenswelt her. Der Begriff der Lebenswelt verdeutlicht, dass es hierbei im wesentlichen um die 'inneren Landkarten', die 'mind maps' geht, die die Einstellungen und das Verhalten von Menschen in sozialen Räumen mit bestimmen und durch die Verfasstheit von sozialen Räumen mit bestimmt werden. Hier tritt die andere Seite der Medaille zutage: der Sozialraum das soziale System, in dem sich die Individuen bewegen. Der Begriff 'Sozialraumorientierung' vermittelt gegenüber dem Lebensweltkonzept eine infrastrukturelle Vorstellung. Als Ausgangspunkt dienen nicht die von den Individuen ausgehenden Analysen, sondern die räumliche Struktur und die in dieser räumlichen Struktur vorhandenen, zu bewertenden und zu gestaltenden infrastrukturellen Ausstattungen. Anders als bei der Lebensweltorientierung ist der Denkansatz nicht auf das Individuum gerichtet, sondern auf den geographischen und administrativen Bezug, auf dessen Grundlage Infrastruktur betrachtet wird. Somit wird auch die

räumliche Flexibilität des Lebensweltkonzeptes verlassen: Mit der Sozialraumorientierung wird eine räumliche Begrenztheit konstituiert, weil nur in räumlichen Grenzen Analysen und Handlungsperspektiven konzipiert werden können.

Mit dem Ende des Bundesmodellprogramms CIVITAS und den in der großen Koalition zu erwartenden Veränderungen im Fördervolumen und -spektrum stehen wir nun vor Phase 3 des Ansatzes Mobile Beratung. Diese Phase werden, so ist heute zu befürchten, nicht alle bisherigen Mobilen Beratungsteams überstehen, ist doch die konservative Landesregierung in Thüringen aus ideologischen Gründen nicht bereit, in die Förderung der Strukturprojekte aus dem Bundesprogramm einzusteigen. Zumindest nicht bei Trägern, die nicht eindeutig von Seiten der Landesregierung steuerbar sind. Aus diesem Grunde musste das alte Opferberatungsteam bereits seine Arbeit einstellen und wurde durch einen der Landesregierung genehmen Träger namens *Drudel 11* ersetzt. Zu vermuten ist weiterhin, dass auch die bisher homogenen Beratungsansätze (sicht man von einem Team bei der Stiftung SPI in Berlin ab) sich diversifizieren werden und nicht mehr alle nach den (mehr oder weniger) selben Kriterien und konzeptionellen Hintergründen beraten werden.

**Frage: Sie waren in Brandenburg tätig und nun in Sachsen. Gibt es Unterschiede in Bezug auf Konzeption und Umsetzung des Beratungsangebotes in den beiden Bundesländern?**

**F.B.:** 1999 schrieb ich meine Diplomarbeit zum Thema *„Rechtsextreme Jugendkulturen als Herausforderung sozialpädagogischer Bildungskonzepte. Eine Analyse zu Habitus und kultureller Identität im Interesse der Übertragung auf den Muldentalkreis und Möglichkeiten der sozialpädagogischen Intervention nach dem Modell der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule(RAA) in den Neuen Bundesländern.“* Ich war demnach nicht im Brandenburger MBT beschäftigt, sondern habe für meine Diplomarbeit die dortigen Arbeitsansätze analysiert.

Die Arbeitsansätze des Brandenburger MBTs und des Kulturbüro Sachsen e.V. unterscheiden sich nicht sehr stark voneinander. Es gibt aber unterschiedliche Rahmenbedingungen, die sich auf die Arbeitsansätze auswirken: Während es in Brandenburg, ausgehend von einer



Ampelkoalition zum Beginn der 90er Jahre immer eine gesellschaftlich offene Debatte über Rechtsextremismus als öffentliche Gefährdung gab, die in ein Landesprogramm 'Tolerantes Brandenburg' mündete, aus dem lokale Aktivitäten und Initiativen gefördert und neue Bildungskonzepte entwickelt wurden, fehlte diese öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung in Sachsen über Jahre hinweg völlig.

Während in Brandenburg die RAA für Projektarbeit und Bildungskonzepte (bspw. Gedenkstättenarbeit, historische Bildung aber auch Menschenrechtsbildung bzw. Demokratiepädagogik) in Schule und Schulumfeld zuständig war, gab es in Sachsen nur zwei marginale RAA's in Leipzig und Hoyerswerda, die auf Landesebene nicht auftauchten.

Wir entschlossen uns, bei der Konzeption der Mobilen Beratungsarbeit im Kulturbüro Sachsen daher explizit auf kulturelle Jugendarbeit als thematisches Feld und demnach Bildungsarbeit (vor allem für Multiplikatoren, LehrerInnen und Soz-Päds), Erinnerungspädagogik oder punktuelle lokale Projektarbeit ('Leuchttürme für demokratische Kultur') zu setzen. Dieser, wir sagen: kulturorientierte Ansatz der MBT-Arbeit in Sachsen, kommt einerseits in unserem Namen zur Geltung, ist Ergebnis der Analyse der Brandenburger Verhältnisse bzw. dessen, was wir für Sachsen für notwendig hielten und äußert sich andererseits in einem analytisch-wissenschaftlichen Verständnis von Soziokultur, welches unserer Arbeit zu Grunde liegt. Kurz zusammengefasst geht es um die Frage, wie wir mit unseren demokratischen, menschenrechtsorientierten Werten den gesellschaftlichen Diskurs einer Kommune/eines Sozialraumes dominieren können.

Mit dem Konzept der Soziokulturellen Animation versuchen wir, europäische Vorstellungen der Kommunalentwicklung mittels Nutzung sozialer und kultureller Ressourcen für unsere Arbeit nutzbar zu machen. Soziokulturelle Animation ist ein Fachgebiet der sozialen Arbeit, welches man in der Schweiz, bspw. in Bern oder Basel studieren kann und im deutschen Sprach- und Wissenschaftsgebrauch am ehesten der Gemeinwesenarbeit entspricht. Nur leider gibt es in der BRD seit den frühen 90er Jahren keinen grundständigen universitären bzw. fachhochschulischen Ausbildungsgang zur Gemeinwesenarbeit mehr. Dies kann man nur noch als Aufbaustudium, bspw. als Masterstudiengang in München bekommen.

Wir unterscheiden uns mit diesem aus dem französischen Kultur- und Sprachgebiet stammenden Begriff inhaltlich auch von den, auf amerikanischen Konzepten der Chicago School aufbauenden Begrifflichkeiten des ZDK Berlin bzw. des MBR Berlin, welche statt Soziokulturelle Animation den Begriff Community Coaching bevorzugen. Die anderen MBTs sind (ohne anmaßend zu sein) – leider – inhaltlich bzw. wissenschaftlicherseits nicht so in die Tiefe der Materie vorgedrungen, wie die Berliner bzw. wir Sachsen und orientieren sich mehr oder weniger am Berliner Vorbild, welches ja in den letzten Jahren durch ZDK und AAS auch einige Wirkung in der Fläche erzeugen konnte. Der kulturorientierte Ansatz unterscheidet uns demnach auch von allen anderen MBTs in Ostdeutschland.

Noch ein Unterschied zum Brandenburger Ansatz, der ja für uns alle Vorbild ist: wir können aufgrund der anderen gesellschaftlichen Lage nicht über Verträge kommunale Beratungsaufträge vereinbaren und ggf. finanzieren, wie das die Kollegen in Brandenburg machen. Oft haben wir, obwohl wir seit mittlerweile einem Jahr auch ein Landesprogramm und damit auch eine politische Legitimation für unsere Arbeit aus dem Land haben, noch immer das Problem, dass wir als ungebetene Gäste bzw. Nestbeschmutzer erscheinen, die marginalisiert und herausgedrängt werden müssen, statt sich mit uns über konkrete Beratungsleistungen und -vereinbarungen zu unterhalten. Das hat sich schon über die letzten Jahre gebessert, ist aber noch immer ein Hemmnis.

### **Frage: Welche Rolle spielen Genderaspekte in der Beratungsarbeit?**

**F.B.:** Genderorientierte Arbeit erfolgt bei uns einerseits darüber, dass alle unsere Teams gemischgeschlechtlich sind und somit bei bestimmten Beratungssituationen geschlechtsorientiert arbeiten können. So können die Mitarbeiterin und der Mitarbeiter des jeweiligen Teams flexibel auf die konkrete Beratungssituation bzw. den/die GesprächspartnerIn reagieren. Manchmal ist es dabei hilfreich, das Team zu trennen und in Einzelgesprächen zu Versuchen, Fortschritte für den Prozess zu erarbeiten. Dabei gilt es immer wieder, unterschiedliche kommunikative Hürden zu überwinden: Misstrauen, Unsicherheit, Ängste der verschiedensten Art können Beratungsprozesse behindern. Nicht alle diese Hindernisse können

in der (Halb-) Öffentlichkeit angesprochen oder gar bearbeitet werden. Geschlechtsspezifische Beratung kann eine Möglichkeit sein, Hindernissen zu überwinden und Menschen für prozesshaftes Arbeiten zu gewinnen. Wir beobachten, dass bspw. im Jugendhilfe- Bereich Ansätze aus der Jungen- und Männerarbeit aber auch aus der Mädchen- und Frauenarbeit bei Beratungsprozessen eine immer größere Rolle spielen. Da nicht alle BeratungsnehmerInnen über entsprechende Konzepte Bescheid wissen oder die Kompetenz haben, solche Konzepte selbst zu entwickeln, treten wir hier als Vermittler und/oder KonzeptberaterInnen auf.

Bei unseren vielfältigen Kontakten mit ehrenamtlich engagierten Menschen ist es wichtig, familiäre Prozesse bzw. Grenzen einzuberechnen, sollen junge Familien bzw. Eltern in unsere Demokratisierungs- und Beteiligungsprozesse eingebunden werden/bleiben. So sind die klassischen Termine von Versammlungen und Bildungsveranstaltungen zwischen 19.00 und 20.00 Uhr nachteilig, sollen junge Familien/Eltern teilnehmen können, was bei Planungsprozessen und Absprachen beachtet werden muss.

Darüber hinaus spielt es für Kommunikationsprozesse in lokalen Beratungsprojekten eine entscheidende Rolle, das Diskussionsverhalten/die sozialen Kompetenzen von Partnern gut einschätzen und ggf. stärken zu können. Hier ist es einerseits notwendig, sich selbst zurückzunehmen und den lokalen Akteuren das Feld zu überlassen und diese zu begleiten bzw. sich als Serviceinstanz für diese zu verstehen. Andererseits müssen lokale Verständigungsprozesse auch in Richtung Chancengleichheit gelenkt bzw. von außen beeinflusst werden. Hier kommt der oft von Mobilien BeraterInnen übernommenen Moderations- und Dokumentationsarbeit eine wichtige Aufgabe zu. Es gilt, Frauen und Männer in ausgewogener Weise zu Wort kommen zu lassen, ggf. Menschen, die mit ihrer (manchmal entscheidenden Meinung) hinterm Berg halten zu bestärken und andere zu bremsen.

Schließlich können Genderaspekte auch strategische Ressourcen sein. So können Mobile BeraterInnen durch ein Projekt im Kindergarten bzw. Schulumfeld gezielt an Personenkreise (sehr oft sind es hier Frauen) herankommen, die bei anderen Prozessen fehlen, um sie in die für uns relevanten Prozesse einzubinden.

**Frage: In der Literatur wird die Frage nach Erfolgen sehr vorsichtig beantwortet. Wie stellt sich das aus Ihrer Sicht dar?**

**F.B.:** Es gibt viele verschiedene Ebenen von Erfolg unserer Arbeit:

Metaebene: Zuallererst halte ich es für einen Erfolg, dass es uns – trotz aller Widrigkeiten zwischen Bundes- und Landespolitik und der diversen Widerstände aus der politischen und gesellschaftlichen Landschaft – noch immer gibt. Das ist einerseits ein strategisch-taktischer Erfolg, andererseits ein wissenschaftlich-praktischer.

Mezzoebene: Der Aufbau und die erfolgreiche Zusammenarbeit in verschiedenen Kommunikationsstrukturen und Netzwerken ist ein weiterer Erfolg unserer Arbeit. So gibt es in Sachsen seit 2001 das Landesnetzwerk 'Tolerantes Sachsen' dessen Lobbyarbeit es unter anderem zu verdanken ist, dass wir ein Landesprogramm haben und das die Förderkriterien in unserem Sinne festgelegt wurden. Auf Bundesebene gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit dem Facharbeitskreis Rechtsextremismus der SPD-Bundestags-Fraktion und einigen wichtigen Figuren in diversen Parteien (Müntefering, Platzeck, Jusos, etc.) und es gibt eine 'Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung', die sich demnächst öffentlich outen wird.

Dass wir in Sachsen bisher in ca. 80% aller Kommunen tätig waren, bekannt und zunehmend als kompetent und fachlich anerkannt sind, ist ebenfalls ein Erfolg und an zunehmenden partnerschaftlichen Kontakten auf Augenhöhe mit lokalen und regionalen Verwaltungen (Jugend- und Ordnungsämtern, Bürgermeistern, etc.) ablesbar.

Erfolge sehen wir aber auch schon dann, wenn sich in der evangelischen Kirche ein Arbeitskreis 'Biblisches Menschenbild und rechtsextreme Ideologie' gründet oder drei politische Bildungswerke (FES; Böll-, Konrad-Adenauer-Stiftung) miteinander einen Landespräventionstag gegen Rechtsextremismus veranstalten. Alle diese Projekte gehen auf unsere Initiative zurück und werden teilweise stark von uns personell unterstützt, sind aber nach außen hin der Erfolg von Anderen/Partnern.

Mikroebene: Es gibt natürlich erfolgreiche Beratungsprozesse, die wir - wenn die jeweiligen Partner dem zustimmen - auf unserer Homepage und diversen Publikationen präsentieren. So nennen wir in unserer Imagebroschüre die Beratungsprozesse zur Neukonzeptionierung der lokalen Jugendarbeit in Bernsdorf bei Hoyerswerda oder das Schulungsprojekt „Couragiert handeln“ der Leipziger Verkehrsbetriebe und die Gründung der Bürgerinitiativen „pro zivilcourage“ in Aue als Erfolge. In letzter Zeit kamen hierzu noch die Arbeit der Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus in Reinhardtsdorf-Schöna oder die Verhinderung des Neonaziaufmarsches am 11. 2. 2006 (vgl. unsere gut sortierte Homepage unter :

[http://www.kulturbuero-sachsen.de/diese\\_stadt\\_hat\\_nazis\\_satt.php4](http://www.kulturbuero-sachsen.de/diese_stadt_hat_nazis_satt.php4)) hinzu. Erfolge sehen wir aber auch schon dann, wenn Bürgermeister mehr zuhören als bisher, wenn die Stadt Löbau mit uns zusammen eine Tagung mit Spätaussiedlern organisiert, auf der sich ein landesweites Spätaussiedlernetzwerk gründet, wenn das sächsische Staatsschauspiel, weil es ein Stück zum Thema Rechtsextremismus erarbeitet, uns um Hilfe und Beratung anfragt, etc.

**Frage: Wie wird die Arbeit ausgewertet? Gibt es wissenschaftliche Begleitung oder evaluieren Sie sich sozusagen selbst? Und wenn ja, wie sieht das aus?**

**F.B.:** Es gibt eine wissenschaftliche Begleitung aus dem Bundesprogramm CIVITAS und derzeit diskutiert der Beirat des Landesprogramm 'Weltoffenes Sachsen', aus dem wir 40% unserer Mittel beziehen, eine wissenschaftliche Begleitung auf Landesebene. Außerdem gibt es in unserem Team Kollegiale Fallberatung, d.h. bei jeder Teambesprechung wird ein Fall länger vorgestellt und diskutiert und wir haben Teamsupervision, auf der bei Bedarf ebenfalls ein Fall intensiv diskutiert wird. Wir haben ein standardisiertes internes Berichtswesen, das wir nach dem Brandenburger Vorbild 'Baustellenbericht' nennen und in dem wir uns gegenseitig unsere Fälle und die diesbezüglichen Fragen mitteilen. Außerdem zählen wir für unsere Jahresberichte einige Quantitäten unserer Arbeit und vergleichen diese mit den Vorjahresergebnissen.

Trotzdem wäre eine längerfristige wissenschaftliche Begleitung unseres Teams sehr wünschenswert, denn unsere bisherige Selbstevaluation ist nicht befriedigend. Leider sind alle unsere diesbezüglichen Versuche bisher fehlgeschlagen. So beantragten wir eine Viertel-Stelle für wiss. Begleitung bereits in unserem Urantrag bei CIVITAS 2001 und wurden abgelehnt; sind seit zwei Jahren dabei für unsere Sozialraumanalysen/Gemeindeporträts eine wissenschaftliche Begleitung finanziert zu bekommen - bisher umsonst und hoffen nun wieder auf neue Möglichkeiten durch das Landesprogramm.

Insgesamt würde ich es so einschätzen: wir haben beim Thema Evaluation/Steuerung/wissenschaftliche Auswertung qualitativ hohe Standards, verglichen mit anderen Akteuren im Feld, würden aber gerne noch besser sein. Nicht alle unsere diesbezüglichen Ressourcen und internen Daten werden auch extern überprüft/ausgewertet und so fehlt uns manchmal ein steuerndes Element von außen.

**Frage: In Westdeutschland hat sich Rechtsextremismus in den letzten Jahren stark verändert. Es scheint, als ob Strategien aus Ostdeutschland nach Westdeutschland 'exportiert' werden. Bekommen Sie das in der Arbeit vor Ort mit? Werden z.B. westdeutsche Kader in Sachsen geschult?**

F.B.: Von einer systematisierten Schulung von Kadern in Sachsen für Westdeutschland oder auch nur andere Bundesländer kann ich nicht sprechen. Zwar gibt es entsprechende Tendenzen und Versuche, die teilweise - wie bei der öffentlichen Gründung der sog. 'Dresdner Schule' bzw. des 'Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e. V.' - schon durch die Medien geistern. Allerdings verbirgt sich hinter diesen vollmundigen Ankündigungen der extremen Rechten bisher nicht viel. Trotzdem werden erfolgreiche Konzepte aus dem Osten in den Westen übertragen, etwa die neue Form der Kooperation zwischen freien Kräften und NPD oder DVU, die soziokulturelle Vorfelddarstellung, die wirtschaftliche Verankerung durch Tattoo-Shops, Versandhandel und Klamottenläden, die Abkehr vom martialischen Auftreten und stattdessen das Versteckspiel und die Übernahme von Codes anderer Subkulturen.

Der Methodenexport kommt, meines Erachtens nach, einerseits dadurch, dass ostdeutsche Kader wegen Arbeitssuche nach Westdeutschland gehen und dort auf die rechtsextremen Netzwerke als soziales Netz bzw. Betätigungsfeld zurückgreifen (können). Andererseits sehe ich die Methoden und Themen des modernen Rechtsextremismus in einem globaleren Zusammenhang. Die Strategien und Themen der 'Neuen Rechten', wie z. B. von Alain de Benoist, Peter Dehoust, Horst Mahler, Reinhold Oberlercher oder des nunmehr in Sachsen als Leiter des parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD agierenden Karl Richter gewinnen, nach dem erfolgreichen Feldversuch in Sachsen, an SympatisantInnen und Gefolgschaft. In Sachsen, zunehmend in Mecklenburg Vorpommern und Thüringen, ist zu beobachten: die Strategie der bürgerlichen Fassade, der Klau vermeintlich linker (Dress-) Codes und Themen (Antiglobalisierung, deutscher Sozialismus/Nationalsozialismus, BürgerInnenbeteiligung und Zivilcourage, etc.) und die Modernisierung der Kommunikation zeitigen Erfolge und machen Spaß. Demnach gibt es keinen Ost-West-Transfer sondern einen Intellektuellen-Praxis-Transfer. Man könnte auch sagen: erst kamen nach der Wende Rechtsintellektuelle nach Ostdeutschland und trafen auf eine Gesellschaft, in der deren Ideen freudig aufgenommen wurden und kräftig weiter wucherten. Der Samen wuchs in humusreicher Erde im Gewächshaus Ostdeutschland und vermehrte sich. Nun werden die Senker, der vervielfachte Samen, reimportiert. Dabei spielen nach meiner Einschätzung weniger Schulungszentren eine Rolle als Praxistests im kommunalen Nahraum. Die extreme Rechte macht dieselbe Leuchtturmpolitik wie wir und verwendet dieselben (soziokulturellen) Methoden wie wir. Nur ist sie schon seit mehr als 20 Jahren (also schon vor der Wende) in bestimmten Regionen Sachsens/Ostdeutschland verankert, wovon Politik und Öffentlichkeit lange Zeit nichts wissen wollten. Die Entwicklungen der letzten 20 Jahre zurückzudrehen bzw. positiv zu verändern dauert lange, weil Einstellungsänderungen 15-20 Jahre dauern, ehe sie spürbar werden. Nur will auch heute davon niemand etwas wissen. Alle fragen stattdessen nach Erfolgen, Effizienz oder unterstellen Missbrauch von Steuergeldern für linke Projekte.

**Frage: Sie waren an der Diskussion eines 'Positionspapiers zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Ost- und Westdeutschland' beteiligt. Darin wird betont, dass der Westen von den Erfahrungen der Beratung in Ostdeutschland lernen könnte. Was können die alten Bundesländer von den neuen lernen?**

**F.B.:** Ich denke der Umgang, den wir mit dieser Problematik gefunden haben, also die strategische Grundthese 'Arbeit für demokratische Kultur ist Arbeit gegen Rechtsextremismus' ist ein neuer und nachahmenswerter Ansatz. Ebenso sind die wissenschaftlichen Untersetzungen dieser These mit Analysetechniken (Sozialraumanalyse; Bourdieus Theorie zum sozialen Feld und seine Ressourcenanalyse) und die von uns angewandten bzw. neu entwickelten Methoden (nach Vorbild der Chicago School Mitte der 1920er Jahre des 'Problem Solving Model' und der 'Planned Change Theorie' von van Bennis, Benne & Chin von 1961) neue, bzw. in Vergessenheit geratene Handlungsansätze, die weit über das direkte Problem 'Rechtsextremismus' hinausweisen und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft (wie gerecht ist unsere Gesellschaft, wer wird aus welchen Gründen ausgeschlossen, was ist echte Partizipation und was bedeutet Social Cohesion?) grundlegend und ganzheitlich in den Blick nehmen. Alle unsere Arbeitsansätze sind systemisch, d.h. sie gehen von einem Verständnis von Gesellschaften als sozialen Systemen aus, beziehen das Selbstbeharrungsvermögen solcher Systeme ein und entwickeln davon ausgehend Veränderungsszenarien bzw. Handlungsansätze, um von außen Systeme zur Selbstveränderung zu animieren. Dazu benötigen sie ein Verständnis von Diskursen, die auch noch dominiert werden sollen, müssen Schlüsselpersonen für solche Diskurse erkennen und beeinflussen können und verwenden dazu Technologien der Soziologie, Politologie, Psychologie, (Sozial-) Pädagogik, etc.

**Frage: In dem Papier heißt es auch, dass die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Gegenmaßnahmen genau analysiert und konzipiert werden müssten. Können Sie etwas über Gemeinsamkeiten sagen?**



**F.B.:** Wenn wir auch gleichsam im Feldversuch Ostdeutschland stehen und auf die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre Antworten entwickeln, dann sind diese Antworten auch für westdeutsche Regionen interessant, die mit ähnlichen Problemlagen zu kämpfen haben (Überalterung, Landflucht, Arbeitslosigkeit und verschlafene Transformationsprozesse, in der Folge Wohlstandschauvinismus und Standortnationalismus als Humus für extrem rechte Ideologien, ...). Demnach sind auch im Westen sozialräumliche Strategien vonnöten, die auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten reagieren und mit den vor Ort vorhandenen Ressourcen Veränderungsprozesse in Gang setzen. Wie die jeweiligen Ausgangslagen sind, ist immer im konkreten Fall zu analysieren und auf dieser Grundlage lokale Handlungsempfehlungen und – konzepte zu erarbeiten.

Normative Grundlage für alle diese Konzepte muss ein qualitatives Verständnis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (so der Begriff der Verfassungsrichter und später des Verfassungs- und Staatsschutzes), also die verbrieften und universalen Menschenrechte, die in den ersten 25 Artikeln des GG aufgeführt werden. Konzepte der Menschenrechtsbildung sind demnach auch in Westdeutschland zu entwickeln bzw. auszubauen und jedwede Intervention/Beratung muss in der Solidarität mit den Opfern rechtsextremer Gewalt ihren Ausgangspunkt haben.

**Frage: Was wären Unterschiede zunächst mal in der Ausgangslage?**

**F.B.:** Ich sehe einerseits Unterschiede in der Qualität und der Quantität der Zivilgesellschaft: Es gibt im Westen mehr und anders gelagerte Vereine. Es gibt eine Geschichte der Zivilisierung nach der Nazibarbarei durch Bildungsarbeit der Alliierten, aber auch durch Wohlstand, die der Osten nicht vorzuweisen hat. Dazu kommt die befreiende Erfahrung der 68er Bewegung, die gelebte Diskursethik und eine so geprägte Generation an den Schalthebeln der Macht, die vielleicht für unsere Themen, egal in welcher Partei, zugänglicher wären, als sich die Schlüsselpersonen in Ostdeutschland zeigen. Dinge, die im Osten von PDS-Bürgermeistern gesagt oder getan werden, würde (sich) in NRW kein CDU-Politiker wagen/denken. Diskurs(MACHT): Es gibt im Westen einen anderen gesellschaftlichen Mainstream in dem extrem rechte Äußerungen oder Gesinnungen (noch)

tabu sind, der von interkulturellen Erfahrungen der Nachkriegsgeneration lebt. Hier hat es demnach die extreme Rechte schwerer, Diskurse zu prägen oder zu dominieren.

**Frage: Was wären aus Ihrer Sicht Unterschiede in der Übertragung der Arbeit eines MBT?**

**F.B.:** Stimmen diese obigen Annahmen, müssten im Westen weniger kulturelle bzw. bildungsorientierte (Bildung ist in unserem Verständnis auch Kultur) Methoden angewendet werden als im Osten. Wichtig wären in dieser Situation vielmehr analytische Kompetenzen und sozialräumliche Konzeptarbeit, um den Handelnden mehr Hintergrundwissen, Handlungsstruktur und Orientierung zur Seite zu stellen. Rechtsextreme Strukturen oder Diskurse, die im Osten offen(er) zu Tage treten, müssten im Westen für die Öffentlichkeit verständlich dechiffriert werden. Hier könnte dann doch eine Chance für Bildungsarbeit liegen.

Strategisch könnte ich mir für den Westen eine stärkere Anbindung an die (lokale) Wirtschaft bzw. einen stärkeren lokalökonomischen Bezug vorstellen, denn hier vermute ich mehr Offenheit für wirtschaftsethische Variationen unseres Themas als ich das aus dem Osten kenne, wo Unternehmensführungen unisono über die schlechte Lage jammern und höchstens Sport durch Sponsoring fördern. Außerdem vermute ich im Westen ein größeres ökonomisches Potenzial für Bürgerstiftungen, als einer Voraussetzung für lokale Projektarbeit und Entwicklungsplanung.

**Frage: Wohin wird sich Mobile Beratung in Zukunft entwickeln (müssen)?**

**F.B.:** Zur Sicherung der Finanzierung schlage ich einerseits eine Diversifizierung der Fördermittel vor, d.h. mehr und verschiedene Fördergeldgeber, dafür aber auch mehr politische Unabhängigkeit, die wir für unser Alltagsgeschäft dringend benötigen. Strategisch vorrangig finde ich dabei, an die EU-Fördermittel zur Strukturentwicklung zu kommen. Könnten wir demokratische Kultur, BürgerInnenbeteiligung und Menschenrechte als Investitionsfaktor in der EU etablieren, müsste also jede Investition in die Strukturentwicklung auch demokratischen Kriterien

entsprechen, hätten wir neue Beratungsfelder, könnten Wirtschaftsunternehmen Regionalentwicklungskonzepte beraten und wir würden über ganz andere Summen reden als bisher. Andererseits würden wir so unser Thema ganz anders etablieren können und das wäre in meinen Augen ein inhaltlicher Gewinn.

Zunehmen wird in jedem Fall die Frage Finanzierungsformen für lokale Projektarbeit. Hier müssen MBT's Antworten finden bzw. KnowHow in Beantragung, Mittelverwaltung und etc. mitbringen. Eine solche - dabei sogar partizipativ angelegte - Antwort, könnten Bürgerstiftungen sein, wie sie die Amadeu-Antonio-Stiftung auf bisher zahlenmäßig sehr niedrigem Niveau berät/fördert.

Mehr sozialraumorientierte Planungsprozesse durchführen/begleiten und so die Trumpfkarte der externen Fachberatung spielen (Analyse und darauf aufbauende Strategieentwicklung). Dieses KnowHow sollten wir dann auch anderen (Regional-) Planungsprozessen zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass wir bei der Strukturentwicklung ländlicher bzw. benachteiligter Regionen unser Thema Demokratieentwicklung, BürgerInnenbeteiligung und den aufgeklärt-humanistischen Bürgersinn einbringen.

Perspektivisch benötigen wir VertreterInnen aus unsere Szene in der (Hochschul-) Ausbildung, um unseren Nachwuchs selber auszubilden. Erfahrungsgemäß fällt es schwer, unsere anspruchsvollen Stellen adäquat zu besetzen. Dazu müssten einige von uns aus der Praxis in die Wissenschaft und die Lehre wechseln bzw. zwischen Wissenschaft und Praxis pendeln. Darüber hinaus benötigen wir eine europäische Vernetzungsebene von Projekten mit vergleichbaren Theorie- und Arbeitsansätzen, um die eigene Arbeit durch einen umfassenden Fachaustausch qualifizieren zu können und uns im europäischen Kontext aufzustellen.

### 8.3 Interview mit Lorenz Korgel

Lorenz Korgel arbeitet bei der RAA (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V.) in Berlin und ist Koordinator der Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland. Das Interview wurde leicht auf Rechtschreibung bearbeitet.

**Frage: Herr Korgel, wie stellt sich aus ihrer Sicht der (un-) organisierte Rechtsextremismus in Westdeutschland zur Zeit dar? Welche neuen Entwicklungen gibt es zu verzeichnen?**

**Lorenz Korgel:** Aus der Ferne betrachtet, scheint der Rechtsextremismus in Westdeutschland einerseits von seiner 'klassischen' Erscheinungsform und andererseits auch von 'aktuellen' Erscheinungsformen gekennzeichnet zu sein. 'Klassisch' bedeutet: starke parteiförmige Verankerungen, Verankerung in national-konservativen Formationen (Burschenschaften, Denkzirkel etc.), große Zersplitterung der Szene (zahlreiche Kleingruppen, Interaktion zwischen Kameradschaften und NPD funktioniert nur unzureichend etc.). Gleichzeitig zeigen sich auch aktuelle Tendenzen und Entwicklungen: Der Versuch, diskursiv an die Themen 'linker' Bewegungen anzuknüpfen (soziale Frage, Globalisierung, Antiimperialismus), der Versuch, im Habitus und Lifestyle 'modern' zu erscheinen und lokal orientierte Strategien sollen Rechtsextremismus im Alltag etablieren usf.

**Frage: Wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Ost und West?**

**L.K.:** Im Osten scheint die Akzeptanz rechtsextremer Dominanz im Alltag noch weiter verbreitet zu sein. Im Osten gibt es ein höheres Niveau rechtsextremer Gewalt. Im Osten gibt es eine funktionierende Arbeitsteilung und Interaktion zwischen Kameradschaften und NPD. Im Osten gibt es ein hohes Niveau rechtsextremer 'Erlebniswelten' (Freizeit- und Konsumangebote der rechtsextremen Szene), im Osten sind die lokalen Strategien und die lokale Präsenz (insbesondere in ländlichen Räumen)

ausgeprägter als im Westen. Im Osten besteht dagegen nur selten ein rechtsextremes Konzept für urbane Räume, was im Westen (z.B. NRW) eher ausgeprägt zu sein scheint.

**Frage: Was haben westdeutsche RechtsextremistInnen von ihren ostdeutschen 'KameradInnen' gelernt?**

**L.K.:** Mancherorts scheinen westdeutsche Rechtsextremisten das 'ostdeutsche Modell' der lokalen Verankerung, der Beeinflussung der örtlichen Diskurse und letztlich der Hegemoniebestrebung im öffentlichen Raum zu adaptieren. Teilweise gibt es außerdem die unmittelbare Übernahme rechtsextremer Kampagnen aus dem Osten, was sich z.B. an der ästhetischen Gestaltung von Internetseiten, Kampagnenplakaten etc. zeigt (vgl. z.B. die aktuellen Kampagnen zu 'Nationalen Jugendzentren' in Ost und West).

**Frage: Wird darauf im Westen zur Zeit adäquat reagiert?**

**L.K.:** In Westdeutschland zehren Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bzw. für eine humane Alltagskultur sehr von den gewachsenen demokratischen Strukturen und Erfahrungen. Mir scheint, es ist nicht grundsätzlich davon auszugehen, dass diese Strukturen ewig 'von selbst' funktionieren. Gleichzeitig verpasst der Westen wichtige Jahre beim Aufbau von Fachexpertise für die Entwicklung spezifischer Konzepte gegen Rechtsextremismus. In Ostdeutschland investiert inzwischen jedes Bundesland (außer Thüringen) in eine solche fachliche Struktur (z.B. MBT's aber auch Opferberatung etc.). Im Westen ist dies, bis auf wenige Ausnahmen, kaum der Fall.

**Frage: In einem von ihnen mitdiskutierten Positionspapier zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Ost- und Westdeutschland heißt es, dass Erfahrungen aus dem Osten bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus für den Westen sehr wertvoll sein können. Was können die alten Bundesländer von den neuen lernen?**

**L.K.:** Sowohl für die Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, als auch zu Maßnahmen gegen Rechtsextremismus auf lokaler Ebene liegen im Osten eine Fülle von erprobten Konzepten vor. Deren Übertragbarkeit müsste am Einzelfall überprüft werden. Gerade aber der situationsbezogene und analytische Ansatz, der z.B. durch das Bundesprogramm Civitas im Osten gefördert wurde, wäre ein Punkt, der im Westen noch zu wenig ausgebildet ist.

**Frage: Welche Unterschiede sehen sie in der Ausgangslage für ein westdeutsches MBT?**

**L.K.:** Grundsätzliche Unterschiede sehe ich nicht. Wenn es sie geben sollte, dann wären eher konzeptionelle Unterschiede zwischen MBT's in strukturschwachen im Gegensatz zu MBT's in urbanen Räumen zu formulieren. Es ist daher davon auszugehen, dass sich die einzelnen Teams auch in Westdeutschland entlang der Unterschiede ihrer 'Einsatzgebiete' unterscheiden. Grundsätzlich wäre vielleicht auch die teilweise intakte zivilgesellschaftliche Struktur in Westdeutschland als Ressource für die Arbeit der MBT's zu nutzen. Die bereits erprobten Instrumentarien der MBT's in Ostdeutschland ließen sich aber wahrscheinlich gerade deswegen sehr gut anwenden. In Ostdeutschland sind MBT's häufig noch mit dem Aufbau der Strukturen beschäftigt und suchen nach dauerhaften Ressourcen für die örtlichen Strukturen. Aus diesem Grund sind im Osten möglicherweise bestimmte Prozesse auch langsamer als im Westen.

Aufgrund der geographischen Lage könnten sich u.U. andere thematische Fokussierungen ergeben. In Ostdeutschland ist z.B. das Thema 'Osterweiterung der EU' extrem bedeutend. Deshalb sind die MBT's in den ostdeutschen Grenzregionen auch recht intensiv mit der Beratung von Projekten zu diesem Thema beschäftigt. Bei anderen Themen wie z.B. 'Globalisierung' könnte es dagegen im Westen zu thematischen Schwerpunkten kommen, weil hier dieses Thema auch eine Tradition in den linken politischen Bewegungen hat. Selbstverständlich ist dieses Thema auch im Osten bedeutend. Allerdings erscheint es hier vielen Menschen zu abstrakt, während die EU Osterweiterung scheinbar durch die sog. 'Fremdarbeiter' z.B. aus Polen 'sichtbar' wird.

Im Westen hat das Thema Migration und Einwanderung eine andere Konnotation als im Osten. Gleichzeitig sind Migranten im Westen auch wesentlich präsenter im öffentlichen Leben und sind professioneller organisiert. Dieser Faktor müsste bei der Konzeptionierung Mobiler Beratung im Westen von Anfang an stark berücksichtigt werden (sowohl bei der Ausgestaltung der Teams, als auch bei der Zielgruppenorientierung und Projektorientierung).

**Frage: Das MBR hat in Kreuzberg erste Erfahrungen mit mobiler Arbeit gesammelt. Wie sieht diese im Unterschied zu Ostberliner Bezirken aus?**

**L.K.:** Das Projekt ist derzeit noch in der Implementierungsphase, so dass kaum Zwischenergebnisse vorliegen. Es lässt sich aber schon absehen, dass die Diskussionen um das 'Wesen der Demokratie' einen hohen Stellenwert haben werden. Die Klärung von Selbstverständnissen scheint in Prozessen, an denen Menschen mit sehr unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen beteiligt sind, besonders wichtig zu sein.

**Frage: Welche Rolle würden demokratiefeindliche Tendenzen in migrantischen Communities für ein westdeutsches MBT spielen? Wäre das ein zusätzliches, quasi obligatorisches Aufgabenfeld?**

**L.K.:** Die beiden hier angesprochenen Beratungsfelder ergeben einige Überschneidungen aber auch einige Unterschiede für die Praxis der Beratung: Wenn es z.B. darum geht, demokratische Potentiale in einem Stadtviertel mit migrantischen Communities zu fördern, lassen sich einige Methoden aus der 'klassischen' MBT-Arbeit übernehmen (die MBR nennt dies 'übergreifende Maßnahmen'). Auch analytisch gibt es Gemeinsamkeiten, z.B. bei der Auswahl der Instrumente aus der qualitativen Sozialforschung, allerdings sind sicherlich auch spezielle Voraussetzungen notwendig, um z.B. die Ausprägung des Phänomens 'Islamismus' treffend zu beschreiben. Insofern wäre erst mal von einem 'zusätzlichen' Aufgabenfeld auszugehen, das aber an die klassische MBT-Arbeit durchaus angekoppelt werden kann. Voraussetzung ist immer ein

aktivierendes, partizipierendes und analytisches Verständnis der Beratungsarbeit.

**Frage: Wie realistisch ist aus ihrer Sicht die Etablierung eines MBT in Westdeutschland?**

**L.K.:** Was die Frage der Finanzierung betrifft, bedarf es verschiedener Voraussetzungen, die einen politischen Willen für solche Beratungsprojekte begünstigen: Sensibilität für Rechtsextremismus in der Zivilgesellschaft und in den Medien; Präsenz dieser zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Öffentlichkeit; Einigkeit unter wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, dass Mobile Beratung notwendig sei; das richtige Timing für das Vorbringen von entsprechenden Konzepten, politische Konstellationen, denen Mobile Beratung in das politische Konzept passt.

In der Realität fürchten die MBTs im Osten, mit Ausnahme Brandenburgs, jährlich um ihre Finanzierung. Eine Ausweitung des Engagements des Bundes auf den Westen erscheint daher unwahrscheinlich. Wenn es aber in Brandenburg gelungen ist, ein MBT komplett aus einem Landesprogramm zu finanzieren, warum nicht auch in dem ein oder anderen westdeutschen Bundesland?



Die vorliegende Arbeit habe ich selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift